

Untersuchung der Hindernisse für Menschen mit Behinderungen bei der politischen Teilhabe – Aus der Perspektive von Schweizer Politiker*innen

Alexandra Würmli

Masterstudentin,
Datenjournalismus

Flurina Rigling

Masterstudentin,
Politikwissenschaften

Isidora Mihajlović

Masterstudentin, Polit.
Ökonomie & Philosophie

Ramona Stelzner

Masterstudentin, Polit.
Ökonomie & Philosophie

Samanta Lamešić

Masterstudentin,
Politikwissenschaften



**Universität
Zürich^{UZH}**

Universität Zürich

Institut für Politikwissenschaft (IPZ)
Capstone: «Disabled in Politics»
FS21 – HS21



erstellt für

Verein Tatkraft

Rautistrasse 75
8048 Zürich

betreut durch

Prof. Dr. Karsten Donnay

eingereicht am

18. Januar 2022

Diese Arbeit ist im Rahmen des Kooperationsprojekts «Disabled in Politics» der Universität Zürich, der Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften (ZHAW) und des Vereins Tatkraft entstanden. Das Projekt hat zum Ziel, die politische Partizipation von Menschen mit Behinderungen und ihre Barrieren zu untersuchen.

Abstract

Menschen mit Behinderungen sind in der Schweizer Politik untervertreten, was für den Repräsentationsanspruch eines demokratischen Systems problematisch ist. Das Ziel dieser Arbeit war es, herauszufinden, welches Verständnis von Behinderungen aktive Schweizer Politiker*innen haben, wo sie Barrieren bei der Teilnahme an der Politik sehen und was mögliche Lösungsvorschläge sein könnten. Aufgrund der dünnen Datenlage wurde ein explorativ deduktiver Ansatz gewählt und somit auf Basis der existierenden Literatur eine Umfrage erstellt. Die Resultate zeigen, dass die Politiker*innen Menschen mit Behinderungen in der Politik und Hindernisse unterschiedlich wahrnehmen, jedoch mehrheitlich der gegenwärtigen Situation von Menschen mit Behinderung in der Politik kritisch gegenüberstehen, und Handlungsbedarf sehen. Dabei gibt es eine Tendenz zu ausgewogenen und bedingten Antworten, was auf Unsicherheit und Unwissenheit hindeutet. Auch gibt es Handlungsbedarf im Bereich der Förderung von Menschen mit Behinderungen in der Politik durch neue Policies, aber auch Massnahmen seitens der Parteien. Die Erkenntnisse dieses Berichts erfassen den Status Quo und ermöglichen einen ersten Eindruck des Handlungspotenzials.

Abkürzungsverzeichnis

BDP	<i>Bürgerlich-Demokratische Partei</i>
BehiG	<i>Bundesgesetz über die Beseitigung von Benachteiligungen von Menschen mit Behinderungen (Behindertengleichstellungsgesetz)</i>
BFS	<i>Bundesamt für Statistik</i>
BV	<i>Schweizerische Bundesverfassung</i>
EDF	<i>European Disability Forum</i>
EU	<i>Europäische Union</i>
ICF-Modell	<i>International Classification of Functioning, Disability and Health</i>
ICIDH	<i>«International Classification of Impairments, Disabilities and Handicaps»</i>
NGOs	<i>Nichtregierungsorganisationen</i>
SP	<i>Sozialdemokratische Partei</i>
SVP	<i>Schweizerische Volkspartei</i>
UNO	<i>Organisation der Vereinten Nationen</i>
UNO-BRK	<i>Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen</i>
WHO	<i>World Health Organization</i>

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Visualisierung der Vernetzung von Match, Parameter und Match.....	34
Abbildung 2: Zusammenhang Teilnahme am polit. Prozess und Interessensvertretung	43
Abbildung 3: Zusammenhang Alter und Interessensvertretung	45
Abbildung 4: Zusammenhang polit. Repräsentation und Behinderungen	46
Abbildung 5: Zusammenhang genügende Massnahmen und Behinderungen.....	48
Abbildung 6: Identifizierte Hindernisse nach Oberkategorien	50
Abbildung 7: Die sechs wichtigsten identifizierten Hindernisse nach Unterkategorien	51
Abbildung 8: Begründung der Chanceneinschätzungen zur Wahlaufstellung	52

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Darstellung der Umfrage mit dazugehöriger Theorie	31
Tabelle 2: Kodierbeispiel	37
Tabelle 3: Auflistung der Fragen, dazugehörige Antworten sowie Teilnehmer*innenzahl..	40
Tabelle 4: Mapping der Parameter- und Matchfragen	LXIX
Tabelle 5: Deduktive Kodierung der Fragen hinsichtlich Hindernisse	LXXII
Tabelle 6: Induktive Kodierung der Chanceneinschätzung zur Wahlaufstellung	LXXIII

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	1
2	Die Definition von Behinderung.....	3
2.1	<i>Das medizinische Modell</i>	3
2.2	<i>Das soziologische Modell</i>	4
2.3	<i>Das kulturelle Modell</i>	5
2.4	<i>Die theoretischen Modelle und die WHO Klassifizierungen von Behinderungen</i>	6
2.5	<i>Definition von Behinderung in dieser Arbeit</i>	7
3	Leben mit Behinderungen	8
3.1	<i>Behinderung im Alltag</i>	8
3.1.1	<i>Bildung.....</i>	8
3.1.2	<i>Arbeit.....</i>	9
3.1.3	<i>Armut</i>	9
3.2	<i>Der politische Umgang mit Behinderungen</i>	10
3.2.1	<i>Politische Rahmenbedingungen der WHO und der EU</i>	11
3.2.2	<i>Nationale Beispiele von Policies.....</i>	12
3.3	<i>Hindernisse in der politischen Partizipation und mögliche Lösungen</i>	13
3.3.1	<i>Physische Barrieren.....</i>	14
3.3.2	<i>Ressourcen, finanzielle Mittel und Unterstützung</i>	14
3.3.3	<i>Vorurteile: Stigmatisierung und Unterschätzung.....</i>	15
3.4	<i>Politische Repräsentation</i>	17
3.5	<i>Integration und Inklusion.....</i>	19
3.6	<i>Status Quo in der Schweiz.....</i>	21
3.6.1	<i>Übersicht</i>	21
3.6.2	<i>Politische Vorstösse</i>	24
4	Zwischenfazit und Überleitung zu unserer Forschung	26
5	Methodisches Vorgehen	28
5.1	<i>Erstellen und Versenden der Umfrage.....</i>	28
5.2	<i>Auswertung der Umfrage.....</i>	33
5.2.1	<i>Geschlossene Fragen.....</i>	34
5.2.2	<i>Offene Fragen.....</i>	36

6	Ergebnisse aus der Umfrage.....	39
6.1	<i>Geschlossene Fragen.....</i>	39
6.1.1	Aggregierte Ergebnisse pro gestellte Frage	42
6.1.2	Teilnahme am politischen Prozess	43
6.1.3	Einschätzung der gegenwärtigen Interessensvertretung	44
6.1.4	Einschätzung zur Gleichartigkeit von politischen Interessen	45
6.1.5	Einschätzung zur politischen Repräsentation.....	46
6.1.6	Chancen zur Wahl aufgestellt zu werden.....	47
6.1.7	Einschätzung zu bestehenden Massnahmen.....	47
6.1.8	Entstehungsgründe von Barrieren im politischen Prozess.....	49
6.2	<i>Resultate offene Fragen.....</i>	50
6.2.1	Hindernisse bei der Teilnahme an politischen Prozessen	50
6.2.2	Begründung der Einschätzung der Chancen zur Wahl aufgestellt zu werden	52
6.3	<i>Diskussion.....</i>	53
7	Exkurs.....	57
8	Schlussfolgerung.....	60
	Literaturverzeichnis.....	LXII
	Appendix A.	LXIX

Vorwort zur Verwendung von Begrifflichkeiten

In dieser Arbeit wird das Gendersternchen (*) verwendet, um mittels einer geschlechterneutralen Sprache alle Identitätsvarianten im jeweiligen Wort miteinzuschliessen. Damit soll die Gleichstellung aller Menschen, unabhängig von ihrem biologischen Geschlecht oder ihrer Geschlechteridentität, ausgedrückt werden. Es bildet das Verständnis einer heterogenen Gesellschaft ab, welche auf Vielfalt basiert und sich für diese auch einsetzt.

Darüber hinaus wird, wo immer möglich, der Begriff Menschen mit Behinderungen im Plural verwendet. Diese Form ist auf Artikel 1 des Übereinkommens der UNO über die Rechte von Menschen mit Behinderungen zurückzuführen. Viele Menschen erleben nicht nur eine Behinderung, sondern mehrere. Mit dieser Form soll auf diesen Umstand aufmerksam gemacht werden.

1 Einleitung

Insgesamt weisen im Jahr 2018 22,2 % der Menschen in der Schweiz eine Behinderung im Sinne der Definition des Behindertengleichstellungsgesetzes (BehiG) auf (BFS 2020a). Damit stellen sie zwar einen beträchtlichen Anteil, aber dennoch eine Minorität in der Gesellschaft dar. Sind sie in politischen Institutionen sowie bei der aktiven Teilnahme am politischen Prozess unterrepräsentiert, widerspräche dies dem Ideal demokratischer Systeme, die Gesellschaft vollständig zu repräsentieren und die Interessen aller zu berücksichtigen. Daher sind der Miteinbezug und die politische Teilhabe dieser Gruppe erstrebenswert, nicht zuletzt, damit eine diverse Gesellschaft stabiler und resilienter ist. Es ist essenziell herauszufinden, wo mögliche Ursachen für die Unterrepräsentation und die erschwerte Teilnahme liegen, denn nur so können Veränderungen herbeigeführt werden. Das Verständnis von Behinderung, ihrer Entstehung und wie die Gesellschaft diese begünstigt, beeinflusst letztlich auch die Lösungsvorschläge zur Änderung des Status Quo. Deshalb ist es zentral zu verstehen, wie Politiker*innen über das Thema «Menschen mit Behinderungen in der Politik» denken.

Zu diesem Thema gibt es bis jetzt jedoch nur wenig Literatur. Studien zu den Hindernissen, welche sich Menschen mit Behinderungen bei der politischen Teilhabe stellen, sind ebenfalls rar. Priestley et al. (2016) sind daher der Meinung, dass Behinderung als eine sozio-ökonomische Variable in der bisherigen Forschung zur politischen Teilnahme so gut wie ignoriert wurde. In der Schweiz ist die Forschungslage besonders dünn und es gibt nur wenige Studien, die das Thema systematisch untersuchen und den Status Quo erfassen. Das Bundesamt für Statistik erhebt diverse Statistiken in Bezug auf die Lebensqualität von Personen mit Behinderungen (BFS 2019), jedoch stammt die letzte Studie über die politische Teilhabe aus dem Jahr 2013 (BFS 2013). Dies begründet zugleich Motivation und Relevanz unserer Arbeit. Vor diesem Hintergrund haben wir folgende Forschungsfragen formuliert: *Welches Bild von Behinderungen haben Schweizer Politiker*innen?* und *Wo sehen Schweizer Politiker*innen Barrieren für Politiker*innen mit Behinderungen (und was wären Lösungsmöglichkeiten)?*

Durch die Beantwortung dieser Fragen wird zur Reduzierung der Forschungslücke in der Schweiz beigetragen. Aufgrund der dünnen Datenlage wird ein deduktives Vorgehen gewählt, mit dem Ziel einen Ausgangspunkt für zukünftige Forschung und Theoriebildung zu bieten.

Daraus ergibt sich die folgende Struktur der vorliegenden Arbeit. Im ersten Teil präsentieren wir eine Übersicht über die bisherige Literatur, welche zugleich den theoretischen Rahmen unserer Arbeit bildet. Konkret definieren wir den Begriff «Behinderungen» und stellen

Beispiele hinsichtlich der Verwendung des Begriffs vor. Sodann werden Themen rund um das Leben mit Behinderung vorgestellt. Dabei geht es nicht zuletzt auch um den politischen Umgang mit Behinderungen sowie die Hindernisse bei der politischen Partizipation für die betroffenen Menschen. Im Rahmen dessen werfen wir ebenfalls einen genaueren Blick auf den Status Quo in der Schweiz.

Im zweiten Teil erläutern wir unser methodisches Vorgehen betreffend Datensammlung sowie deren Analyse zwecks Beantwortung unserer Forschungsfragen. Hierzu wird ein Fragebogen erstellt, in dem es darum geht, das Problembewusstsein und die Wahrnehmung von Schweizer Politiker*innen bezüglich der Hindernisse bei der politischen Teilhabe von Menschen mit Behinderungen zu erheben.

Am Ende unserer Arbeit interpretieren und diskutieren wir die Resultate der Umfrage mittels des theoretischen Rahmens auf Basis der bestehenden Literatur. Dadurch wird dazu beigetragen, zu verstehen, wie Schweizer Politiker*innen über das Thema denken und welches Verständnis von Behinderungen ihrer Wahrnehmung zugrunde liegt.

Unsere Resultate deuten darauf hin, dass Schweizer Politiker*innen die aktuelle politische Teilhabe von Menschen mit Behinderungen als eher unzureichend gegeben betrachten und dass Handlungsbedarf besteht, um diese Situation zu verbessern.

2 Die Definition von Behinderung

In diesem Kapitel werden die verschiedenen Konzepte der Behinderung erläutert sowie die mit diesen Perspektiven verbundenen Auswirkungen. Die Definition von Behinderung ist zentral bei der Diskussion über den Umgang der Gesellschaft mit betroffenen Menschen. Sie ist mitunter ausschlaggebend, um zu verstehen, wie die Situation von betroffenen Personen verbessert und Barrieren abgebaut werden können. Dies stellt jedoch ein eher schwieriges Unterfangen dar, da keine neutrale Sprache existiert. Zudem ist ein Wandel im Verständnis von Behinderung in der Gesellschaft zu beobachten (Williams & Busby 2000). In der Literatur gibt es drei Konzepte, wie eine Behinderung aufgefasst werden kann: Ein medizinisches, ein soziologisches und ein kulturelles Konzept. Die Ansätze spiegeln unterschiedliche Auffassungen von Behinderung in der Gesellschaft wider und sind somit ein Abbild ihres zeitlichen Entstehungskontexts (Williams & Busby 2000).

2.1 Das medizinische Modell

Das medizinische Modell basiert auf einem biologischen Zugang zum Thema Behinderung und versteht diese als eine mentale oder physische Krankheit, deren Ursprung im Körper der betroffenen Person liegt (Williams & Busby 2000). Menschen mit Behinderungen werden gemäss dieser Vorstellung als «individual victims of unfortunate circumstances» beschrieben (Williams 2000, 175). Vor allem in den 1970er Jahren wurde in den westlichen Industrieländern das Rehabilitationssystem, basierend auf dieser Perspektive, ausgebaut (Waldschmidt 2005). Die Therapie und Rehabilitation konzentriert sich sodann auf die Einschränkungen, welche von der Behinderung selbst herrühren, wobei die persönlichen Umstände oder Umweltfaktoren, die auf die Situation einen Einfluss haben, vernachlässigt werden (Williams & Busby 2000). Das medizinische Modell versucht Behinderungen messbar zu machen und verallgemeinerte Lösungen zu finden. Dies macht es zu einer attraktiven Basis für die Politik (Williams & Busby 2000). Dem medizinischen Modell liegt ein sehr positivistisches Verständnis von Behinderung zugrunde. Der Fokus liegt dabei stark auf dem, was sicht- und messbar ist. Dieser Umstand wird kritisiert, da Behinderungen nicht immer gleich gut sichtbar sind und zudem in einem sozialen Umfeld eingebettet sind. Dies wird sodann vom soziologischen Modell in der Folge berücksichtigt.

2.2 Das soziologische Modell

Auf der Basis materialistischer Gesellschaftstheorien entwickelten britische Sozialwissenschaftler Anfang der 1980er Jahre das soziologische Modell von Behinderung (Waldschmidt 2005). Dieses Modell berücksichtigt im Gegensatz zum medizinischen Modell die Lebensumstände der Menschen mit Behinderungen und versteht Behinderung eher als eine chronische Krankheit (Williams & Busby 2000). Dies führt auch zu einem anderen Therapieansatz, der dynamischer ist und die persönliche Dimension einer jeden Person mit Behinderungen miteinbezieht im Unterschied zum statischen, generalisierbaren Ansatz des medizinischen Modells (*ibid.*). Zentral am soziologischen Verständnis ist, dass Behinderungen nicht primär als ein Teil der Person verstanden werden, sondern als Produkte, welche in der Interaktion von Personen mit Behinderungen, ihrer Umwelt und der Gesellschaft entstehen (*ibid.*).

Locker (1983) schreibt Folgendes darüber:

«The extent to which functional limitations and activity restrictions constitute a problem, or are otherwise handicapping, is not only variable historically and culturally but is also somewhat dependent upon more immediate contexts; their meaning is not the same across different social and environmental settings» (Locker 1983, 5).

Es handelt sich hier um eine Perspektive, die Behinderung als ein relationales Resultat sieht, als ein Produkt aus der Interaktion zwischen den Betroffenen und der Umwelt (Williams & Busby 2000). Die Behinderungen entstehen nicht als ein direktes Resultat der chronischen Krankheit, sodass der Ursprung der Einschränkungen als sozial konstruiert gesehen wird (Williams & Busby 2000).

Oliver (1990) schreibt dazu:

«Dependency is created amongst disabled people, not because of the effects of functional limitations on their capacities for self-care, but because their lives are shaped by a variety of economic, political and social forces which produce it» (Oliver 1990, 94).

Personen werden demnach nicht aufgrund ihrer gesundheitlichen Situation behindert, sondern infolge des sozialen Systems, in dem sie leben und welches es ihnen nicht erlaubt, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen (Waldschmidt 2005). Menschen mit Behinderungen werden sodann als ein marginalisiertes Kollektiv einer gleichgültigen Gesellschaft gesehen (Williams 2000).

Darüber hinaus unterscheidet das soziologische Modell zwischen *impairment*, welches physische oder mentale Aspekte umfasst, und *disability*, was die konstruierten Barrieren durch die Gesellschaft bezeichnet (Thomas 1999, 14). In diesem Kontext bringt Thomas (2010, 37) den Begriff «disablism» auf. Dieser beschreibt eine Form sozialer Unterdrückung, welche mit Sexismus oder Rassismus vergleichbar ist. «Disablism» kann verhindert werden, indem institutionelle Barrieren oder sozio-strukturelle Einschränkungen, die aus der Interaktion zwischen Personen mit und ohne Behinderungen entstehen, reduziert werden (Thomas 2010, 37).

Allerdings wird das soziologische Modell für sein dichotomes Verständnis von *impairment* und *disability* kritisiert. *Disability* wird im Verhältnis zur Gesellschaft verwendet, aber *impairment* immer noch in einem strikt medizinischen Verständnis (Waldschmidt 2005). Hughes und Paterson (1997) sind der Meinung, dass *impairment* des Körpers auch im kulturellen und historischen Kontext zu sehen sind. Worte bekommen ihre Bedeutung erst mit ihrer Definition, welche sich aber über die Zeit und zwischen einzelnen Kulturen verändert und entwickelt. Eine Dimension, welche das folgende Modell miteinbezieht.

2.3 Das kulturelle Modell

Das kulturelle Modell hat seinen Ursprung Ende der 1990er und Anfang der 2000er Jahre vor allem im anglo-amerikanischen Raum (Waldschmidt 2007). Es versucht die sozialen Strukturen und Ausschliessungsprozesse aus Sicht der Mehrheit der Bevölkerung zu erklären und nicht von der kleinen marginalisierten Gruppe der Menschen mit Behinderungen her (Waldschmidt 2005). Das heisst, aus dieser Perspektive reicht es nicht aus, Behinderungen als individuelles Schicksal oder als marginalisierte Kollektivposition zu bezeichnen (Waldschmidt 2007). Nicht nur die Behinderung, sondern auch die Nicht-Behinderung als «Normalität» soll analysiert werden (*ibid.*). Im Unterschied zum soziologischen Modell wird das dichotome Verständnis von Behinderung und Nicht-Behinderung beziehungsweise das Verständnis von *impairment* und *disability* aufgelöst (Waldschmidt 2005). Das kulturelle Modell stellt demzufolge die Normalität in Frage und basiert auf der Annahme, dass sich die zwei Gruppen, Menschen mit Behinderungen und Menschen ohne Behinderungen, bedingen (*ibid.*). Daraus folgt, dass Normalität im engeren Sinne nicht existiert. Dieser Ansatz sieht Partizipation und Akzeptanz von Personen mit Behinderungen erst dann voll gegeben, wenn auch kulturelle Repräsentation vorhanden ist (*ibid.*). Menschen mit Behinderungen werden als ein integraler Bestandteil der Gesellschaft gesehen, die sich aus heterogenen Gruppen zusammensetzt (*ibid.*).

Zur Integration von Menschen mit Behinderungen ist ein Abwenden von der Vorstellung der Gesellschaft als homogene Gruppe erforderlich.

2.4 Die theoretischen Modelle und die WHO Klassifizierungen von Behinderungen

Die Veränderung der Vorstellung von Behinderung wird in den Versuchen der World Health Organization (WHO) zur Klassifizierung von Behinderung mit ihren zwei Modellen gut ersichtlich und ist relevant, da sie als internationale Institution gewisse Richtlinien für die Praxis und die Politik setzt. Die WHO definiert in den 1980er Jahren das ICIDH-Konzept («International Classification of Impairments, Disabilities and Handicaps») (WHO 1980), um Behinderungen besser beschreiben und klassifizieren zu können. Es umfasst eine detaillierte Beschreibung verschiedener Behinderungen und enthält drei Begriffe zur Bezeichnung von Behinderungen (*impairment*, *disability* und *handicap*) (*ibid.*). Das Modell fokussiert auf Einschränkungen, die von der Behinderung an sich kommen (*ibid.*). Es steht somit in der Tradition der medizinischen Perspektive von Behinderung und versteht Behinderung als einen Teil der betroffenen Person selbst (*ibid.*). Umweltaspekte sowie der Einfluss persönlicher Eigenschaften bleiben unberücksichtigt (*ibid.*).

Das ICIDH-Konzept kann als ein Ausdruck des medizinischen Modells von Behinderung gesehen werden. Es hat die Intention, die Bedürfnisse von Personen mit Behinderungen durch die genaue Beschreibung der Behinderung besser erfassen zu können (Waldschmidt 2005). Das Modell verfolgt das Ziel, Behinderungen medizinisch objektiv klassifizieren zu können, um die Implikationen besser festzuhalten (*ibid.*). Die Lösung zum Abbau der Einschränkungen der betroffenen Personen wird in ihrer Anpassung an ihre Umwelt gesehen, da die Behinderung eine direkte Konsequenz der physischen oder psychischen Anomalität ist (*ibid.*).

2001 gab die WHO das ICF («International Classification of Functioning, Disability and Health»), ein überarbeitetes Konzept, heraus, um auf die starke Kritik am ICIDH bezüglich der Vernachlässigungen der Umweltfaktoren sowie der Interaktionsaspekte mit der Gesellschaft, zu reagieren (WHO 2005). Dieses neue Konzept (bio-psycho-soziales Modell) basiert auf einer Mischung des medizinischen und des soziologischen Modells und unterscheidet nicht mehr begrifflich zwischen drei Formen von Behinderungen (WHO 2002).

Im folgenden Kapitel wird der theoretische Rahmen der Arbeit erläutert. Die Definition von Behinderung, wie Behinderungen im Alltag entstehen können und welche Auswirkung dies indirekt auf die politische Teilnahme haben kann, werden erläutert.

2.5 Definition von Behinderung in dieser Arbeit

Für die Definition von Menschen mit Behinderungen stützen wir uns einerseits auf das ICF-Modell der WHO und andererseits auf das Behindertengleichstellungsgesetz (BehiG) der Schweiz. Menschen mit Behinderungen definieren wir als Personen, die aufgrund einer physischen oder psychischen Beeinträchtigung oder eines dauerhaften Gesundheitsproblems im Alltagsleben und/oder im gesellschaftlichen Leben – zum Beispiel bei der politischen Teilhabe – eingeschränkt sind (BFS 2019; WHO 2005). Dieser Definition liegt das soziologische Verständnis von Behinderungen zugrunde, da es im Gegensatz zum medizinischen Verständnis, die Lebensumstände von Menschen mit Behinderungen berücksichtigt. Das heisst, Behinderungen werden als Produkt, welches in der Interaktion von Personen mit Behinderungen, ihrer Umwelt und der Gesellschaft entstehen, gesehen (Williams & Busby 2000).

3 Leben mit Behinderungen

In diesem Kapitel werden zum einen die Gründe für die Unterrepräsentation von Menschen mit Behinderungen aufgezeigt und zum anderen wird der aktuelle Forschungsstand zur politischen Repräsentation sowie der Unterschied zwischen Inklusion und Integration erläutert. Schliesslich folgt eine Übersicht des Status Quo bezüglich Menschen mit Behinderungen in der Schweiz.

3.1 Behinderung im Alltag

Die Gründe für die mangelnde Inklusion von Menschen mit Behinderungen in der politischen Sphäre beginnen oft bereits ausserhalb des politischen Systems selbst, nämlich im alltäglichen Leben. 2011 publizierte die WHO einen Bericht, der die Lebensumstände von Menschen mit Behinderungen im globalen Kontext beleuchtet (WHO 2011). Der Rapport wird auch heute noch vielfach zitiert, da aktuellere Daten fehlen. Die WHO bedient sich einer dynamischen Auslegung der oben genannten Grundmodelle und versteht Behinderung als einen Überbegriff, welcher sowohl den medizinischen Charakter als auch die sozialen und kulturellen Aspekte einer Behinderung umfasst (*ibid.*). Die WHO macht drei sich gegenseitig beeinflussende Bereiche im Alltag aus, worin mögliche Ursachen für die schlechteren Lebensbedingungen von Menschen mit Behinderungen liegen: Bildung, Arbeit sowie Armut (*ibid.*). Dabei gibt es kaum Unterschiede zwischen entwickelten und Entwicklungsländern (*ibid.*).

3.1.1 Bildung

Kinder mit Behinderungen weisen oft ein höheres Risiko auf, nicht zur Schule zu gehen, womit sich ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt später verschlechtern (WHO 2011). Dies wiederum erschwert eine Loslösung der Marginalisierung (Tuomi et al. 2015). Es fehlt oft an Wissen, wie Kinder mit Behinderungen in den schulischen Alltag integriert werden können (Lindsay et al. 2018; Duncanson et al. 2017). Aber auch der Transport zur Schule, der Mangel an Fachpersonen und die Finanzierung von passenden Massnahmen, um Barrieren abzubauen, stellen ein Problem dar (Lindsay et al. 2018; Duncanson et al. 2017). Oft besteht auf Seiten der Kinder und deren Eltern mangelndes Bewusstsein über den eigentlichen Unterstützungsbedarf und dessen Form, was sich bis zur universitären Laufbahn hinziehen kann und eine Inklusion zusätzlich erschwert (Cawthon & Cole 2015). Dabei ist einleuchtend, dass je stärker die Behinderungen, desto stärker sind die Auswirkungen der fehlenden Unterstützung, sowohl finanzieller als auch fachlicher Natur (Lindsay et al. 2018).

3.1.2 Arbeit

Aus dem erschwerten und/oder inadäquaten Zugang zu Bildung resultiert ebenfalls ein höheres Risiko von Arbeitslosigkeit (WHO 2011). Haben Menschen mit Behinderungen einen Arbeitsplatz, so verdienen sie für die gleiche Arbeit im Durchschnitt weniger als Menschen ohne Behinderungen (Schur et al. 2017). Zudem sind die Arbeitssicherheit sowie die Arbeitszufriedenheit ebenfalls auf einem signifikant tieferen Niveau (*ibid.*). Menschen mit Behinderungen werden ausserdem eher von Vorteilen für Mitarbeitende, wie bessere Konditionen betreffend Gesundheitsversorgung, Vorsorgepläne oder arbeitsbasiertem Training, ausgeschlossen (Schur et al. 2017; Lustig & Strauser 2004). Diese Aspekte fallen - wie auch beim Bildungszugang - bei einem höheren Grad der Behinderung stärker ins Gewicht (WHO 2011). Denn mit dem Grad der Behinderung nimmt die Mobilität ab und der Weg zur Arbeit stellt eine noch grössere Herausforderung dar (*ibid.*).

3.1.3 Armut

Aus den zuvor erläuterten Punkten ergibt sich ein höheres Armutsrisiko für Menschen mit Behinderungen, wobei Armut auch das Risiko für eine (weitere) Behinderung erhöht. Dies belegen Studien, die zeigen, dass ärmere Bevölkerungsschichten einen viel schlechteren Zugang zur Gesundheitsversorgung haben als andere (WHO 2011). Bei Menschen, die einen Zugang haben, verläuft Stigmatisierung noch auf einer anderen Ebene. Ärmere Menschen mit Behinderungen, für die staatliche Kostendeckungsmassnahmen (beispielsweise Invalidenversicherung) zur Verfügung gestellt werden, müssen sich häufig dafür rechtfertigen und werden verurteilt (Whittle et al. 2017). Da Behinderungen mit zusätzlichen Kosten verbunden sind (beispielsweise zusätzliche Supportleistungen oder Medikamente), welche nicht immer von solchen Massnahmen getragen werden, und da gleichzeitig das Einkommen von Menschen mit Behinderungen tiefer ist, haben diese höhere Hürden der Armut zu entkommen (Grech 2017; WHO 2011).

Werfen wir einen Blick auf die Schweiz, bestätigen jüngste Daten beispielsweise die Aktualität der WHO Erwerbs- und Armutserkenntnisse. Im Jahr 2018 waren 64% der Menschen mit starker Behinderung nicht erwerbstätig¹ (BFS 2020b). Zugleich zählen diese mit 27.8% als

¹ Davon zählen 54% als «Nichterwerbspersonen» und 10% sind erwerbslos nach ILO (International Labour Organization) (BfS 2020).

stark armutsgefährdet (*ibid.*). Hinzu kommt, dass sich Menschen mit Behinderungen ab 40 Jahren zunehmend aus der Berufswelt zurückziehen (*ibid.*).

Die obigen drei Aspekte beeinflussen nicht nur den Alltag, sondern wirken sich auch in konkreter Form auf die politischen Partizipationsmöglichkeiten aus. So ist etwa der negative Zusammenhang zwischen Armut und politischer Partizipation gut dokumentiert (Gay 2009). Die Bereitschaft zur politischen Partizipation von Menschen aus armen Bevölkerungsschichten sinkt, da das Vertrauen in die Politik fehlt, denn Betroffene fühlen sich allein gelassen (Patrick 2017). Es ist wahrscheinlich, dass sich dieser Zusammenhang auch auf ärmere Menschen mit Behinderungen auswirkt, wobei Daten, um diese Hypothese zu bestätigen, fehlen. Generell wird am Beispiel der politischen Partizipation von Menschen mit Behinderungen sichtbar, wie eine Gesellschaft mit dem Thema der Behinderung umgehen möchte, wo sie Probleme und wo Lösungsmöglichkeiten sieht.

3.2 Der politische Umgang mit Behinderungen

Die Definition von Behinderung wird politisch relevant, da sie beeinflusst, auf welche Weise das tägliche Leben von Personen mit Behinderungen verbessert wird.

Die in Kapitel 2 genannten Modelle spiegeln sich auch in Policies wider, welche für Menschen mit Behinderungen erlassen werden. Diese Policies können in zwei Typen unterteilt werden – die, die sich auf das medizinische Verständnis von Behinderung abstützen und die, die das soziale Modell als Hintergrund haben (Priestly 2007).

Policies basierend auf dem medizinischen Modell versuchen Einschränkungen, welche durch Behinderungen an sich entstehen, medizinisch sowie rehabilitationstechnisch oder aber durch tiefere Ansprüche an Menschen mit Behinderungen bezüglich ihrer sozialen Rolle in der Gesellschaft, zu lösen (zum Beispiel durch geschützte Arbeitsplätze) (Priestly 2007). Policies aus der Perspektive des sozialen Modells hingegen versuchen, gesellschaftlich konstruierte Barrieren abzubauen, denn Behinderungen sind ein soziales Problem, welches durch den sozialen Prozess entsteht (*ibid.*). Demnach zielen diese Massnahmen eher darauf ab, individuelle Vorurteile, institutionelle Barrieren oder nicht barrierefreie Arbeitsverhältnisse oder Bildungssysteme zu verbessern (Priestly 2007; Oliver 1996). Priestly (2007) kommt zum Schluss, dass eine volle Integration von Menschen mit Behinderungen erst durch eine fundamentale Reorganisation der Gesellschaft möglich ist. Dies geschieht jedoch oft nicht, es kommt lediglich zu Reformen innerhalb des bestehenden Systems (*ibid.*). Realistischer sind deshalb gesetzliche Anpassungen, welche die Rechte von Menschen mit Behinderungen

sichern (Despouy 1993; Fleischer & Zames 2001), jedoch eben nie zur vollen Gleichberechtigung führen werden (Young & Quibell 2000). Zurzeit ist ein Paradigmenwechsel vom individuellen Modell hin zum sozialen, rechtlichen Ansatz zu beobachten (Kelemen & Vanhala 2010). Denn es besteht die Tendenz, den besonderen Bedürfnissen von Menschen mit Behinderungen eher durch rechtliche und antidiskriminierende als durch wohlfahrtsbasierte Massnahmen Rechnung zu tragen (*ibid.*).

3.2.1 Politische Rahmenbedingungen der WHO und der EU

Am Beispiel der Europäischen Union (EU) lässt sich die veränderte Denkweise über das Thema Behinderung gut beobachten, denn das ursprüngliche Handeln war stark auf rehabilitationstechnische Massnahmen fokussiert (Kelemen & Vanhala 2010). Die EU ist in diesem Kontext eine interessante Institution. Zum einen kommt es zu einer Homogenisierung der rechtlichen Lage der Mitgliedstaaten im Sinne eines top-down Ansatzes und zum anderen wird sie durch die Mitgliedländer beeinflusst (bottom-up) (Waldschmidt 2008). Beispielsweise durch Phänomene wie etwa dem Policy-Transfer, bei welchem Erkenntnisse aus anderen Politikbereichen auf das Thema von Menschen mit Behinderungen in der Politik angewendet werden (Dolowitz & Marsh 1996).

Nicht zuletzt wird die EU selbst von supranationalen Institutionen, wie der Organisation der Vereinten Nationen (UNO), in der Ausgestaltung ihrer Policies beeinflusst (Priestly 2007). Die Grundidee der EU ist wirtschaftlich geprägt und wichtige Themen sind die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Bürger*innen sowie die Reduktion der Arbeitslosigkeit (*ibid.*) Um diese Ziele zu erreichen, erliess sie 1974 ein erstes jährliches Aktionsprogramm zum Thema Behinderung (Kelemen & Vanhala 2010). In einer zugehörigen Resolution wurde festgehalten, dass alle Menschen mit Behinderungen ein selbständiges und voll in die Gesellschaft integriertes Leben führen können sollen (Council of the European Communities, 1974). Die Massnahmen waren jedoch noch immer durch den medizinischen Wohlfahrtsgedanken geprägt, was an den Rehabilitationsprogrammen erkennbar ist (*ibid.*).

In den 1990er Jahren setzt der Wandel zum rechtlichen, antidiskriminierenden Ansatz an, angestossen durch Nichtregierungsorganisationen (NGOs) über das EU-Parlament, welche sich auch dafür einsetzen, mehr in die Ausgestaltung von Massnahmen miteinbezogen zu werden (Kelemen & Vanhala 2010; Waddington 1996). Daraufhin wurde das European Disability Forum (EDF) gegründet, das aus NGOs aus ganz Europa besteht und sich in der Folge stark für die Ausarbeitung von Rechten von Menschen mit Behinderungen auf EU-Ebene einsetzt (Kelemen & Vanhala 2010). Von nun an zeigt das Handeln der EU auch ein eher

sozioökonomisches Verständnis von Behinderung, da die Massnahmen zur Integration auf alle Bereiche der Gesellschaft abzielen. So werden auch die Bereiche der Ausbildung und der Arbeitsverhältnisse berücksichtigt, welche bei Menschen mit Behinderungen oft schlechter sind (Kelemen & Vanhala 2010; Priestly 2007).

Die Richtungsänderung in den EU-Policies wurde somit von der unteren Ebene durch den Druck von NGOs, die starken Verbindungen in das EU-Parlament hatten, angestossen (Mabbet 2005). Die Mitgliedstaaten verlangen zudem, dass grundlegende Menschen- und Antidiskriminierungsrechte auch auf EU-Ebene geregelt werden (Kelemen & Vanhala 2010). Zusätzlich gibt es in diese Richtung von oben UNO Anstösse (*ibid.*). Die EU schafft sich mit dieser Reaktion mehr Legitimität, gleichzeitig wird auf Kritik in Bezug auf zu wenig Sozialpolitik reagiert und der Einflussbereich zudem erweitert (*ibid.*). Die Veränderungen kommen somit von föderaler Ebene und sind im grossen Kontext der gesellschaftlichen Debatte der Antidiskriminierung jeglicher Minderheiten zu sehen (*ibid.*). Heute bezeichnet die EU Behinderung als ein soziales Konstrukt der Gesellschaft und setzt den Fokus auf den Abbau von Barrieren in der Gesellschaft, um volle Teilnahme zu gewähren (Commission of the European Communities 2003, 4).

Die EU setzt die übergeordneten Rahmenbedingungen, welche sodann die nationale Politik beeinflussen. Im folgenden Unterkapitel werden dazu einige Beispiele für den Zugang von Menschen mit Behinderungen in die Politik erläutert.

3.2.2 Nationale Beispiele von Policies

Loja et al. (2011) zeigen in ihrer Fallstudie zu Portugal, dass die EU zwar Leitlinien setzt und deshalb auch auf nationaler Ebene Gesetze gemacht werden müssen, diese aber nicht wirklich oder sehr realitätsfremd umgesetzt werden. Die Autoren beobachten, dass es keinen Dialog zwischen Organisationen für Menschen mit Behinderungen und Politiker*innen gibt. Zudem ist auf Seiten von Politiker*innen nur wenig Interesse für Inklusion vorhanden. Die Organisationen sind schwach, es fehlt ihnen an finanziellen Ressourcen und sie sind nicht gut mit ihrem eigentlichen Zielpublikum vernetzt, um wirklich etwas bewegen zu können. Es ist demzufolge das mangelnde Interesse auf Seiten der Politik und die schwachen Organisationen, welche es in Portugal verhindern, dass Menschen mit Behinderungen integriert werden (Loja et al. 2011).

Der Zugang zu den Wahlurnen für Menschen, welche in betreuten Institutionen leben, ist sehr unterschiedlich geregelt in den einzelnen EU-Ländern (Priestley et al. 2016). So ist es möglich,

dass in Deutschland, Frankreich oder Bulgarien Urnen in den Institutionen selbst aufgestellt werden (*ibid.*). In Ungarn hingegen müssen sich Betroffene selbst darum bemühen und in Spanien oder Schweden gibt es keine Wahlurnen, denn es wird brieflich abgestimmt (*ibid.*). Weiter konnten Priestley et al. (2016) zeigen, dass die Homepages vieler EU-Länder mit den Informationen zu den Kandidierenden nicht barrierefrei gestaltet sind, was auch Kažemikaitiene und Bilevičiene (2008) mit ihrer Studie zu Litauen bekräftigen. Die Autoren betonen, welche Chancen der digitale Wandel eigentlich bringen könnte, da viele physische Barrieren dadurch wegfallen. Die Umsetzung ist jedoch immer noch unzureichend. Priestly et al. (2016) sagen, dass es sehr wichtig ist, dass Institutionen vorhanden sind, welche Organisationen, die sich für Menschen mit Behinderungen einsetzen, in die Entwicklung von Policies miteinbeziehen. Dies geschieht beispielsweise in Belgien oder Dänemark (Priestly et al. 2016).

Priestley et al. (2016) haben herausgefunden, dass im EU-Parlament sieben Staaten Repräsentierende mit Behinderungen gestellt haben, wobei nur in Kroatien (7), Griechenland (3) und UK (3) offizielle Zahlen zu finden sind. Die restlichen 13 Mitgliedsstaaten haben gar keine Politiker*innen mit Behinderungen im EU-Parlament (Priestley et al. 2016).

Die EU ist ein Konstrukt aus vielen, verschiedenen Ländern und Nationen mit unterschiedlichen Verständnissen und Vorstellungen von Gesellschaft und somit auch dem Umgang mit Behinderung (Priestley 2005). Es bestehen grosse Unterschiede in der Umsetzung der Policies zum Thema Behinderung, da das soziale Modell von Behinderung unterschiedlich ausgelegt wird (*ibid.*). Hvinden (2003) sieht allerdings eine Tendenz der Homogenisierung, wohingegen Priestley (2005) dies aufgrund der ständigen Mitgliedererweiterung eher bezweifelt. Priestly (2005) wirft die Frage auf, ob es aufgrund der wachsenden kulturellen Diversität und der internationalen Einflüsse überhaupt ein europäisches Verständnis von Policies in Bezug auf Behinderung geben kann.

Hansen et al. (2011) zeigen in ihrer Studie, dass die Art des Wohlfahrtsstaates keinen grossen Einfluss auf die Anstellung von Menschen mit Behinderungen im Arbeitsmarkt zu haben scheint, wobei sie Norwegen mit Grossbritannien verglichen.

3.3 Hindernisse in der politischen Partizipation und mögliche Lösungen

Schur et al. (2002) zeigen, dass die Wahrscheinlichkeit einer Wahlbeteiligung an den Präsidentschaftswahlen in den USA bei Menschen mit Behinderungen 10% geringer ist als bei Menschen ohne Behinderungen. Dies ist problematisch, da Wählen generell die politische

Partizipation erhöht und eine erfolgreiche Wahl einer Person mit Behinderungen wiederum andere motiviert (Logan et al. 2012). Die Literatur unterscheidet zwischen drei Kategorien (physische Barrieren, Ressourcen und finanziellen Mitteln sowie Vorurteilen), welche es Personen mit Behinderungen erschweren oder verunmöglichen, aktiv an der Politik teilzunehmen (Evens & Reher 2020; Sackey 2015).

3.3.1 Physische Barrieren

Studien belegen, dass Menschen mit Behinderungen aufgrund physischer Barrieren oft weniger politisch aktiv sind (Schur et al. 2005; Shields et al. 1998; Guldvik et al. 2013; Sackey 2015). Bewegungsfreiheit ist gemäss Loja et al. (2011) ein wichtiger Punkt für die Integration von Menschen mit Behinderungen in die Politik. Vielfach ist bereits der Zugang zu den Wahlurnen nicht barrierefrei (NOU 2001). Auch auf Stimmenfang zu gehen, in dem man von Tür zu Tür geht, stellt für viele eine Herausforderung dar (Evans & Reher 2020). Das Reisen zu Parteiversammlungen und der Zugang zu den Lokalitäten ist gerade für Personen, die auf einen Rollstuhl angewiesen sind, eine grössere Hürde (Evans & Reher 2020). Gehörlose, stumme und auch blinde Personen haben Mühe mit ihren Wählern zu interagieren oder aktiv an Veranstaltungen teilzunehmen (Sackey 2015). Die sozialen Medien scheinen gemäss der Studie von Langford und Levesque (2017) eine Möglichkeit zu sein, gewisse physische Barrieren abzubauen. Denn so kann zum Beispiel versucht werden, über einen Video-Blog mit Wählern in Kontakt zu treten (Langford & Levesque 2017).

Für betroffene Personen ist der Zugang zu Informationen oder die Teilnahme an Parteitreffen oft ein grosses Hindernis, da sie Assistenztechnologien und Dolmetscher*innen für Gebärdensprache oder Blindenschrift benötigen (Sackey 2015). Gemäss Evans und Reher (2020) ist für Menschen mit Seh- oder Lernbehinderungen das Material oft nicht in geeignetem Format zugänglich, was speziell bei Aufnahmeverfahren ein Problem darstellt.

3.3.2 Ressourcen, finanzielle Mittel und Unterstützung

Vor allem bei stark eingeschränkten Personen fehlt die finanzielle Unterstützung für politische Aktivitäten (Guldvik et al. 2013), denn es entstehen Mehrkosten aufgrund des benötigten Transportes oder für die Anstellung von Dolmetscher*innen (Booth 2018). Es ist oft unklar, wer diese Kosten übernimmt (Waltz & Schipper 2020).

Für Kandidierende mit Behinderungen sind die Finanzierung des Wahlkampfes oder die aktive Teilnahme an der Politik sodann eine Hürde (Levesque 2016), da auf die hohen Wahlkampfkosten noch Mehrkosten anfallen (Sackey 2015). Diese sind für Menschen mit

Behinderungen oft noch schwerer aufzubringen, da sie aufgrund schlechterer Bildung weniger verdienen (*ibid.*). Gemäss Evans und Reher (2020) wird für viele betroffene Personen ein Engagement im Wahlkampf nur durch eine Reduzierung des Arbeitspensums möglich. Personen mit Behinderungen benötigen manchmal länger für eine Aufgabe und es kostet sie mehr Energie, diese zu erledigen (Brothers 2017). Teilzeit-Arbeitsverträge sind deshalb ein Instrument, um diesem Umstand Rechnung zu tragen (Waltz & Schippers 2020). Dies ist nicht unproblematisch, da es das ohnehin schon geringe Einkommen noch zusätzlich verkleinert (Evans & Reher 2020).

Gelingt der Sprung in die Politik und es entsteht ein Arbeitsverhältnis, kann dies dazu führen, dass die finanziellen Vorteile des «Invalidenstatus» verloren gehen, auch wenn dies nicht mit totaler Arbeitsfähigkeit gleichzusetzen ist (Evans & Reher 2020). Staatlich finanzielle Mittel an sich können beim Abbau der oben beschriebenen physischen Barrieren Abhilfe schaffen (Waltz & Schippers 2020; Evans & Reher 2020), wobei es wichtig ist, dass diese Autonomie fördernd ist und nicht zu neuerlichen Abhängigkeitsverhältnissen führt.

Girlevičienė und Kvietauskienė (2021) zeigen beispielsweise, dass die staatliche Unterstützung in Litauen zurzeit nicht dazu führt, dass mehr Menschen mit Behinderungen angestellt werden. Mangelnde Bildung ist eine weitere mangelnde Ressource, welche es Menschen mit Behinderungen oft erschwert, an der Politik teilzunehmen (Sackey 2015). Dies hat sodann auch zur Konsequenz, dass das soziale Netz einer Person, welches in der Politik vorteilhaft ist, weniger gut ausgeprägt ist (Sackey 2015; Hillygus 2005).

3.3.3 Vorurteile: Stigmatisierung und Unterschätzung

Damit sich Menschen mit Behinderungen öfters politisch engagieren, muss sich das negativ konnotierte Stigma, eine Behinderung zu haben, ändern (Oliver 1993; Loja et al. 2011). McCarthy (2003) beobachtet eine negative Wahrnehmung und Einstellung gegenüber Menschen mit Behinderungen in der Gesellschaft. Es braucht ein positives, selbstbewusstes Bild von Behinderung, welches durch Organisationen für Menschen mit Behinderungen und durch den gesellschaftlichen Umgang mit dem Thema und dem Verständnis von Behinderung, als eine kulturelle Stärke hergestellt werden kann (Shakespeare 1996; Loja et al. 2011; French & Swain 2004). Eine solche positive Identität soll gemäss Puttman (2005) eine stolze sein, die auf dem Gefühl von geteilten Erfahrungen von Diskriminierung und dem Engagement, für den gemeinsamen Zweck politische Änderungen herbeiführen zu wollen, basiert. Dies führt sodann auch zu positiven Erlebnissen betroffener Menschen selbst, was sie in ihrem Selbstbewusstsein stärkt und ein Engagement ermöglicht (*ibid.*). Dazu zählt aber auch die Sensibilisierung der

Gesellschaft hinsichtlich der wichtigen Voraussetzungen, was durch gut organisierte Organisationen für Menschen mit Behinderungen, gefördert werden kann (Loja et al. 2011; Barnes et al. 2005).

Vorurteile hemmen dementsprechend das Selbstbewusstsein der Betroffenen selbst, beeinflussen aber auch den Umgang der Gesellschaft mit dem Thema Behinderung (Lovenduski 2016). Auf der Seite der Parteien und der Gesellschaft bestehen Vorurteile und Hürden, welche es den Kandidierenden mit Behinderungen erschweren, in der Politik aktiv zu sein (Evans & Reher 2020; Sackey 2015). Aus Evans und Reher's (2020) Interviews mit betroffenen Personen geht hervor, dass Parteien oft nur eine Form von Wahlkampfführung verfolgen und die Erwartung haben, dass sich die Kandidierenden mit Behinderungen an diese anpassen. Es bestehen Vorurteile bezüglich der Fähigkeit der Kandidierenden mit Behinderungen zur Übernahme eines politischen Amtes (Evans & Reher 2020). Menschen mit Behinderungen, welche sich in der Politik engagieren, berichten davon, dass sie gegenüber den Parteien beweisen mussten, wozu sie in der Lage sind und dass sodann auch die eigene Müdigkeit zu einem Problem wurde (Langford & Levesque 2017).

Die Bewertung der Eigenschaften von Menschen mit Behinderungen ist kulturell geprägt und nicht jede Behinderung wird als gleich einschränkend bewertet (Deal 2003). Dies gilt nicht nur für die Aussen- sondern auch für die Selbstwahrnehmung (Waltz & Schippers 2020). Durch Unfall verursachte Behinderungen werden anders wahrgenommen als Geburtsgebrechen oder mentale Einschränkungen (*ibid.*). Letztere werden eher negativer bewertet (*ibid.*).

Zur Veränderung der Situation müsste sich folglich das gesellschaftliche Bild von Behinderung verändern, hin zu einem Bewusstsein, dass Behinderung eine Form des Unvermögens der Gesellschaft ist, mit solchen Einschränkungen umzugehen (Langford & Levesque 2017). Zudem soll ein Bewusstsein für die verschiedenen Formen von Behinderung und den damit verbundenen Hindernissen entstehen (*ibid.*). Ein anderes Bewusstsein für die Thematik kann dazu führen, dass das Aufstellen von Kandidierenden mit Behinderungen ein Vorteil wird und Parteien diese stärker unterstützen, da die Perspektive der Betroffenen sie zu glaubwürdigen Kandidierenden macht, was bei den Wählenden generell auf Anklang stösst (*ibid.*). Dirth und Branscombe (2017) untersuchen diesen erwähnten Prozess, indem sie den Effekt von verschiedenen Darstellungen von Behinderung auf die Wahrnehmung von struktureller Diskriminierung und die Unterstützung von Policies untersuchen, die sich für Menschen mit Behinderungen einsetzen. Die Resultate zeigen, dass es einen positiven Zusammenhang

zwischen der Wahrnehmung, basierend auf dem soziologischen Modell, und der Unterstützung für Policies, die sich für Menschen mit Behinderungen einsetzen, gibt (*ibid.*).

Im Moment fehlt auf der Seite der Parteien allerdings noch der Wille einfachste Hindernisse abzubauen (Evans & Reher 2020) und es gibt wenig explizite Strukturen für Mitglieder oder Kandidierende mit Behinderungen (Levesque 2016). Generell können grosse Verbesserung erzielt werden, wenn die betroffenen Personen in die Diskussion und Planung von Massnahmen miteinbezogen werden (Guldvik et al. 2008). Von Seite der Parteien her kann viel bewirkt werden, indem sie zum Beispiel Menschen mit Behinderungen aktiv rekrutieren, auf sie zugehen und auch unterstützen (D'Aubin & Stienstra 2004). Denn so können durch erfolgreiche Politiker*innen mit Behinderungen auch Vorbilder entstehen, was sich zudem positiv auf andere Personen mit Behinderungen auswirkt (*ibid.*).

Bedingt durch das Fehlen von Vorbildern und «role models» trauen sich viele Personen mit Behinderungen heute nicht zu, in der Politik zu engagieren (D'Aubin & Stienstra 2004, Langford & Levesque 2017, Levesque 2016). Durch Mentoringprogramme von Parteien oder auch Gewerkschaften, in denen politische Fähigkeiten erlernt werden, kann dies geändert werden (Waltz & Schippers 2020).

Zusammenfassend lässt sich schliessen, dass die Gründe für die Unterrepräsentation von Menschen mit Behinderungen in der Politik und deren geringere Teilnahme auf der Seite der Parteien, des politischen Systems und der Gesellschaft, aber auch auf der Seite der Personen mit Behinderungen selbst, zu finden sind. Es braucht mehr finanzielle Mittel, um etwa die Mehrkosten für Dolmetscher*innen oder die Übersetzung der Materialien zu decken. Zudem müssen physische Barrieren an Gebäuden weiter abgebaut werden und die Bildungsmöglichkeiten für Personen mit Behinderungen verbessert werden. Einen wichtigen letzten Punkt stellt das Abbauen von Vorurteilen und das Schaffen von Vorbildern zur Veränderung der Vorstellung von Behinderung in der Gesellschaft dar.

3.4 Politische Repräsentation

Schon seit einiger Zeit wird in der Forschung die Debatte darüber geführt, ob Bürger*innen durch Politiker*innen, die ihnen «ähnlich» sind, besser repräsentiert sind oder nicht (Reher 2020). Ähnlichkeit definiert sich hier zum Beispiel über das gleiche Geschlecht, dieselbe Herkunft oder die gleiche Religion. Für eine funktionierende Demokratie ist die Repräsentation von Minderheiten von grosser Bedeutung (Wallace 2014), da eine demokratische Verfassung allen das Wahlrecht und das Recht sich zur Wahl aufzustellen, garantieren sollte (Celis 2012).

In der Literatur wird meist zwischen der substantiellen und der deskriptiven Repräsentation unterschieden (Pitkin 1967; Hayes & Hibbing 2017).

Die deskriptive Repräsentation befasst sich mit der repräsentierenden Person selbst, also wer wen vertreten kann (Hayes & Hibbing 2017). Es besteht die Annahme, dass eine Person durch eine Person aus ihrer Personengruppe angemessen repräsentiert werden kann (Wallace 2014). Dabei spielen gemeinsame Eigenschaften wie das Geschlecht, die Klasse, die Ethnie, die sexuelle Orientierung, gemeinsame Erfahrungen oder eben eine Behinderung eine Rolle (Reher 2020, Hayes & Hibbing 2017; Lloren et al. 2015; Wallace 2014). Die substantielle Repräsentation fragt nach dem «was» und untersucht die Handlungen der Vertretenden (Hayes & Hibbing 2017), also wie gut die repräsentierenden Personen die Interessen der Personen abdecken, welche sie vertreten (Reher 2020; Brunsbach 2011; Celis 2012). Viele Studien untersuchen den Zusammenhang zwischen diesen beiden Formen der Repräsentation (so z.B. Sobolewska et al. 2018; Franceschet & Piscopo 2008; Hayes & Hibbing 2017; Brunsbach 2011), wobei Sobolewska et al. (2018) in ihrer Arbeit davon ausgehen, dass zwischen deskriptiver und substantieller Repräsentation eine positive Korrelation besteht. Vertreter*innen aus derselben sozialen Gruppe wie ihre Wählenden repräsentieren die Interessen der Wählenden besser aufgrund geteilter Erfahrungen, ähnlicher Sozialisierung und einer höheren Repräsentationsmotivation durch ein starkes Verantwortungsgefühl oder Wahanreize (Reher 2020; Lloren et al. 2015).

Franceschet und Piscopo (2008) kritisieren den positiven Zusammenhang zwischen der deskriptiven und substantiellen Repräsentation, denn dahinter steht die Annahme, dass erworbene Merkmale zu gemeinsamen Interessen, Prioritäten und Perspektiven führen. Dies würde nur zutreffen, wenn die zu repräsentierende Minderheit durchgehend homogene Interessen aufweist (*ibid.*). Eine vermehrt deskriptive Vertretung kann zwar die Übereinstimmung der zu vertretenden Interessen erhöhen (Celis 2012), was aber nicht zwingend der Fall sein muss (Brunsbach 2011; Hayes & Hibbing 2017).

Studien zur Repräsentation der Minderheit der Frauen betonen, dass es gewisse frauenspezifische Themen gibt, welche Frauen anders priorisieren als Männer (Brunsbach 2011). Gemäss Franceschet und Piscopo (2008) schlagen weibliche Vertreterinnen im Vergleich zu ihren männlichen Kollegen eher Gesetze vor, die sich mit Frauenrechten oder den Rechten von Kindern und Familien auseinandersetzen. Dies würde dafürsprechen, dass eine erhöhte deskriptive Repräsentation wichtig ist (Franceschet & Piscopo 2008). Es ist jedoch

wichtig zu erwähnen, dass die Präsenz von Frauen keinen Einfluss darauf hat, ob Frauen als politische Akteure gestärkt werden oder nicht (*ibid.*).

In Bezug auf die Minderheit von Menschen mit Behinderungen ist die Frage, ob Politiker*innen mit Behinderungen tatsächlich die Ansichten der Bürger*innen mit Behinderungen vertreten, wenig untersucht (Reher 2020). Ein Grund hierfür liegt möglicherweise darin, dass es sehr wenige Politiker*innen gibt, die sich offen als Menschen mit Behinderungen zeigen und es schwierig ist, diese zu erfassen (Reher 2020; Evans & Reher 2020). Menschen mit Behinderungen treffen auf unterschiedliche Barrieren, wobei dies oft von der Art der Behinderung, den Charaktereigenschaften und Identitäten sowie kulturellen, institutionellen und sozio-ökonomischen Faktoren abhängt (Reher 2020). Dennoch teilen Menschen mit Behinderungen eine gemeinsame Erfahrung, welche Menschen ohne Behinderungen nicht nachvollziehen können (*ibid.*). So überschneiden sich bei der Frage bezüglich der Gesundheits- und öffentlichen Ausgaben, die Meinungen der Bürger*innen mit Behinderungen und der Politiker*innen mit Behinderungen mehr als mit politischen Akteuren ohne Behinderungen, wobei die Interessen meist eher dem Linken politischen Spektrum zuzuordnen sind, was Reher (2020) in einer Studie von Grossbritannien zeigen konnte. Die sonstigen politischen Ansichten von Menschen mit Behinderungen unterscheiden sich selten absolut von denen politischer Akteure ohne Behinderungen (*ibid.*).

Reher (2020) kommt zum Schluss, dass eine höhere Anzahl an Parlamentarier*innen mit Behinderungen eher die Interessen von Menschen mit Behinderungen vertreten, also dementsprechend eine deskriptive Repräsentation wichtig wäre. Unabhängig davon kommt hinzu, dass Parteien durch das Aufstellen von Kandidierenden mit Behinderungen ihre eigene Wählerbasis ausweiten können (*ibid.*).

3.5 Integration und Inklusion

Im Zusammenhang mit dem Thema Behinderung gilt es auch den Unterschied zwischen Integration und Inklusion anzusprechen und zu diskutieren, wie man vom einen zum anderen kommen könnte. Diese Begrifflichkeiten werden nicht nur in der Politik und im Kontext mit Behinderung verwendet, man findet sie unter anderem in der Bildungs- oder Migrationspolitik.

Da die Begrifflichkeiten besonders im Bereich der Erziehungswissenschaften in Hinblick auf den Unterricht häufig gebraucht werden, lassen sie sich dort gut illustrieren. Dadurch lässt sich eine Analogie zwischen der Integration von Kindern in den Schulunterricht und Menschen mit Behinderungen in den politischen Kontext herstellen. Der Grund für die Wahl dieser Analogie

ist, dass sowohl Strukturen in der Politik als auch Strukturen in der Bildung eher schwerfällig zu verändernde Bereiche darstellen und beide Bereiche öffentlicher Natur sind.

Zunächst ist zu erwähnen, dass hinter den Begriffen der Integration und der Inklusion der Gedanke steckt, Kinder mit speziellen Bedürfnissen in den normalen Schulalltag einbinden zu können, womit die Begriffe eine positive Konnotation haben (Nedha 2015). Die Art und Weise wie diese Einbindung geschieht, ist jedoch bei beiden Ansätzen unterschiedlich (*ibid.*). Kinder mit speziellen Bedürfnissen können beispielsweise Kinder mit Behinderungen sein, aber auch Kinder mit Migrationshintergrund, die womöglich die Sprache ihres neuen Heimatlandes noch nicht verstehen oder sprechen (*ibid.*).

Integration beschreibt grundsätzlich den Prozess, bei dem Kinder mit besonderen Bedürfnissen in die obligatorische Schule aufgenommen werden (Nedha 2015). Sie werden folglich nicht in gesonderten Klassen oder Schulen unterrichtet, sondern gemeinsam mit Kindern ohne besondere Bedürfnisse (*ibid.*). Es geht demnach um die Eingliederung der Kinder (*ibid.*). Dabei möchte man den besonderen Bedürfnissen der Schulkinder gerecht werden und nutzt verschiedene Methoden, um sie dabei zu unterstützen, sich in den Schulalltag der Regelschule einfügen zu können (*ibid.*).

Bei der Inklusion geht es darum, Kinder in einer Art und Weise zu unterrichten, die allen Schulkindern gleichermaßen zugutekommt (Nedha 2015). Der Fokus liegt dabei nicht nur auf den Schulkindern mit besonderen Bedürfnissen, sondern auf allen gleichermaßen. Es geht nicht darum, die Kinder mit besonderen Bedürfnissen in die obligatorische Schule zu integrieren, sondern die Schule, beziehungsweise den Unterricht, so auszurichten, dass er allen vertretenen Bedürfnissen gerecht wird (*ibid.*). Die grundsätzliche Vielfalt der Schulkinder wird akzeptiert und verschiedene Techniken werden angewendet, um jedes Schulkind zu fördern (*ibid.*).

Wird dieser Gedanke auf die Politik übertragen, so geht der integrative Ansatz davon aus, dass das System Wege finden muss, um Menschen mit Behinderungen in ihrem Zugang zu diesem System zu unterstützen und ihnen Hilfsmittel an die Hand zu geben, um Hindernisse zu überwinden. Der inklusive Ansatz hingegen spricht sich dafür aus, dass ein System etabliert wird, das den Bedürfnissen aller gerecht wird. Natürlich ist hierbei die Umsetzung, im Hinblick auf die Gesamtbevölkerung, schwieriger als bei einer Schulklasse von 25 Schulkindern. Es lässt sich jedoch, analog dazu, ein Rahmen schaffen, wie das Leitbild einer ganzen Schule festgelegt wird, der dann auf bestimmten Ebenen, wie den Klassen, verschiedene Massnahmen

ermöglicht. Dadurch können bestimmte Hindernisse angegangen, abgebaut und dabei doch den Blick immer auch auf das Gesamtsystem gerichtet werden.

Grundsätzlich lässt sich diese Unterscheidung auch auf ein Kontinuum der Einbindung in soziale Systeme ausweiten, das von einfacher Anwesenheit über aktive Teilnahme hin zur Integration und schliesslich zur Inklusion reicht (Reinhardt et al. 2013). Daraus ergeben sich verschiedene Grade der Einbindung, die je nach sozialem System und sozialer Rolle unterschiedlich ausgeprägt sein können (*ibid.*). Für die Politik relevant ist dabei die Einbindung der Rolle von Bürger*innen. Dabei handelt es sich um ein grosses Feld und es lohnt sich, Subthemen und die Einbindungsgrade darin aufgeteilt zu betrachten (*ibid.*).

Wenn es darum geht, ein politisches System von einem System der Integration in ein System der Inklusion umzuwandeln, so dürfte dies mit diversen Schwierigkeiten verbunden sein. Das rührt daher, dass ein politisches System im Vergleich zu einem Schulsystem beispielsweise, noch umfassender und rigider ist und jede Änderung sowie jeder Vorstoss zeitintensiver sind. Ausserdem muss man sich über Grenzen der Inklusion Gedanken machen und sich darüber im Klaren sein, wie und warum allfällige Grenzen zu setzen sind beziehungsweise, wann diese angebracht sein können. Wichtig scheint, dass ein Bewusstsein dafür geschaffen werden muss, dass es unterschiedliche Grade der Einbindung gibt und dass eine klare Entscheidung gefällt wird, welches System anzustreben ist.

Was den heutigen Stand in der Schweiz, zumindest in Hinblick auf die Parteienlandschaft angeht, so schrieb Simone Leuenberger von AGILE.CH 2018:

„Inklusion ist ein Fremdwort und wird dementsprechend falsch gebraucht. (...) Es gibt noch viel zu tun auf dem Weg zur gleichberechtigten politischen Partizipation von Menschen mit Behinderung.“ (Leuenberger 2018, 22)

3.6 Status Quo in der Schweiz

3.6.1 Übersicht

Insgesamt weisen im Jahr 2018 22,2 % der Menschen in der Schweiz eine Behinderung im Sinne der Definition des Behindertengleichstellungsgesetzes (BehiG)² auf. 4,4 % sind 2017 als

² Gemäss dem Behindertengleichstellungsgesetz (BehiG) wird mit «*Mensch mit Behinderungen (Behinderte, Behinderter)*» eine Person gemeint, der es voraussichtlich dauernde körperliche, geistige oder psychische Beeinträchtigung erschwert oder verunmöglicht, alltägliche Verrichtungen vorzunehmen, soziale Kontakte zu pflegen, sich fortzubewegen, sich aus- und weiterzubilden oder eine Erwerbstätigkeit auszuüben.

Personen mit funktionellen Einschränkungen (Einschränkungen im Seh-, Geh-, Sprechvermögen, usw.) zu bezeichnen (BFS 2020a).

Themen, die ganz aktuell in der Literatur in Zusammenhang mit Behinderung und teilweise auch mit Blick auf die Schweiz diskutiert werden, sind beispielsweise, wie die Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen in Unternehmen gelingen kann (Essl 2021) oder wie der Institutionalisierungsprozess inklusiver Bildung in der Schweiz vorangeht (Mejeh 2021). Insgesamt ist die Datenlage über die Situation von Menschen mit Behinderungen in der Schweiz dünn und ausbaubar, was relevant ist, um Verbesserungen des Status Quo vorzunehmen und deren Wirkung evaluieren zu können.

Die rechtliche Garantie zur politischen Partizipation in der Schweiz ist in der Schweizerischen Bundesverfassung (BV) in Art. 8 Abs. 2 BV, dem Nichtdiskriminierungsgrundsatz, verankert. Dieser besagt, dass niemand wegen einer körperlichen, geistigen oder psychischen Behinderung diskriminiert werden darf. Art. 136 BV geht etwas genauer auf die politischen Rechte ein, wonach grundsätzlich alle Schweizer*innen die gleichen politischen Rechte haben, sofern sie volljährig und nicht wegen Geisteskrankheit oder Geistesschwäche entmündigt sind. Im Kanton Genf hat sich eine Mehrheit der Stimmberechtigten im November 2020 dafür ausgesprochen, dass politische Rechte auf Gemeinde- und Kantonsebene nicht entzogen werden sollen, auch wenn jemand wegen geistiger oder psychischer Behinderung unter umfassender Beistandschaft steht (Das Schweizer Parlament 2021; Gerny 2021). Diese Thematik fand ebenfalls auf Bundesebene ihren Weg und wird im Parlament diskutiert (*ibid.*).

Was die Wählbarkeit in die Bundesbehörden angeht, so sind alle Stimmberechtigten wählbar (Art. 143 BV). Weitere Bestimmungen, die Menschen mit Behinderungen betreffen, sind die Bestimmungen über das Schulwesen (Art. 62 Abs. 3 BV), die Wohnbau- und Wohneigentumsförderung (Art. 108 Abs. 4 BV) sowie die Betagten- und Behindertenhilfe (Art. 112c BV). Diese Bestimmungen dienen vor allem dazu, den Bund zumindest ansatzweise dazu zu verpflichten, aktiv für Gleichstellung zu sorgen.

Wie zuvor erwähnt, gibt es zudem das Bundesgesetz über die Beseitigung von Benachteiligungen von Menschen mit Behinderungen (BehiG). Dessen Geltungsbereich und Inhalt beziehen sich jedoch hauptsächlich auf Themen wie den öffentlichen Verkehr sowie Aus- und Weiterbildungen (EDI 2021a). Es gibt jedoch keine Bestimmung zur Beseitigung von Benachteiligungen von Menschen mit Behinderungen in der Politik.

Die Schweiz hat 2014 das Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (Behindertenrechtskonvention, BRK) der UNO ratifiziert (EDI 2021b). Damit verpflichtet sie sich dazu, Menschen mit Behinderungen vor Diskriminierung zu schützen, deren Inklusion und Gleichstellung in der Gesellschaft zu fördern sowie Hindernisse abzubauen (EDI 2021b). Insbesondere Art. 29 UNO-BRK spricht über die Verpflichtungen der Vertragsstaaten, was die Teilhabe am politischen und öffentlichen Leben angeht. Unter anderem werden in diesem Artikel auch das aktive und passive Wahlrecht geregelt. Menschen mit Behinderungen sollen auch bei politischen Prozessen mitreden können, dies bedeutet, dass sie in alle Phasen der Gesetzgebung miteinbezogen werden müssen (Art. 29 UNO-BRK). Wie eine Kurzstudie zeigt, ist die Umsetzung in der Schweiz bis heute uneinheitlich (SKMR 2019).

Folglich lässt sich sagen, dass die rechtlichen Rahmenbedingungen für eine Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen in der Schweiz durchaus gegeben sind, die Umsetzung, beziehungsweise der Zugang zu der effektiven Ausübung dieser Rechte, jedoch in vielerlei Hinsicht noch nicht gegeben ist.

Es gibt eine ganze Reihe von Organisationen in der Schweiz, die sich für Menschen mit Behinderungen und ihre Interessen und Probleme einsetzen (EDI 2021c). In Hinblick auf die politischen Rechte sind folgende besonders relevant. Zum einen gibt es «AGILE.CH - Die Organisationen von Menschen mit Behinderungen». AGILE.CH setzt sich auf politischer Ebene unter anderem für die Inklusion und Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen ein und informiert in ihrer Zeitschrift über Themen in Zusammenhang mit politischen Rechten. Als Dachverband nehmen sie ausserdem an Vernehmlassungen zu Gesetzesentwürfen und Anhörungen teil und vertreten im National- und Ständerat die Interessen von Menschen mit Behinderungen (AGILE.CH 2021). Eine Organisation mit ähnlichen Bestrebungen und Partner von AGILE.CH ist Procap. Procap setzt sich ebenfalls für Inklusion und Rechte von Menschen mit Behinderungen auf politischem Wege ein. Unter anderem nehmen sie in wichtigen Gremien Einfluss und führen Kampagnen durch (Procap 2021). Der Verein Tatkraft ist hier ebenso zu erwähnen. Dieser setzt sich dafür ein, dass Hindernisse für Menschen mit Behinderungen abgebaut werden, damit sich Menschen mit Behinderungen auch politisch engagieren können (Tatkraft 2021).

Solche Vereine und Organisationen bemühen sich um Zusammenarbeit und versuchen Einfluss auf die Parteien auszuüben, die dann wiederum Vorstösse im Parlament einreichen können. Dabei zeigt sich, dass die Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SP) Spitzenreiter ist, was Vorstösse, die eine Stärkung der Rechte von Menschen mit Behinderungen fordern, angeht

(Vincenz 2021). Schlusslicht bildet die Schweizerische Volkspartei (SVP) (*ibid.*). Bezüglich der gegenwärtigen Repräsentation im Parlament ist Nationalrat Christian Lohr von der Partei «die Mitte»³ auf Bundesebene der einzige Politiker mit Behinderungen (*ibid.*). Sowohl bei der BDP als auch bei der Mitte und der SP gab es bei den Wahlen 2019 mehrere Kandidierende mit Behinderungen auf den Parlamentswahllisten (Raemy 2021). Ein Beispiel ist Isabelle Heer, Nationalratskandidatin für die BDP, die mit Multipler Sklerose (MS) lebt (*ibid.*).

Folglich lässt sich zusammenfassend sagen, dass es in der Schweiz ein gutes Grundgerüst und einige gute Bestrebungen gibt, die Hindernisse für Menschen mit Behinderungen abzubauen und weitere Inklusion zu ermöglichen. Dennoch gibt es auf verschiedenen Ebenen noch Handlungsbedarf. Rechtliche Grundlagen sind vorhanden und Möglichkeiten zu deren effektiver Umsetzung müssen gefunden werden, damit Gleichstellung nicht nur ein theoretisches Konzept bleibt.

3.6.2 Politische Vorstösse

Zuvor wurden verschiedene Schweizer Organisationen erwähnt, die sich mit Menschen mit Behinderungen und ihren Anliegen beschäftigen. Es wird nach verschiedenen Lösungsansätzen gesucht, um Barrieren sichtbar zu machen oder sie zu überwinden, wobei manche auf politischer Ebene und andere auf zivilgesellschaftlicher Ebene etwas zu erreichen versuchen.

Auf politischer Ebene sind es vor allem Petitionen, die eingereicht werden, wie zum Beispiel «Menschen mit Behinderungen wählen. Und sind wählbar!», die 2015 von Procap und AGILE.CH bei der Bundeskanzlei eingereicht wurde. Dabei ging es vor allem um eine Reihe von Massnahmen, um die politische Partizipation von Menschen mit Behinderungen zu fördern. 2019 kam man zum Fazit, dass diese Petition aus verschiedenen Gründen in einer Sackgasse gelandet ist. Unter anderem, weil durch die Petition zwar ein Bericht des Bundesrates zur Behindertenpolitik im Jahr 2018 veröffentlicht wurde, darin jedoch zu wenig spezifische Massnahmen festgehalten wurden, um wirklich etwas zu bewirken (Rouvenaz, 2019).

Einen erfolgreicheren Lösungsansatz stellte die Forderung der Inklusionskommission der Arbeitsgruppe UN-BRK aus dem Jahr 2018 von den drei Verbänden INSOS, Curaviva und VAHS Schweiz an die Bundeskanzlei für Wahl- und Abstimmungsunterlagen in leichter

³ Ehemals christlich demokratischen Volkspartei der Schweiz (CVP).

Sprache dar (Schanda & Mündlein 2019). Weil der Bund vorerst nur zögerlich auf die Forderungen reagierte, lancierte insieme Schweiz zusammen mit easyvote die Broschüre «Wahlhilfe» (*ibid.*). Im Team, welches die Broschüre erarbeitet hat, haben auch Menschen mit Behinderungen mitgearbeitet (*ibid.*).

Auf zivilrechtlicher Ebene gibt es ebenfalls verschiedene Bestrebungen. Der Verein Tatkraft lanciert immer wieder verschiedene Projekte, die von und für Menschen mit Behinderungen entwickelt werden und an denen Menschen mit Behinderungen selbstbestimmt teilnehmen können (Tatkraft.ch 2021). Eines der neuesten Projekte ist die Webseite behindertenpolitik.ch. Gemäss eigenen Angaben «*fördert es Menschen mit Behinderungen in der Schweizer Politik und schafft Sichtbarkeit für ihre Arbeit*» (Behindertenpolitik.ch 2021).

Der Verein insieme hat im Jahr 2019 unter dem Namen *#ichwillwählen* eine Kampagne gestartet, in der elf Menschen mit einer kognitiven Behinderung Statements in einem Video abgeben, wieso sie wählen wollen und was es für sie bedeutet. Diese Kampagne wurde vor allem in den sozialen Medien verbreitet, aber auch auf 20.min und an grösseren Bahnhöfen (insieme.ch 2019).

Zusätzlich werden neben den politischen Vorstössen von Fachorganisationen für Menschen mit Behinderungen auch aus dem Parlament Massnahmen zur Beseitigung von Barrieren und zur Förderung der politischen Partizipation von Menschen mit Behinderungen eingeführt. Ein aktuelles Beispiel ist, dass das schweizerische Parlament seit Februar 2021 hindernisfrei ist (Parlamentsdienste 2021). Das Parlamentsgebäude in Bern wurde damals nicht rollstuhltauglich erbaut. Dies wurde während dem Jahr 2020 geändert, damit sich Ratsmitglieder und Besuchende mit Behinderungen im Gebäude frei bewegen können (*ibid.*).

Diese Beispiele zeigen, dass es durchaus bereits Lösungsansätze gibt. Es stellt sich jedoch die Frage, warum sich die Situation dann nur langsam ändert.

4 Zwischenfazit und Überleitung zu unserer Forschung

Aus den bisherigen Kapiteln wurde ersichtlich, wie die drei verschiedenen Definitionen von Behinderung – medizinisch, soziologisch und kulturell – das Verständnis und schliesslich auch die Lösungsvorschläge zur Änderung des Status Quo beeinflussen. Es wurde aufgezeigt, dass die Gründe für die mangelnde Repräsentation in der Politik bereits im alltäglichen Leben beginnen. Dazu kommen noch konkrete Hindernisse bei der politischen Teilhabe, welche physischer oder finanzieller Natur sind oder durch Vorurteile verursacht werden. Darüber hinaus wurde die Debatte zwischen substantieller und deskriptiver Repräsentation und der Unterschied zwischen Inklusion und Integration ausgeführt. Schliesslich wurde eine Übersicht des Status Quo der Schweiz gegeben.

Aus dieser Literaturübersicht lässt sich erkennen, dass nur wenig quantitative Studien zu Barrieren, welche sich Menschen mit Behinderungen im Zusammenhang mit der politischen Partizipation stellen, existieren. Priestley et al. (2016) sind deshalb der Meinung, dass Behinderung als eine sozio-ökonomische Variable in der bisherigen Forschung zur politischen Teilnahme so gut wie ignoriert wurde. Dieser Umstand ist überraschend, da in der Europäischen Union (EU) immerhin rund 80 Millionen Personen angeben, in irgendeiner Form Behinderungen zu haben. Köbsell und Waldschmidt (2006) stellen fest, dass sich die Forschung zu den sogenannten «Disability Studies» in Deutschland durchaus entwickelt hat, wohingegen in Österreich kaum und in der Schweiz eigentlich keine Forschung diesbezüglich betrieben wird. In anderen Ländern ausserhalb der EU, wie zum Beispiel in Grossbritannien, ist die Forschung zu Menschen mit Behinderungen umfangreicher. In Grossbritannien sind vor allem verschiedene Studien zur Repräsentation von Menschen mit Behinderungen von Stefanie Reher erwähnenswert (Reher 2021a, 2021b, 2020; Evans & Reher 2020).

Wie bereits erwähnt, ist die Forschung zu Menschen mit Behinderungen in der Schweiz kaum vorhanden. Daher ist auch die Datenlage dünn. Das Bundesamt für Statistik erhebt verschiedene Statistiken in Bezug auf die Lebensqualität von Menschen mit Behinderungen (BFS 2019), die letzte Studie des Bundesamtes für Statistik über die politische Partizipation von Menschen mit Behinderungen stammt jedoch aus dem Jahr 2013 (BFS 2013). Dabei ist es essenziell herauszufinden, wo mögliche Ursachen für die Unterrepräsentation und die erschwerte Teilnahme liegen, denn nur so können Veränderungen herbeigeführt werden.

Des Weiteren konnte festgestellt werden, dass es in der Schweiz gute rechtliche Grundlagen und bereits Bestrebungen seitens einiger Akteure gibt, die Hindernisse für Menschen mit

Behinderungen in Hinblick auf die politischen Rechte abzubauen und tiefergehende Inklusion zu ermöglichen. Dennoch gibt es auf verschiedenen Ebenen noch Handlungsbedarf, um beispielsweise Möglichkeiten zur effektiven Umsetzung der rechtlichen Grundlagen zu finden. Damit Gleichstellung nicht nur ein theoretisches Konzept bleibt, braucht es Veränderung.

Die Änderung des Status Quo wird unter anderem massgeblich von Schweizer Politiker*innen beeinflusst. Darum wird in dieser Arbeit das Problembewusstsein der Politiker*innen bei der politischen Teilhabe von Menschen mit Behinderungen untersucht. Wie bereits erwähnt, sind die verschiedenen Definitionen von Behinderungen – das medizinische, das soziologische und das kulturelle Konzept – zentral bei der Diskussion über den Umgang mit Menschen mit Behinderungen und daher auch in der Politik. Die verschiedenen Perspektiven beeinflussen das Verhalten von Menschen, Gesellschaften und auch von Politiker*innen. Wenn man versteht, welches Bild von Behinderungen vorliegt, können Verhaltensweisen anders interpretiert und mögliche Wege gefunden werden, um das Problembewusstsein zu erweitern. Vor diesem Hintergrund wurde die erste Forschungsfrage dieser Arbeit formuliert: *Welches Bild von Behinderungen haben Schweizer Politiker*innen?* Die verschiedenen Definitionen können einen Einfluss darauf haben, wie die Situation von betroffenen Personen verbessert und Barrieren abgebaut werden. Um die Wahrnehmung von Behinderungen mit den Barrieren und Lösungen in Verbindung zu bringen, wurde die zweite Forschungsfrage abgeleitet: *Wo sehen Schweizer Politiker*innen Barrieren für Politiker*innen mit Behinderungen (und was wären Lösungsmöglichkeiten)?*

Im nächsten Kapitel wird das methodische Vorgehen, um diese zwei Forschungsfragen zu beantworten, erläutert.

5 Methodisches Vorgehen

Folgend erläutern wir zuerst die unserer Vorgehensweise zugrundeliegende Logik, konkret, weshalb und wie wir unsere Umfrage erstellt haben. Der zweite Teil des Kapitels beinhaltet sodann die theoriegeleitete Herleitung unserer Fragen. Schliesslich erklären wir unsere Vorgehensweise bei der Datenanalyse, welche in zwei Schritten erfolgt ist. Aufgrund der Natur unserer Fragen haben wir die Datenanalyse für die geschlossenen Fragen und parallel dazu für die offen gestellten Fragen durchgeführt.

5.1 Erstellen und Versenden der Umfrage

Aufgrund der fehlenden Daten haben wir uns entschieden, Daten mit einer Umfrage zu erheben. Letzteres erleichtert den Zugang einer quantitativen Analyse und ist in elektronischer Form schnell und einfach zu konzipieren, was das Erreichen von Teilnehmer*innen ebenfalls abnimmt.

Unsere Umfrage bestand aus elf Fragen, exklusiv der Fragen zur Parameterbestimmung. Weiter übersetzten wir die deutsche Version der Umfrage auf Italienisch und Französisch, da wir die Wahrnehmung der Politiker*innen aus der ganzen Schweiz beleuchten wollten. Des Weiteren sollen unsere Resultate auf die gesamte Schweiz anwendbar sein, um ein Gesamtbild zu ermöglichen. Die Übersetzung unserer Umfrage gaben wir an das Übersetzungsbüro *pro-verbial gmbh*⁴ ab.

Wir versuchten über verschiedene Wege und Kontaktpersonen direkt an Schweizer Politiker*innen zu gelangen. Zum einen griffen wir zurück auf bestehende Kontakte zu Politiker*innen, zum anderen gelangten wir über unterstützende Personen zu den jeweiligen Politiker*innen. Unser Auftraggeber, der Verein Tatkraft, versendete unseren Umfragelink an ihre Kontaktpersonen. Somit waren die SP Zürich sowie die Kantonsräte der Kantone Schaffhausen, Luzern und Bern abgedeckt. Das Institut für Erziehungswissenschaften der Universität Zürich, genauer gesagt der Lehrstuhl für Sonderpädagogik, waren uns des Weiteren behilflich und versendeten die Umfrage an ihre Kontakte. Wir baten alle Kontakte, die Umfrage weiterzuleiten. Unsere Bemühungen blieben jedoch eher erfolglos und nur sehr wenige Personen nahmen an unserer Umfrage teil. Daher entschieden wir uns alle National- sowie Ständeräte direkt per E-Mail anzuschreiben. Die Kontaktdaten entnahmen wir dem

⁴ Vogelsangstrasse 48, 8006 Zürich.

offiziellen Adressverzeichnis des Parlaments⁵. Auf die Bitte um Weiterleitung des Umfragelinks haben wir hier bewusst verzichtet, da wir nicht wollten, dass eine Person womöglich mit diversen Aufforderungen von verschiedenen Seiten belästigt wird.

Das verwendete Umfragetool bietet keine Möglichkeit nachzuverfolgen, wer die Umfrage bereits ausgefüllt hat und wer nicht. Daher verzichteten wir ebenfalls auf das Versenden von Erinnerungsmails. Bei der Umfrage konnten die Teilnehmenden ihre Kontaktdaten angeben, falls sie zu einem Interview bereit wären. Das Ziel dieser Interviews wäre es gewesen, einen noch detaillierteren Blick in die Thematik sowie Problematik zu ermöglichen sowie mögliche Unklarheiten zu bereinigen. Letzteres hat sich nach eingehender Befassung mit den Resultaten nicht ergeben, das heisst, aufgrund der Stringenz in der Art, wie unsere Teilnehmer*innen auf die Fragen geantwortet haben und aufgrund der zeitlichen Begrenzung unseres Projekts, haben wir davon abgesehen, Folgeinterviews durchzuführen (siehe Ergebnisse aus der Umfrage).

Vor diesen Hintergrund war die Umfrage vom 06.11 bis 15.11.2021 aufgeschaltet.

Wie bereits erwähnt, verfolgen wir mit unserer Analyse einen explorativ deduktiven Ansatz. Den theoretischen Rahmen unserer Arbeit bilden Definitionen von Behinderung (Kap. 2.1-2.3), der politische Umgang mit Behinderungen (3.2), Hindernisse in der politischen Partizipation (3.3), die politische Repräsentation von Menschen mit Behinderungen (3.4) sowie Integration und Inklusion (3.5). Ausgehend von einem Teil dieser Theorien entwickeln wir Fragen für unsere Umfrage. Konkret leiten wir zum Kapitel der Inklusion und Integration (3.5) keine Fragen ab, da diese Fragen schliesslich zu komplex waren, um stringente Resultate und darauf basierende Interpretationen zu erlangen. Darüber hinaus haben unsere restlichen Fragen die Essenz von Integration und Inklusion bereits abgedeckt. Ferner stellen wir nicht theoriebasierte Fragen zum Status Quo in der Schweiz, um erste Erkenntnisse darüber zu erhalten und um so die momentane Situation abzubilden sowie einen Zugang für künftige Theorien und Modelle für die Schweiz zu ermöglichen. In der untenstehenden Tabelle 1 sind alle Fragen, ohne die Fragen zur Parameterbestimmung, aufgeführt. Zudem wird ersichtlich, aus welchen Theorieteilen wir sie ableiteten.

Die Fragen 1, 2, 5, 9, 10 und 11 dienen dazu, den Status Quo in der Schweiz abzufragen und sind deshalb keiner bestimmten, theoretischen Komponente zu entnehmen. Die dritte Frage fusst auf der Theorie zur politischen Repräsentation (Kap. 3.4). Reher (2020) beispielsweise

⁵ Adressen der Ratsmitglieder 51. Legislatur (<https://www.parlament.ch/de/organe/adressen>).

kommt in ihrer Studie zum Schluss, dass eine höhere Anzahl an Parlamentarier*innen mit Behinderungen eher die Interessen von Menschen mit Behinderungen vertreten.

Gleichermassen wurzelt unsere vierte Frage in dem Kapitel der politischen Repräsentation (3.4). Hier geht es jedoch vor allem um die Unterscheidung von deskriptiver und substantieller Repräsentation. Die deskriptive Repräsentation befasst sich mit der repräsentierenden Person selbst, also wer wen vertreten kann (Hayes & Hibbing 2017). Es besteht die Annahme, dass eine Person durch eine Person aus ihrer Personengruppe angemessen repräsentiert werden kann (Wallace 2014). Die substantielle Repräsentation fragt nach dem «*was*» und untersucht die Handlungen der Vertretenden (Hayes & Hibbing 2017), also wie gut decken die repräsentierenden Personen die Interessen der Personen ab, welche sie vertreten (Reher 2020; Brunsbach 2011; Celis 2012).

Unsere sechste Frage stellen wir offen. Die erhaltenen Antworten können verschiedenen Theorien zugeteilt werden. Zum einen können die erwähnten Hindernisse den verschiedenen Definitionen von Behinderungen (Kap. 2.1-2.3) zugeteilt werden. Zum anderen können die von den Umfrageteilnehmer*innen erwähnten Barrieren den theoretischen Ausführungen zu den Hindernissen politischer Partizipation (Kap. 3.3) entsprechen. Die Literatur unterscheidet zwischen den drei Kategorien der physischen Barrieren, Ressourcen und finanziellen Mitteln sowie Vorurteilen, welche es Personen mit Behinderungen erschweren oder verunmöglichen aktiv an der Politik teilzunehmen (Evens & Reher 2020; Sackey 2015).

Bei der siebten Frage beruhen die vorgegebenen Antwortmöglichkeiten auf verschiedenen Theorien. Die Antwortmöglichkeit (a.) beruht auf der Theorie zur medizinischen Definition von Behinderung (Kap. 2.1). Da diese davon ausgeht, dass Barrieren durch die Behinderung an sich entstehen (Williams & Busby 2000). Antwortmöglichkeit (b.) gehört zum Kapitel der Hindernisse politischer Partizipation, konkret zu den Ausführungen zu den physischen Barrieren. Antwortmöglichkeit (c.) beruht auf der soziologischen Definition von Behinderung (Kap. 2.2) sowie dem Kapitel zu den Hindernissen politischer Partizipation (Kap. 3.3). Bei den Hindernissen politischer Partizipation geht es uns vor allem um den Aspekt der Vorurteile, Stigmatisierung und Unterschätzung.

Tabelle 1: Darstellung der Umfrage mit dazugehöriger Theorie

Theorie	Frage	Antwortmöglichkeit
(Kap. 3.3 Hindernisse politischer Partizipation) Kap. 3.6 Status Quo in der Schweiz	1.) In der Schweiz können alle Bürger*innen am politischen Prozess teilnehmen, unabhängig davon, ob sie eine (körperliche und/oder mentale) Einschränkung haben oder nicht.	<i>Trifft vollkommen zu</i> bis <i>Trifft überhaupt nicht zu</i>
(Kap. 3.4 Politische Repräsentation) Kap. 3.6 Status Quo in der Schweiz	2.) Wie gut werden Ihrer Meinung nach die Interessen von Menschen mit Behinderung(en) heute in der Schweizer Politik vertreten?	1-5 1: komplett ausgeschlossen 5: volle Teilnahme
Kap. 3.4 Politische Repräsentation (Erkenntnisse von Studien aus England (Reher 2020))	3.) Menschen mit Behinderung(en) und Menschen ohne Behinderung(en) haben dieselben politischen Interessen und thematischen Schwerpunkte.	<i>Trifft vollkommen zu</i> bis <i>Trifft überhaupt nicht zu</i>
Kap. 3.4 Politische Repräsentation (substantiell und deskriptiv)	4.) Menschen mit Behinderung(en) werden von Politiker*innen mit Behinderung(en) besser repräsentiert als von Politiker*innen ohne Behinderung(en).	<i>Trifft vollkommen zu</i> bis <i>Trifft überhaupt nicht zu</i>
(Kap. 3.3 Hindernisse politischer Partizipation) Kap. 3.6 Status Quo in der Schweiz	5.) Wir haben in der Schweiz genügend Massnahmen, um Menschen mit Behinderung(en) am politischen Prozess teilhaben zu lassen.	<i>Trifft vollkommen zu</i> bis <i>Trifft überhaupt nicht zu</i>
Kap 2.1-2.3 Definition von Behinderung Kap. 3.3 Hindernisse politischer Partizipation	6.) Welche Hindernisse stellen sich Ihrer Meinung nach generell Menschen mit Behinderung(en) bei der Teilnahme an politischen Prozessen?	offen
Kap. 2.1-2.3 Definition von Behinderung Kap. 3.3 Hindernisse politischer Partizipation	7.) Barrieren zur Teilnahme an der Politik entstehen für Menschen mit Behinderung(en) durch...	a. ... ihre Einschränkung an sich (körperlich, psychisch) b. ... technische Barrieren (z.B.: kein ebenerdiger ÖV / Gebäude) c. ... gesellschaftliche Vorurteile (z.B. «das kann die Person ja eh nicht») d. ... Ansprüche an Eigenständigkeit von MmB (z.B. geschützte Arbeitsplätze) e. ... ihre Eigenwahrnehmung (sie trauen es sich nicht zu) f. ... fehlende Vorbilder (Anzahl & Sichtbarkeit von Politiker*innen mit Behinderung(en) ist gering)

<p>Kap. 3.1 Behinderung im Alltag Kap. 3.2 Politischer Umgang mit Behinderung Kap. 3.3 Hindernisse politischer Partizipation</p>	<p>8.) Welche der folgenden Massnahmen würden Sie unterstützen, um Menschen mit Behinderung(en) den Zugang in den politischen Prozess zu erleichtern?</p>	<ul style="list-style-type: none"> a. finanzielle Unterstützung zur Bezahlung von Assistenz (Sprachassistent, Dolmetscher, Reisebegleitung) b. Quotenplätze auf Wahllisten c. finanzielle Unterstützung für Wahlkampfausgaben (Plakate, Flyer) d. mehr finanzielle Unterstützung für den Lebensunterhalt an sich e. bessere Ausbildung / Integration in Schulen f. Kurse zur Führung politischer Ämter g. Zur Verfügung stellen von Assistenz durch Parteien an Veranstaltungen h. Zur Verfügung stellen von Assistenz beim Ausfüllen der Wahl- & Abstimmungsunterlagen i. Onlineveranstaltungen / Zuschalten von Menschen mit Behinderung(en) j. Barrierefreie Reisemöglichkeiten k. Barrierefreiheit von Gebäuden & Veranstaltungen l. Wahl von Menschen mit Behinderung(en) in politische Ämter (Vorbildfunktion) m. Miteinbezug von Menschen mit Behinderung(en) in den politischen Prozess (andere Perspektive)
<p>Kap. 3.3 Hindernisse politischer Partizipation Kap. 3.6 Status Quo in der Schweiz</p>	<p>9.) Wie hoch schätzen Sie die Chancen ein, dass Politiker*innen mit Behinderung(en) zur Wahl aufgestellt zu werden?</p>	<ul style="list-style-type: none"> a. sehr hoch b. hoch c. mittelmässig d. eher gering e. sehr gering
	<p>10.) Ausgehend von der vorherigen Frage, begründen Sie bitte kurz Ihre Antwort kurz.</p>	<p>offen</p>
<p>Kap. 3.6 Status Quo in der Schweiz</p>	<p>11.) Wie hoch schätzen Sie den Anteil von Menschen mit Behinderung(en) in der Schweiz?</p>	<ul style="list-style-type: none"> a. 5% oder weniger b. 6 - 11% c. 12 - 17% d. 18 - 23% e. 24 - 29% f. 30 - 35% g. 36 - 41% h. 42% oder mehr

Antwortmöglichkeit (d.) fusst ebenfalls auf der soziologischen Definition von Behinderung (Kap. 2.2). Sie umfasst jedoch auch die kulturelle Definition von Behinderung (Kap. 2.3). Antwortmöglichkeit (e.) stützt sich ebenfalls auf die soziologische Definition von Behinderung (Kap. 2.2) und auf der Theorie zu den Hindernissen politischer Partizipation (Kap. 3.3), konkret Vorurteile, Stigmatisierung und Unterschätzung. Bei der letzten Antwortmöglichkeit (f.) behandeln wir die theoretischen Ausführungen zu den Hindernissen politischer Partizipation (Kap. 3.3) und das Element der Vorurteile, Stigmatisierung und Unterschätzung.

Ebenso bei der achten Frage entspringen die vorgegebenen Antwortmöglichkeiten verschiedenen Theorien. Antwortmöglichkeit (a.) stützt sich auf Hindernisse politischer Partizipation (Kap. 3.3), konkret Ressourcen, finanzielle Mittel und Unterstützung für den Mehraufwand. Antwortmöglichkeit (b.) geht zurück auf das Kapitel 3.2, den politischen Umgang mit Behinderung. In diesem Kapitel sind vor allem Policies von Bedeutung, die für Menschen mit Behinderungen erlassen werden. Die Antwortmöglichkeit (c.) stützt sich ebenso wie Antwortmöglichkeit (a.) auf Hindernisse politischer Partizipation (Kap. 3.3). Die Antwortmöglichkeit (d.) fusst auf dem Kapitel 3.1 Behinderung im Alltag. Und befasst sich wesentlich mit dem Teilaspekt der Armut und der Arbeit. Antwortmöglichkeit (e.) setzt sich zusammen aus dem Kapitel 3.1 (Behinderung im Alltag), Kapitel 3.2 (Politischer Umgang mit Behinderungen) sowie Kapitel 3.3 (Hindernisse politischer Partizipation). Antwortmöglichkeit (f.) beruht ebenso auf den theoretischen Ausführungen zu den Hindernissen politischer Partizipation (Kap. 3.3). Antwortmöglichkeiten (g.) sowie (h.) wurzeln auf Hindernissen politischer Partizipation (Kap. 3.3). Die Antwortmöglichkeiten (i.), (j.) sowie (k.) befassen sich mit den physischen Barrieren der Theorie zu Hindernissen politischer Partizipation (Kap. 3.3). Die letzten beiden Antwortmöglichkeiten (l.) und (m.) gehen ebenfalls zurück auf die Ausführungen zu den Hindernissen politischer Partizipation (Kap. 3.3). Lediglich geht es uns hier insbesondere um Vorurteile, Stigmatisierung und Unterschätzung.

Es folgt das methodische Vorgehen bei der Auswertung unserer Umfrageergebnisse.

5.2 Auswertung der Umfrage

Die zugrundeliegende Analyse wurde in zwei Schritten durchgeführt. Folgendes Unterkapitel bearbeitet die Analyse der geschlossenen Fragen und gegebenen Antwortmöglichkeiten, die Analyse der offenen Fragen und freie Antworten findet sich im Kapitel 5.2.2. Im Nachgang dazu werden die Resultate zusammengefasst und diskutiert.

5.2.1 Geschlossene Fragen

Die Umfrage wurde mit Lime Survey durchgeführt. Bei den im Tool angezeigten Resultaten handelt es sich um aggregierte Ergebnisse, das heisst, wir sehen was die Mehrheit der Teilnehmenden pro Frage geantwortet hat. Hingegen können wir so nicht nachvollziehen, inwiefern sich die Resultate pro Frage ändern, wenn wir sie im Kontext von Geschlecht, Parteizugehörigkeit, Alter, usw. setzen. Deshalb wurden die Rohdaten der Umfrage vom Tool heruntergeladen und die einzelnen Fragen anschliessend gruppiert nach *Parameter* und *Match*. Während der Faktor *Parameter* die Informationen unserer Teilnehmenden aus den Fragen 1 bis 6 sowie 16 bis 19 umfasst, welche die Umfrageresultate beeinflussen könnten respektive sie in einen bestimmten Kontext stellen, umfasst *Match* den Kern unserer Umfrage, nämlich die Hauptfragen 7 bis 15. Hierbei wurde die Frage nach einem Folgeinterview bewusst aus der Analyse ausgeschlossen.

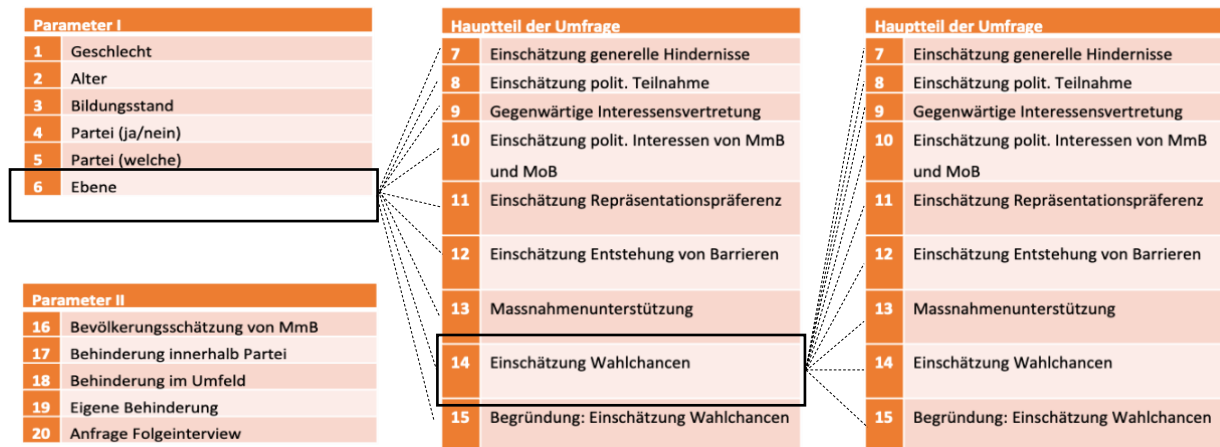


Abbildung 1: Visualisierung der Vernetzung von Match, Parameter und Match untereinander

Um den besagten Kontext der Resultate zu schaffen, wurden zunächst sämtliche Parameter den Hauptfragen gegenübergestellt, danach wurden die Hauptfragen untereinander vernetzt, Abbildung 1 zeigt dies exemplarisch dar. Da wir primär am Zusammenhang der Parameter und jeweiligen Fragen, respektive am Zusammenhang zwischen den Fragen interessiert sind, haben wir bewusst davon abgesehen, die Parameter untereinander zu betrachten. Gespiegelte Verbindungen wurden ebenfalls nicht berücksichtigt, um doppelte Zählungen von Zusammenhängen zu vermeiden.⁶ Diese Herangehensweise ergab prinzipiell über 120 Zusammenhänge, welche im Appendix Tabelle 4 aufgelistet sind. Bei den Fragen 12 und 13 konnten die Teilnehmenden jeweils mehrere Antworten auswählen. Deshalb wurden jene

⁶ Beispiel: die Verbindung *Alter* und *Einschätzung Wahlchancen* wurde einmal betrachtet, nicht aber die umgekehrte Verbindung von *Einschätzung Wahlchancen* und *Alter*.

Teilantworten von Lime Survey als eigenständige Fragen⁷ aufgefasst, um eine einfache Dateninterpretation zuzulassen. Aufgrund dessen wurden diese Teilantworten ebenso von uns als eigenständige Fragen behandelt und ebenfalls mit sämtlichen *Parametern* sowie *Matches* vernetzt. Dies berücksichtigt, hat sich die Zahl unserer Zusammenhänge auf insgesamt 575 erhöht. Die Antworten der Fragen 12 und 13 wurden zunächst einzeln bewertet, allerdings pro Frage zusammengefasst diskutiert. Des Weiteren haben wir davon abgesehen eine separate Analyse für Frage 4 (Parteizugehörigkeit Ja/Nein) aufzustellen, da lediglich 4 von 102 Personen angegeben haben, keiner Partei anzugehören und die Information jener, welche einer Partei angehören, ohnehin von Frage 5 abgedeckt ist. Letzteres hat sich die Anzahl Zusammenhänge auf 550 reduziert.

Die gruppierten Rohdaten wurden anschliessend in Tableau eingelesen und die eingehende Betrachtung der Zusammenhänge wurde darin vorgenommen. Die Wahl für dieses Tool fiel einerseits, da Tableau eine schnelle, klare und unkomplizierte Visualisierung der Daten ermöglicht, was die Betrachtung der Zusammenhänge vereinfacht. Andererseits, haben von insgesamt 102 Teilnehmenden 77 die Umfrage komplett ausgefüllt, die restlichen 25 nur punktuell, was eine verlässliche Signifikanzanalyse in Form von beispielsweise Regressionen wegen des kleinen Samples erschwert (Steenbergen, 2021). Letzteres wurde daher nicht durchgeführt und stellt somit zugleich eine Limitierung unserer Analyse dar. Die Resultate wurden deskriptiv erzielt, somit wurde die jeweilige Anzahl eingegangener Antworten ins Verhältnis zu den übrigen Antworten der anderen Fragen sowie der *Parameter* gesetzt. Vor diesem Hintergrund sind auch unsere Ergebnisse zu verstehen.

Für die Analyse wurden alle Leerantworten sowie «Sonstiges» entfernt. Die Leerantworten kommen daher, weil unsere Umfrage keine Pflichtfragen enthielt, weshalb auch die punktuelle Teilnahme zugelassen wurde. Wobei kein klares Muster zu erkennen war, wann jemand die jeweilige Frage nicht beantwortet hat. Einige Fragen enthielten «Sonstiges» als Antwortmöglichkeit, wobei darauffolgend die Option bestand, einen Text, Satz oder Begriff hinzuzufügen, um die Antwort zu spezifizieren. Da die Textanalyse in einem separaten Schritt erfolgte, wurden diese Antworten im gegenwärtigen Teil der Analyse ausgenommen.

⁷ Beispiel: Frage 12 (Einschätzung Entstehung Barrieren) enthält 6 Antworten, das Tool interpretiert die Antworten dann jeweils als Ja- oder Nein-Frage. Das heisst, wenn jemand «...ihre Einschränkung an sich (körperlich, psychisch)» und «...technische Barrieren (...)» angegeben hat, enthalten die Rohdaten zwei Mal ein Ja. Wenn jemand nur eines davon gewählt hat, steht bei einer Antwort «Ja» bei der anderen «Nein».

5.2.2 Offene Fragen

Für die Auswertung der offenen Fragen bedienten wir uns der Methode der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring (2015). Der Vorteil, den diese Methode bietet, ist der, dass grössere, unstrukturierte Textmengen, die sich in ihrer Rohform nicht zur Interpretation eignen, strukturiert und systematisiert werden und dadurch der Interpretation zugänglich gemacht werden können. Dabei erlaubt diese Methode ein interpretatives Vorgehen, wodurch bei der Bearbeitung sogleich der Sinn der Textpassagen herausgearbeitet werden kann (Mayring & Fenzl 2019). Bei dieser Methode geht es vor allem um die Bildung von Kategorien (Mayring 2010). Kategorien können dabei induktiv oder deduktiv gebildet werden (Mayring & Fenzl 2019).

Im Folgenden führen wir Sie Schritt für Schritt durch unsere Vorgehensweise. Zunächst legen wir fest, unter welchem Gesichtspunkt, beziehungsweise in Hinblick auf welche Frage, wir die Textpassagen betrachten würden. Die eine offen gestellte Frage bezog sich darauf, welche Hindernisse Politiker*innen für Menschen mit Behinderungen bei der Teilnahme an politischen Prozessen sehen. Die andere Frage zielte mehr darauf ab, herauszufinden, womit Politiker*innen ihre Einschätzung hinsichtlich der Chancen, dass Politiker*innen mit Behinderungen zur Wahl aufgestellt werden, begründen.

Für die Analyse der ersten Frage bezüglich der Hindernisse haben wir ein deduktives Vorgehen gewählt. Die Kategorien für diese Analyse haben wir aus den Theoriekapiteln 3.3.1 Physische Barrieren, 3.3.2 Ressourcen, finanzielle Mittel und Unterstützung und 3.3.3 Vorurteile: Stigmatisierung und Unterschätzung abgeleitet. Die Kapitel dienten als Referenz für Definition der Oberkategorien. Aus den in den Kapiteln identifizierten Barrieren wiederum definierten wir Unterkategorien (siehe Appendix Tabelle 5). Es wurden mehr Unterkategorien für physische Barrieren identifiziert als für die anderen beiden. Bei der Kodierung wurden jedoch nicht alle Kategorien verwendet, weswegen die verwendeten Kategorien wieder ausgeglichen waren und diesbezüglich keine Korrekturen vorgenommen werden mussten.

Die gegebenen Antworten der Teilnehmer wurden in Einzelantworten aufgeteilt und den Ober- sowie den Unterkategorien zugeordnet. Da die Anzahl angegebener Hindernisse nicht bei allen Personen gleich war, wurden zwei Analysen durchgeführt. Einerseits wurde betrachtet, welche Unterkategorie am häufigsten genannt wurde. Andererseits wurde der Antwort einer jeden Person schliesslich eine Hauptoberkategorie zugeordnet, deren Häufigkeit ebenfalls bestimmt wurde. Konnte die Hauptoberkategorie nicht eindeutig identifiziert werden, so wurden zwei

Hauptoberkategorien kodiert. Die im Folgenden präsentierten Resultate bilden jeweils die erste Kodierung ab.

Wir veranschaulichen dies an einem Beispiel. Folgende Antwort wurde von einer teilnehmenden Person gegeben:

«Abhängig von der Art der Behinderung:

Zugänglichkeit von Sitzungs- und Versammlungsräumlichkeiten

Erhalt von Informationen

Mitverfolgen von Debatten»

Daraus hat sich folgende Kodierung ergeben:

Tabelle 2: Kodierbeispiel

Einzelantworten	Oberkategorie	Unterkategorie	Hauptkategorie
Zugänglichkeit von Sitzungs- und Versammlungsräumlichkeiten	Physische Barrieren	Zugang zu Lokalitäten	Physische Barrieren
Erhalt von Informationen	Physische Barrieren	Zugang zu Informationen	
Mitverfolgen von Debatten	Physische Barrieren	Ungeeignetes Format des Materials	

Für die Analyse der zweiten Frage bezüglich der Begründung der Einschätzung der Chancen zur Wahl aufgestellt zu werden, haben wir uns für ein induktives Vorgehen entschieden. Bei diesem Vorgehen haben wir aus den Textpassagen heraus Kategorien gebildet und diese in einem nächsten Schritt abstrahiert. Zunächst wurden die Kategorien nah am ursprünglichen Text gewählt. Dabei wurden auch diese Antworten teilweise in zwei Teile aufgeteilt, wenn verschiedene Kategorien erkennbar waren. In einem nächsten Schritt wurden sie abstrahiert und in Oberkategorien zusammengefasst (siehe Appendix Tabelle 6). Nach der Kodierung von ca. einem Drittel der gegebenen Antworten wurde die Kodierung daraufhin überprüft, ob sie die Fragestellung widerspiegelt, bevor der Rest kodiert wurde.

Dieser Kodiervorgang wurde zunächst von einer Person durchgeführt. Eine wesentliche Eigenschaft, aber auch ein potentieller Nachteil der qualitativen Inhaltsanalyse ist die Tatsache, dass auch die Person, die die Inhaltsanalyse durchführt, zum Kommunikationsmodell gehört (Mayring 2010) und Subjektivität in die Analyse miteinbringt. Um die Reliabilität der Ergebnisse zu überprüfen, wurde die Kodierung der Teilantworten und damit die Zuordnung in die gebildeten Kategorien von einer weiteren Person noch einmal durchgeführt. Diese Inter-

Koderreliabilität ist ein wichtiges Gütekriterium für die qualitative Inhaltsanalyse, wobei nicht so streng bewertet wird wie bei der quantitativen Inhaltsanalyse (Mayring 2010). Zur Analyse der Abweichungen haben wir uns angeschaut, wie häufig Kodiererin 2 mit ihrer Kodierung von Kodiererin 1 abwich. Die Abweichungen waren äusserst geringfügig und konnten während einer Kodierkonferenz geklärt werden.

Die Auswertung und Interpretation erfolgten über die Bestimmung von Häufigkeiten. Diese sind in Kapitel 6.3 zu finden.

6 Ergebnisse aus der Umfrage

Folgendes Kapitel umfasst die Ergebnisse unserer Umfrage. Die jeweilige Gesamtzahl von Antworten pro Frage findet sich in Tabelle 3.

Im ersten Teil stellen wir die aggregierten Ergebnisse pro Frage vor, anschliessend analysieren wir die geschlossenen Hauptfragen (= Matches) im Kontext der Parameter sowie die geschlossenen Hauptfragen untereinander. Im zweiten Teil zeigen wir die Ergebnisse der offenen Fragenanalyse, bevor wir im letzten Abschnitt die hier erzielten Resultate im Kontext unserer Forschungsfragen diskutieren.

6.1 Geschlossene Fragen

Gerne machen wir die Lesenden auf einige Punkte aufmerksam, welche das Verständnis der Resultate beeinflussen könnten. Da bei der Frage nach dem Geschlecht lediglich weiblich, männlich oder keine Antwort abgegeben wurden, beschränken sich unsere Resultate folgend auf die Geschlechter weiblich und männlich. Wenn wir in der Auswertung von «kritisch» sprechen, meinen wir bei den geschlossenen Fragen die Antwortmöglichkeiten «trifft überhaupt nicht zu» und «trifft eher nicht zu», respektive eine Bewertung von weniger als 3 bei der Frage nach der Einschätzung zur gegenwärtigen Interessenvertretung von Menschen mit Behinderungen sowie «sehr gering» und «eher gering» bei der Frage nach der Chance von Menschen mit Behinderungen zur Wahl aufgestellt zu werden.

Obwohl wir die Parteizugehörigkeit bei den Teilnehmenden abgefragt haben, sehen wir davon ab, diesen Parameter in den folgenden Resultaten explizit zu erwähnen. Grund hierfür liegt in der extremen Diskrepanz der vertretenen Parteilandschaft. Obwohl Vertreter*innen der SP aggregiert 46% ausmachen, haben wir bei einigen Fragen eine deutliche Überrepräsentation von bis zu 70%, da nicht auf alle Fragen geantwortet wurde und sich die Anteile entsprechend verändern. Wenn wir die Parteizugehörigkeit spezifisch berücksichtigen würden, hätten wir Szenarien, in denen wir 34 Personen aus der SP einer Person aus der EVP gegenüberstellen. Dies würde die Interpretation der Ergebnisse und damit unsere Schlüsse für die vorliegende Arbeit enorm verzerren.

Tabelle 3: Auflistung der Fragen, dazugehörige Antworten sowie Teilnehmer*innenzahl

Frage	Häufigste Antwort	Gesamtzahl Teilnehmende
Geschlecht	Männlich (n = 52)	100
Alter	49 – 48 (n= 25)	97
Bildungsstand	Universität (n = 55)	93
Hauptberuflicher Tätigkeitsbereich	Sonstiges (n = 19)	76
Parteimitgliedschaft	Ja (n = 73)	94
Parteizugehörigkeit	SP (n = 34)	74
Politische Tätigkeitsebene	Bund (n = 53)	99
Politische Teilnahme	Trifft teilweise zu (n = 53)	92
Einschätzung Interessensvertretung	Note 4 (n = 38)	90
Vergleich politischer Interessen und thematischer Schwerpunkte	Trifft teilweise zu (n = 53)	90
Einschätzung Repräsentation	Trifft teilweise zu (n = 44)	90
Einschätzung genügender Massnahmen	Trifft teilweise zu (n = 29)	90
Einschätzung Hindernisse bei politischer Teilnahme	<p>Obere Drei (Unterkategorien):</p> <ul style="list-style-type: none"> • Zugang zu Lokalitäten (n = 30) • Assistenz nötig für aktive Teilnahme (n = 26) • Vorurteile bezüglich Fähigkeiten (n = 14) <p>Hauptoberkategorie: physische Barrieren (n = 46)</p>	<p>131 (Antworten in Unterkategorien) 63 (Antworten in Hauptoberkategorien)</p>

Einschätzung Entstehungsgründe Barrieren	Obere Drei: <ul style="list-style-type: none"> • Eigentliche körperliche/psychische Einschränkung (n = 59) • Technische Barrieren (n = 56) • Gesellschaftliche Vorurteile (n = 52) 	91
Massnahmenunterstützung	Obere Drei: <ul style="list-style-type: none"> • Miteinbezug von Menschen mit Behinderungen in politischen Prozess (n = 58) • Barrierefreiheit von Gebäuden und Veranstaltungen (n = 52) • Finanzielle Unterstützung zur Bezahlung von Assistenz (n = 51) 	79
Chanceneinschätzung Wahlaufstellung	Mittelmässig (n = 32)	81
Kurze Begründung zur Chanceneinschätzung	Obere Drei <ul style="list-style-type: none"> • Parteiabhängigkeit (n = 10) • Profilabhängigkeit (n = 9) • Barrieren (n = 6) 	42
Einschätzung Bevölkerungsanteil von Menschen mit Behinderungen	6 – 11% (n = 24)	80
Kenntnis von Menschen mit Behinderungen innerhalb eigener Partei	Ja (n = 57)	62
Leben mit eigener Behinderung	Nein (n= 66)	79
Kenntnis von Menschen mit Behinderungen im unmittelbaren Umfeld	Ja (n = 41)	79

6.1.1 Aggregierte Ergebnisse pro gestellte Frage

Betrachten wir die Resultate in Tabelle 3, lässt sich der Typus unserer Teilnehmenden wie folgt zusammenfassen: Unsere teilnehmende Person ist überwiegend männlich, zwischen 49 – 58 Jahre alt, verfügt über einen universitären Abschluss und hat angegeben, hauptberuflich in einem von uns nicht aufgeführten Bereich (Kategorie «Sonstiges») tätig zu sein. Darüber hinaus gehört die Person einer Partei an, nämlich der SP, und ist auf Bundesebene aktiv, kennt sowohl innerhalb der eigenen Partei als auch im unmittelbaren Umfeld Menschen mit Behinderungen, verfügt jedoch selbst über keine Behinderung.

Im Hinblick auf die Hauptfragen, finden die Teilnehmenden überwiegend die Aussage, dass *alle Schweizer Bürger*innen unabhängig von körperlichen/mentalenen Einschränkungen am politischen Prozess teilnehmen können*, nur teilweise zutreffend. Allerdings wird die Aussage, dass es *in der Schweiz genügend Massnahmen gibt, um Menschen mit Behinderungen am politischen Prozess teilhaben zu lassen*, als eher unzutreffend beschrieben. Die Top drei Massnahmen, welche die meisten unserer Teilnehmenden unterstützen würden, um *Menschen mit Behinderungen den Zugang in den politischen Prozess zu erleichtern*, bestehen im *Miteinbezug von Menschen mit Behinderungen in den politischen Prozess, in der finanziellen Unterstützung zur Bezahlung von Assistenz (Sprachassistenz, Dolmetscher*innen, Reisebegleitung)* sowie *barrierefreie Gebäude und Veranstaltungen*. Massnahmen, welche am wenigsten Unterstützung fanden, sind *Quotenplätze auf Wahllisten, finanzielle Unterstützung für Wahlkampfausgaben (Plakate, Flyer)* sowie *mehr finanzielle Unterstützung für den Lebensunterhalt*.

Auf die Frage hin, wie Barrieren zur *Teilnahme an der Politik für Menschen mit Behinderungen* entstehen, meinen die meisten durch die *eigentliche körperliche und/oder psychische Einschränkung*, gefolgt von *technischen Barrieren* und *gesellschaftlichen Vorurteilen*. Hierbei erlangen am wenigsten Zuspruch die Entstehungsgründe *Ansprüche an Eigenständigkeit, Eigenwahrnehmung* sowie *fehlende Vorbilder*. Die gegenwärtige *Interessensvertretung von Menschen mit Behinderungen* wird auf einer Skala von 1 bis 5 mit insgesamt 4, das heisst, eher hoch bewertet. Parallel dazu wird die *Gleichartigkeit der Interessen von Menschen mit Behinderungen und solchen ohne* überwiegend als teilweise zutreffend eingeschätzt.

Weiter finden unsere Teilnehmenden überwiegend, dass die Aussage, wonach *Menschen mit Behinderung besser von Politiker*innen mit Behinderungen als solchen ohne repräsentiert werden*, ebenfalls nur teilweise zutreffend. Gleichfalls eher kritisch betrachtet, werden die *Chancen für Menschen mit Behinderungen zur Wahl aufgestellt zu werden*, diese schätzen die

meisten unserer Teilnehmenden als «mittelmässig» ein. Zu guter Letzt, wird der Bevölkerungsanteil von Menschen mit Behinderungen in der Schweiz überwiegend zwischen 6 und 11% geschätzt.

Folgend werden die Ergebnisse der Hauptfragen in Bezug auf die definierten Parameter sowie im Zusammenhang mit den anderen Fragen beleuchtet.

6.1.2 Teilnahme am politischen Prozess

*Wie treffend finden Sie folgende Aussage: In der Schweiz können alle Bürger*innen am politischen Prozess teilnehmen, unabhängig davon, ob sie eine (körperliche und/oder mentale) Einschränkung haben oder nicht.*

Wie oben beschrieben, wurde hier die Antwort «trifft teilweise zu» am häufigsten gewählt. Dies ist verhältnismässig konsistent über alle Altersgruppen hinweg. Das heisst, der Anteil von Personen, die hier «trifft teilweise zu» angegeben haben, ist jeweils am grössten innerhalb der jeweiligen Altersgruppe. Dieselbe Feststellung findet sich ebenfalls bei der politischen Tätigkeitsebene sowie bei der Angabe einer eigenen Behinderung, die Kenntnis von Behinderung im unmittelbaren Umfeld und innerhalb der eigenen Partei. Letzteres heisst, scheinbar unabhängig davon, ob jemand selbst über eine Behinderung verfügt oder nicht, jemanden im unmittelbaren Umfeld oder innerhalb der eigenen Partei kennt oder nicht, Teilnehmende stimmten der Aussage nur teilweise zu. Jedoch finden sich Unterschiede bei den Geschlechtern. Je kritischer die Frage beantwortet wurde, desto grösser fiel der weibliche Anteil bei den Teilnehmenden aus.

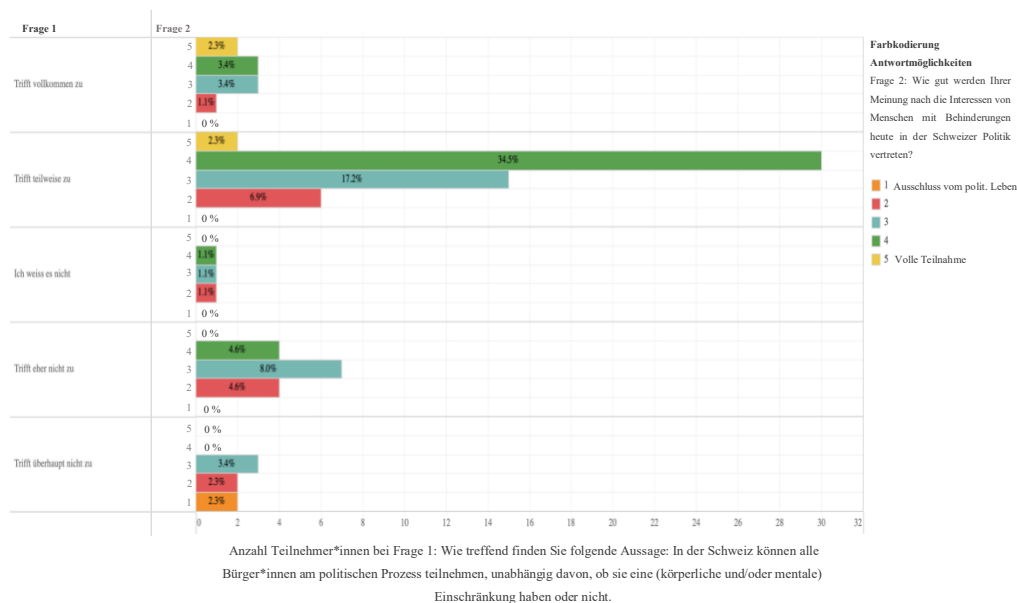


Abbildung 2: Zusammenhang Einschätzung Teilnahme am polit. Prozess und gegenwärtige Interessensvertretung

Weiter sehen wir, dass Personen, welche dieser Aussage gegenüber eher kritisch eingestellt sind, ebenfalls kritischer waren bei den Fragen nach den politischen Interessen und thematischen Schwerpunkten von Menschen mit Behinderung im Vergleich zu Menschen ohne Behinderungen, Einschätzung der gegenwärtigen Interessensvertretung (siehe Abbildung 2) sowie den Chancen von Menschen mit Behinderungen zur Wahl aufgestellt zu werden. Bei den restlichen Hauptfragen lässt sich kein klares Muster erkennen. Gleichzeitig finden wir, dass die hier kritischen Personen, neben den bekannten oberen drei Massnahmen, die *Wahl von Menschen mit Behinderungen in politische Ämter als Vorbildfunktion* zusätzlich unterstützen würden.

6.1.3 Einschätzung der gegenwärtigen Interessensvertretung

Wie gut werden Ihrer Meinung nach, die Interessen von Menschen mit Behinderungen heute in der Schweizer Politik vertreten?

Die Note 4 wurde hier am häufigsten erteilt. Wie bei der vorhergehenden Frage ist dies konsistent auf allen Bundesebenen (Bund, Kanton und Gemeinde). Jedoch sind Frauen hier erneut kritischer als Männer. Ähnliches können wir bei den Altersgruppen beobachten. Mit zunehmendem Alter sehen wir eine bessere Einschätzung der aktuellen Interessensvertretung. Ein weiteres Muster zeichnet sich ab bei Personen, welche diese Frage kritischer bewertet haben. Diese sind ebenfalls kritischer bei den Fragen nach den Chancen zur Wahlaufstellung von Menschen mit Behinderungen, der Einschätzung zur politischen Repräsentation (Politiker*innen mit Behinderungen vs. Politiker*innen ohne Behinderungen) und politischen Interessen und thematischen Schwerpunkten von Menschen mit Behinderung im Vergleich zu Menschen ohne Behinderungen sowie bei der Einschätzung von bestehenden, genügenden Massnahmen für die politische Teilnahme.

Ein gewisses Muster finden wir ebenfalls bei der Frage, welche Massnahmen unsere Teilnehmenden unterstützen würden. Je kritischer die vorliegende Frage bewertet wurde, desto grösser der anteilmässige Zuspruch bei allen Massnahmen bis auf eine, nämlich die Zurverfügungstellung von Assistenz durch Parteien an Veranstaltungen. Hingegen konnten wir eine Diskrepanz beobachten zwischen Teilnehmenden, welche selbst über eine Behinderung verfügen oder Menschen mit Behinderungen im Umfeld, respektive in der Partei kennen, und solchen ohne eigene Behinderungen oder Kenntnis von Menschen mit Behinderungen im privaten, beziehungsweise beruflichen Umfeld. Interessanterweise bewerten Personen, welche einen grösseren Berührungspunkt zu Behinderung haben, die gegenwärtige Interessensvertretung besser als Personen, die weiter davon entfernt sind.

6.1.4 Einschätzung zur Gleichartigkeit von politischen Interessen

Wie treffend finden Sie folgende Aussage: Menschen mit Behinderungen und Menschen ohne Behinderungen haben dieselben politischen Interessen und thematischen Schwerpunkte.

Am häufigsten wurde hier mit «trifft teilweise zu» geantwortet. Ähnlich wie bei der Frage nach der Einschätzung zur aktuellen Interessensvertretung, sind jüngere Generationen dieser Aussage verhältnismässig kritischer gegenübergestellt als ältere, was sich beispielhaft in Abbildung 3 widerspiegelt. Jedoch anders als bei den obigen Fragen, wurde diese Frage konsistent von beiden Geschlechtern am häufigsten mit «trifft teilweise zu» beantwortet.

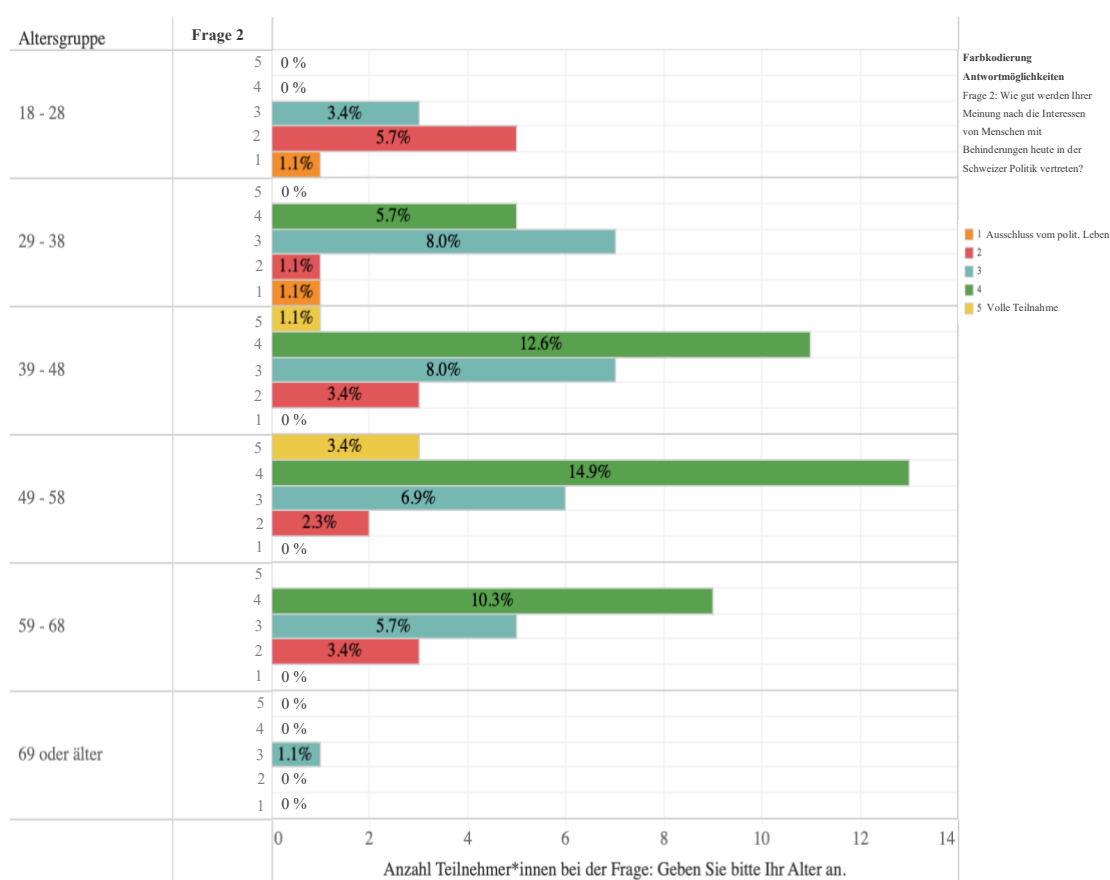


Abbildung 3: Zusammenhang Alter und Einschätzung der gegenwärtigen Interessensvertretung

Diese Konsistenz spiegelt sich wider bei der politischen Tätigkeitsebene, der Angabe einer eigenen Behinderung, der Kenntnis von Menschen mit Behinderungen im unmittelbaren Umfeld, beziehungsweise innerhalb der eigenen Partei. Das heisst, erneut finden sich keine Unterschiede, wie auf diese Frage im Zusammenhang mit der Nähe zu Behinderung oder mit der Tätigkeitsebene geantwortet wurde. Was sich jedoch abzeichnet, ist, dass Personen, welche die Gleichartigkeit von politischen Interessen und thematischen Schwerpunkten eher anzweifeln, verhältnismässig den grössten Anteil von Kritikern bei der Frage nach der Einschätzung über genügende Massnahmen ausmachen.

Des Weiteren unterstützen hier kritischere Personen neben den oberen drei vorgeschlagenen Massnahmen ebenfalls die *bessere Ausbildung beziehungsweise Integration, Kurse zur Führung politischer Ämter* sowie die *Durchführung von Onlineveranstaltungen*. Wenn hingegen die Gleichartigkeit von Interessen mit «trifft vollkommen zu» beantwortet wurde, ist der anteilmässige Zuspruch für die Massnahmen Wahl von Menschen mit Behinderungen als Vorbildfunktion und der Miteinbezug von Menschen mit Behinderungen am geringsten, was für eine widerspruchsfreie Meinung bei den betroffenen Teilnehmenden spricht.

6.1.5 Einschätzung zur politischen Repräsentation

*Wie treffend finden Sie folgende Aussage: Menschen mit Behinderungen werden von Politiker*innen mit Behinderungen besser repräsentiert als von Politiker*innen ohne Behinderungen.*

Die Teilnehmenden haben hier am häufigsten mit «trifft teilweise zu» geantwortet. Erneut konnten wir Konsistenz bei den Geschlechtern und der politischen Tätigkeitsebene verzeichnen. Jedoch sehen wir einen Unterschied in den Antworten von Teilnehmenden, welche selbst über eine Behinderung verfügen und solchen, die zumindest jemanden mit Behinderung im Umfeld, beziehungsweise in der Partei kennen. Personen mit eigener Behinderung schätzen diese Aussage konsistent positiv ein, allerdings findet sich kein klares Muster, das heisst mehrheitlich kritisch oder mehrheitlich positiv, bei Teilnehmenden, welche lediglich jemanden mit Behinderung im Umfeld, respektive innerhalb der eigenen Partei, kennen, was in

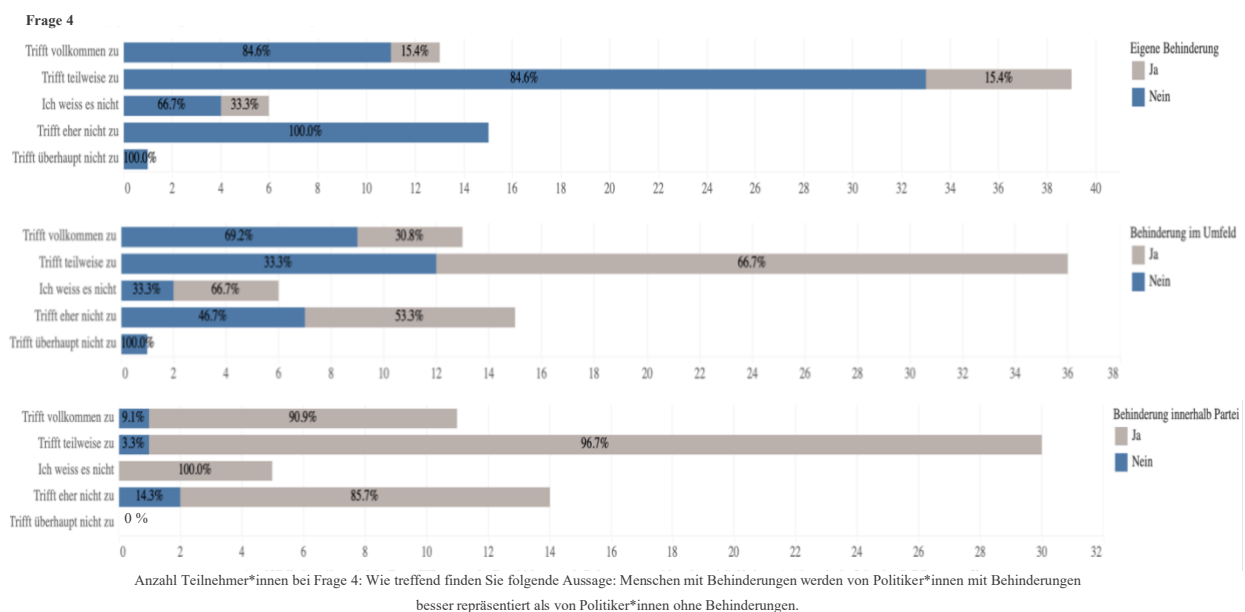


Abbildung 4 zu sehen ist.

Abbildung 4: Zusammenhang Einschätzung polit. Repräsentation und Behinderung (eigene, im Umfeld, in der Partei)

Ebenfalls anders als zuvor, stimmen hier jüngere Generationen der Aussage verhältnismässig mehr zu als ältere Teilnehmende. Eine weitere Tendenz zeichnet sich bei der Frage nach den Chancen von Menschen mit Behinderungen zur Wahl aufgestellt zu werden. Personen, welche nur teilweise finden, dass Menschen mit Behinderungen besser von Politiker*innen mit Behinderungen vertreten werden, schätzen die Wahlchancen von Menschen mit Behinderung selbst eher gering bis mittelmässig ein. Was auffällt, ist dass die Massnahmen *Quotenplätze auf der Wahlliste, Onlineveranstaltungen* sowie die *Wahl von Menschen mit Behinderungen als Vorbildfunktion* nur Zuspruch erhielten, wenn die Einschätzung zur politischen Repräsentation mit «trifft teilweise zu» oder «trifft vollkommen zu» beantwortet wurde. Jedoch lassen sich erneut keine Unterschiede oder Muster bei den Entstehungsgründen von Barrieren im politischen Prozess erkennen.

6.1.6 Chancen zur Wahl aufgestellt zu werden

*Wie hoch schätzen Sie die Chancen ein, dass Politiker*innen mit Behinderungen zur Wahl aufgestellt werden?*

Am häufigsten wurde diese Frage mit «mittelmässig» beantwortet. Den einzigen Parameter, welcher dieses Ergebnis konsistent abbildet, sehen wir bei der politischen Tätigkeitsebene. Das heisst, unabhängig davon, ob unsere Teilnehmenden auf Bundes-, Kantons- oder Gemeindeebene aktiv sind, wurden die Chancen mehrheitlich als mittelmässig eingestuft. Jüngere Generationen sind hier erneut verhältnismässig kritischer als Ältere. Ähnliches sehen wir bei den Geschlechtern, erneut sind Frauen dieser Frage kritischer gegenübergestellt als Männer. Interessanterweise bilden Teilnehmende mit eigener Behinderung verhältnismässig den grössten Anteil bei der Antwortmöglichkeit «hoch». Ähnliches sehen wir bei Teilnehmenden, welche Menschen mit Behinderungen kennen. Der Anteil von Teilnehmenden, welche Menschen mit Behinderungen im unmittelbaren Umfeld kennen, ist grösser, je höher die Chancen eingestuft wurden.

Des Weiteren sehen wir ebenfalls eine gewisse Tendenz bei den Fragen nach der Einschätzung über genügende Massnahmen sowie bei der Unterstützung von vorgeschlagenen Massnahmen. Je kritischer die Chancen eingestuft wurden, desto höher der Anteil von Befürwortern bei der jeweilig vorgeschlagenen Massnahme und desto schlechter die Bewertung der bestehenden Massnahmen.

6.1.7 Einschätzung zu bestehenden Massnahmen

Wie treffend finden Sie folgende Aussage: Wir haben in der Schweiz genügend Massnahmen, um Menschen mit Behinderungen am politischen Prozess teilhaben zu lassen.

Teilnehmende haben hier am häufigsten mit «trifft eher nicht zu» geantwortet. Ähnlich wie bei der Frage nach der Chanceneinschätzung ist dies konsistent auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene. Weitere Überlappungen zu dieser und den Ergebnissen der vorhergehenden Frage finden sich bei den Altersgruppen und den Geschlechtern. Jüngere Generationen sowie Frauen sind verhältnismässiger kritischer als ältere Generationen beziehungsweise Männer.

Im Gegensatz zu den anderen Hauptfragen sehen wir eine Spaltung bei den Antworten von Teilnehmenden mit eigener Behinderung und solchen, die Menschen mit Behinderungen im Umfeld respektive in der Partei haben. Während Personen mit eigener Behinderung verhältnismässig am meisten bei der Antwortmöglichkeit «trifft überhaupt nicht zu» vertreten sind, bilden Personen, welche Menschen mit Behinderungen im unmittelbaren Umfeld kennen, den grössten Teil bei «trifft teilweise zu». Hingegen sind Personen, welche von Menschen mit Behinderungen innerhalb der Partei wissen, klar gespalten. Das heisst, bei letzterer Gruppe konnten wir kein klares Muster erkennen, siehe Abbildung 5.

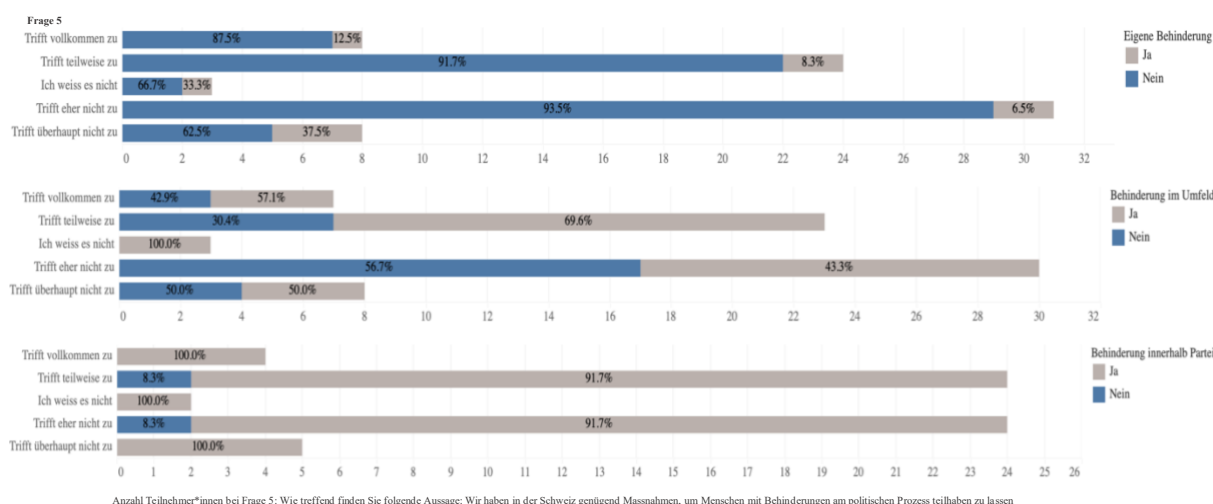


Abbildung 5: Zusammenhang Einschätzung über genügend Massnahmen und Behinderung (eigene, im Umfeld, in der Partei)

Dem gegenübergestellt sind Personen, welche weder über eine Behinderung verfügen noch selbst jemanden mit solcher kennen, mehrheitlich kritischer beziehungsweise denken eher weniger, dass es in der Schweiz aktuell genügend Massnahmen gibt, um Menschen mit Behinderungen in den politischen Prozess einzubinden. Ausserdem sehen wir eine weitere Tendenz bei der Unterstützung vorgeschlagener Massnahmen: je ungenügender die bestehenden Massnahmen bewertet wurden, desto mehr findet sich verhältnismässiger Zuspruch für die vorgeschlagenen Massnahmen, ausser bei der Zurverfügungstellung von Assistenz beim Ausfüllen der Wahl- und Abstimmungsunterlagen.

6.1.8 Entstehungsgründe von Barrieren im politischen Prozess

Barrieren zur Teilnahme an der Politik entstehen für Menschen mit Behinderungen durch...

1. ... *ihre Einschränkung an sich (körperlich, psychisch)*
2. ... *technische Barrieren (z.B.: Zugang zum ÖV / keine ebenerdige Gebäude)*
3. ... *gesellschaftliche Vorurteile (z.B. «das kann die Person ja ohnehin nicht»)*
4. ... *fehlende Vorbilder (Anzahl und Sichtbarkeit von Politiker*innen mit Behinderungen ist gering)*
5. ... *ihre Eigenwahrnehmung (sie trauen es sich nicht zu)*
6. ... *Ansprüche an Eigenständigkeit von Menschen mit Behinderungen (z.B. geschützte Arbeitsplätze)*

Die Antwortmöglichkeiten sind hier in der Reihenfolge der Häufigkeit aufgelistet, das heisst, die Antwortmöglichkeit (1.) wurde am häufigsten, die Antwort (6.) am wenigsten angegeben. Die oberen drei Entstehungsgründe sind unabhängig der Antworten aus vorhergehenden Hauptfragen konsistent die am häufigsten genannten. Anders als bei manchen Hauptfragen, sehen wir hier keinen Unterschied bei den Geschlechtern. Hingegen sehen wir ein Muster bei den Altersgruppen. Je jünger die Generation, desto mehr Antwortmöglichkeiten wurden ausgewählt. Das heisst, wir sehen hier eine Tendenz, dass jüngere Menschen ein breiteres Verständnis von Menschen mit Behinderungen haben als ältere.

Einen leichten Unterschied können wir auch bei der politischen Tätigkeitsebene verzeichnen. Während Bundes- und Gemeindeebene dieselbe Auffassung der Entstehungsgründe teilen, nämlich *technische Barrieren*, *gesellschaftliche Vorurteile* und *körperliche/psychische Einschränkung*, finden unsere Teilnehmenden auf Kantonsebene noch einen zusätzlichen Grund im *Fehlen von Vorbildern*. Ebenfalls auffällig ist, dass Teilnehmende, welche ein breiteres Verständnis der Entstehungsgründe haben, das heisst, mehrere Antwortmöglichkeiten auswählten, die vorgeschlagenen Massnahmen auch tendenziell mehr unterstützen.

Des Weiteren sehen wir im Hinblick darauf, wie nahe man an Behinderung ist, das heisst, ob eine eigene oder eine Behinderung im Umfeld beziehungsweise in der Partei vorliegt, gewisse Tendenzen: Je näher man an Behinderung ist, desto eher sieht man technische Barrieren, die Eigenwahrnehmung sowie Ansprüche an Eigenständigkeit als Entstehungsgründe für Barrieren im politischen Prozess. Hingegen werden gesellschaftliche Vorurteile und die eigentliche körperliche oder psychische Einschränkung eher als Entstehungsgründe identifiziert, wenn man selbst über keine Behinderung verfügt, noch wenn man jemanden mit Behinderung im unmittelbaren Umfeld kennt.

6.2 Resultate offene Fragen

Im Folgenden werden die wichtigsten Resultate der qualitativen Inhaltsanalyse der offen gestellten Fragen vorgestellt.

6.2.1 Hindernisse bei der Teilnahme an politischen Prozessen

Welche Hindernisse stellen sich Ihrer Meinung nach generell Menschen mit Behinderungen bei der Teilnahme an politischen Prozessen?

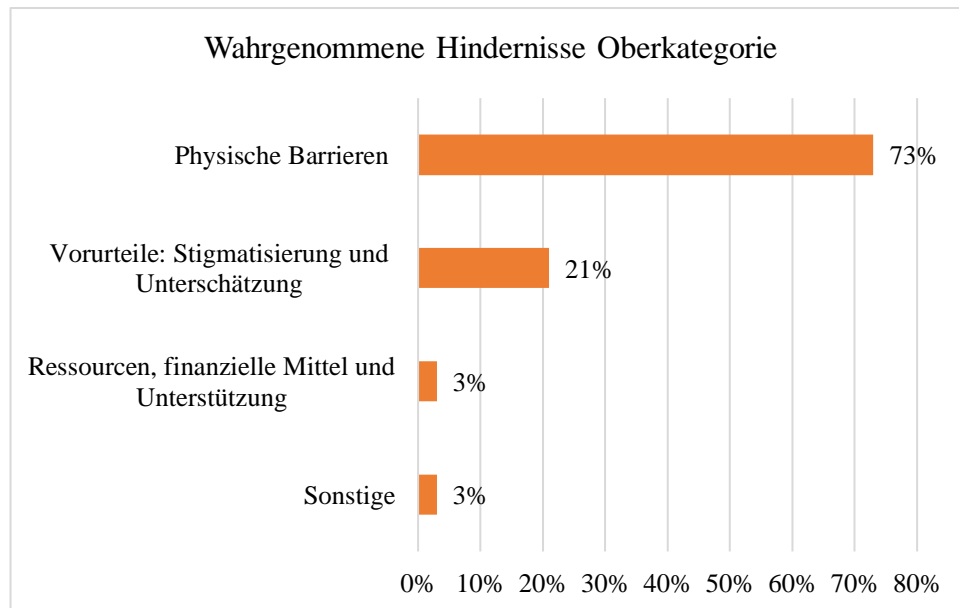


Abbildung 6: Die von den Teilnehmenden identifizierten Hindernisse nach Oberkategorien

Für die offen gestellte Frage nach den Hindernissen, die sich Menschen mit Behinderungen bei der Teilnahme an politischen Prozessen stellen, wurden 63 Antworten abgegeben. Wie Abbildung 6 zeigt, haben 73 % der Teilnehmenden so geantwortet, dass ihre Antworten der Oberkategorie «Physische Barrieren» zugeordnet werden können. Immerhin 21% der Teilnehmenden haben so geantwortet, dass ihre Antwort hauptsächlich auf Vorurteile Bezug nimmt. 3% haben Antworten gegeben, die sich keiner der anderen Kategorien zuordnen lassen. Selten wurden Antworten mit Bezug auf Ressourcen, finanzielle Mittel und Unterstützung abgegeben. Wählen wir die Kodierung mit der zweiten Hauptoberkategorie, so sinkt die Anzahl der Antworten mit Bezug auf die physischen Barrieren und die anderen Kategorien werden stärker vertreten. Allerdings ändert dies nichts am Gesamtbild, wonach die Physischen Barrieren nach wie vor die am dominantesten wahrgenommenen Hindernisse darstellen.

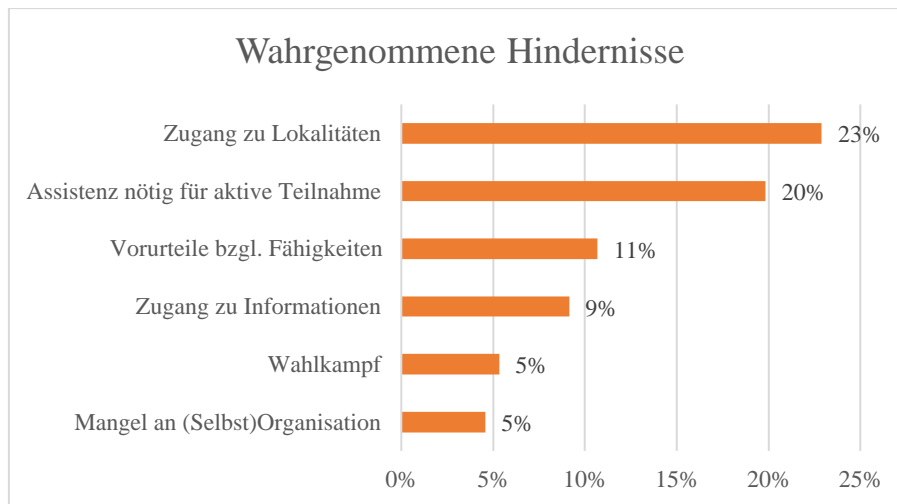


Abbildung 7: Die sechs wichtigsten von den Teilnehmenden identifizierten Hindernisse nach Unterkategorien

Betrachten wir die Unterkategorien in Abbildung 7, die mindestens 5% der abgegebenen 63 Stimmen ausmachen, so lassen sich sechs Kategorien identifizieren, die am häufigsten angesprochen wurden. Ein physisches Hindernis, das von 23% der Teilnehmenden genannt wurde, ist der Zugang zu Lokalitäten. Gleich darauf mit rund 20% folgt das Hindernis, dass für eine aktive Teilnahme an der Politik, zumindest so, wie der Status Quo ist, Assistenz benötigt wird. Eine Antwortkategorie aus der Überkategorie der Vorurteile, die von immerhin 11% der Antwortenden angegeben wurde, ist die Kategorie der Vorurteile bezüglich der Fähigkeiten von Menschen mit Behinderungen. Ebenfalls als physische Barriere zählt der Zugang zu Informationen, der von 11% der antwortenden Teilnehmer als Hindernis betrachtet wird. Schliesslich wurden auch die Charakteristika des Wahlkampfes sowie ein Mangel an (Selbst-)Organisation von Menschen mit Behinderungen als Hindernisse identifiziert.

6.2.2 Begründung der Einschätzung der Chancen zur Wahl aufgestellt zu werden

Wie hoch schätzen Sie die Chancen ein, dass Politiker*innen mit Behinderungen zur Wahl aufgestellt werden?
Ausgehend von der vorherigen Frage, begründen Sie bitte kurz Ihre Antwort kurz.

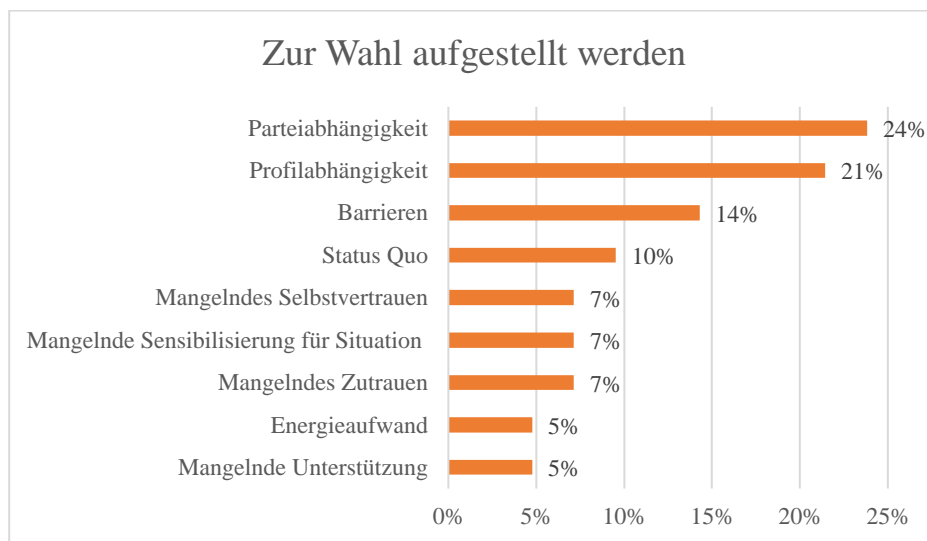


Abbildung 8: Wie die Teilnehmenden ihre Einschätzungen der Chancen von Politiker*innen mit Behinderungen, zur Wahl aufgestellt zu werden, begründen

Auf die Bitte, zu begründen, warum die Teilnehmenden die Chancen von Politiker*innen zur Wahl aufgestellt zu werden, entsprechend eingeschätzt haben, ergaben sich die Kategorien wie in Abbildung 8 dargestellt. Es wurden insgesamt 42 Antworten begründet. 24% der Teilnehmenden, die entweder die Einschätzung «eher gering» oder «mittelmässig» gegeben haben, begründeten ihre Antwort damit, dass die Chancen von Faktoren abhängig seien, die mit den Parteien zu tun haben. Zur Illustration hier ein Beispiel einer solchen Antwort:

«Die Frage lässt sich nicht allgemein beantworten.

Je nach Partei und deren Sensibilisierung ist das unterschiedlich (...).»

Rund 21% haben angegeben, dass die Chancen, zur Wahl aufgestellt zu werden, vom Profil der betreffenden Person abhängig sind. Die Chancen wurden in der vorhergehenden Frage als «mittelmässig» und einmal als «eher gering» eingestuft.

Auch wurde auf die zuvor identifizierten und angesprochenen Barrieren Bezug genommen. Diese wurden von 14% als Begründung für die Einschätzung «eher gering» herangezogen. 10% der Teilnehmenden, die die Chancen als «sehr gering» bis mittelmässig einschätzen, begründen dies damit, dass das aktuelle System keine besseren Chancen ermöglicht.

Personen, die schliesslich Antworten im Bereich der Kategorien «Mangelndes Selbstvertrauen», «Mangelnde Sensibilisierung für Situation», «Mangelndes Zutrauen»,

«Energieaufwand» oder «Mangelnde Unterstützung» geben haben, schätzen die Chancen eher gering bis mittelmässig ein.

Interessant zu erwähnen ist abschliessend, dass rund 17% der Teilnehmenden die Chancen, zur Wahl aufgestellt zu werden, als «hoch» einschätzen, jedoch keiner diese Einschätzung begründet hat.

6.3 Diskussion

Wie bereits im Kapitel zum methodischen Vorgehen erläutert, entscheiden wir uns für einen explorativ deduktiven Ansatz in dieser Arbeit. Unsere Ergebnisse werden in diesem Kapitel theoriegeleitet interpretiert.

Die Auswertung der Umfrage hat gezeigt, dass die befragten Personen überwiegend der Meinung sind, dass die Teilnahmemöglichkeiten an der Politik für Menschen mit Behinderungen erschwert sind, im Gegensatz zu Menschen ohne Behinderungen. Weibliche Teilnehmende sind sogar noch kritischer. Dennoch sind die Teilnehmenden der Ansicht, dass die Interessen von Menschen mit Behinderungen ziemlich gut vertreten werden, wobei besonders ältere Teilnehmende hier noch stärker zustimmen. Insgesamt scheint also ein Bewusstsein für die erschwerte Teilhabe an der Politik von Menschen mit Behinderungen vorhanden zu sein. Dennoch besteht der Eindruck, dass die Interessen als gut vertreten wahrgenommen werden.

Personen, die hingegen der Meinung sind, dass die Interessen von Menschen mit Behinderungen in der Schweizer Politik nicht ausreichend vertreten sind, denken eher, dass Menschen mit Behinderungen besser von Politiker*innen mit Behinderungen vertreten würden. Sie sind also der Ansicht, dass mehr deskriptive Repräsentation zu mehr substantieller Repräsentation führen würde. Dies würde bedeuten, dass es wichtig wäre, dass tatsächlich mehr Menschen mit Behinderungen in der Politik aktiv sind und die Teilnahme am politischen Prozess zentral wird, da nur so gewisse Themen und Interessen überhaupt erst sichtbar werden. Davon lassen sich Parallelen zur feministischen Standpunkttheorie ziehen, welche davon ausgeht, dass Wissen lokal ist, das heisst bestimmte marginalisierte Personengruppen, wie etwa Frauen oder auch Menschen mit Behinderungen durch ihren sozialen Hintergrund einen privilegierten Zugang zu gewissen Erkenntnissen haben (Crasnow 2014, Longino 1998). Dadurch gelingt es ihnen andere Perspektiven einzubringen, welche sie nur dank ihrer Erfahrung und ihrer sozialen Position haben (Crasnow 2014, Longino 1998).

Die Teilnehmenden sind, unabhängig von der Nähe zum Thema Behinderung, der Ansicht, dass Menschen mit Behinderungen und Menschen ohne Behinderungen nur teilweise dieselben Interessen haben. Teilnehmende, welche eine Gleichartigkeit der Interessen von Menschen mit und ohne Behinderungen sehen, sind weniger für den Miteinbezug von Menschen mit Behinderungen in den politischen Prozess und sehen das Fehlen von Vorbildern auch weniger als ein Problem. Daraus könnte man folgern, dass Menschen mit Behinderungen keine anderen Perspektiven und kein erweiterndes Wissen mitbringen, welches Menschen ohne Behinderungen so nicht zugänglich ist. Dies deutet darauf hin, dass diese Personen eher ein medizinisches Verständnis von Behinderungen haben und weniger ein soziologisches. Dies kann unter Umständen dazu führen, dass neue Barrieren geschaffen werden, der Status Quo konserviert oder sogar verstärkt wird.

Um mehr Menschen mit Behinderungen aktiv in den politischen Institutionen zu haben, braucht es die Überzeugung der Notwendigkeit und die Bereitschaft, gewisse Anpassungen zu machen, welche die Teilnahme ermöglichen. Besteht jedoch grundsätzlich nicht die Ansicht, Menschen mit Behinderungen in den Prozess einbinden zu wollen, wird die Teilnahme erst recht erschwert und schwierig, da eine gewisse Abhängigkeit des aktiven Entgegenkommens besteht. Insofern verhindert diese Einstellung sodann auch, dass «role models» entstehen können.

Betrachtet man die Resultate in Hinblick auf die Frage nach den Hindernissen für Menschen mit Behinderungen bei der Teilnahme an der Politik, so ist es interessant zu beobachten, dass eine grosse Mehrheit der Teilnehmenden, die eine Antwort abgegeben haben, physische Barrieren als Hauptursache für einen erschwerten Zugang zur Politik identifiziert. Auch dies kann als Hinweis darauf gewertet werden, dass die medizinischen Aspekte einer Behinderung im Vordergrund stehen. Die Politiker*innen denken bei Hindernissen häufig an etwas, dessen Zugang aufgrund der Behinderung erschwert ist. Der klassische Zugang zu Lokalitäten wird dabei am häufigsten genannt. Auch die Tatsache, dass Menschen mit Behinderungen durch Vorurteile, Stigmatisierung und fehlendes Zutrauen seitens der Wählerschaft, aber auch der Parteien an der Teilnahme an der Politik gehindert werden, ist einigen bewusst. Scheinbar kaum als Hindernis wahrgenommen werden der Mangel an Unterstützungsleistungen, insbesondere auch finanzieller Natur. Es scheint, als wäre wenig Bewusstsein dafür vorhanden, dass Menschen mit Behinderungen aufgrund der momentanen Gesellschaftsstruktur und aufgrund des politischen Systems Mehrkosten zu tragen haben, sofern sie sich den Zugang zur Politik ermöglichen wollen.

Die Antworten zur Frage, wie Barrieren entstehen, bestätigen, dass die meisten Politiker*innen ein medizinisches Verständnis von Behinderung zu haben scheinen. Die meisten haben geantwortet, dass Hindernisse aus der Einschränkung an sich resultieren. Die Teilnehmenden verstehen Barrieren als einen Umstand, der sich durch die physischen und psychischen Einschränkungen ergibt und nicht als etwas, das durch die Gesellschaft bedingt wird, wie es das soziologische Modell besagt. Jedoch ist zu erkennen, dass jüngere Generationen zahlreichere und diversere Ursachen für die Entstehung von Barrieren sehen. Darunter fallen technische Barrieren, was in der Literatur den physischen Barrieren entspricht, und gesellschaftliche Vorurteile, was in die Richtung des soziologischen und kulturellen Modells von Behinderung geht. Auch die fehlenden Vorbilder sowie die Eigenwahrnehmung fallen in diese Kategorie. Es lässt sich davon ableiten, dass jüngere Generationen eher das soziologische oder kulturelle Verständnis von Behinderung teilen und ältere Generationen noch das medizinische. Dies deckt sich auch mit der Entwicklung in der Politik, beispielsweise zu sehen an den Klassifizierungen der WHO, wie im theoretischen Teil der Arbeit dargestellt.

Das soziologische Verständnis scheint auch auf der Kantonebene stärker vorhanden zu sein. Mögliche Konsequenzen davon sind, dass Lösungen zum Abbau von Barrieren beim medizinischen Verständnis nicht unbedingt in einem Wandel der Gesellschaft und ihren Strukturen gesucht werden, sondern es mehr darum geht, wie sich Personen mit Behinderungen an die bestehenden Strukturen anpassen können. Teilnehmende, welche auf dieser Ebene des politischen Systems tätig sind, nennen als zusätzlichen Grund das Fehlen von Vorbildern, was Politiker*innen der Bundes- oder Gemeindeebene mehrheitlich nicht tun. Interessant ist, dass Teilnehmende, welche einen näheren Bezug zu Behinderung haben, die Ansprüche an die Eigenständigkeit, die Eigenwahrnehmung und technische Barrieren eher als eine Ursache sehen, also Vorurteile und gesellschaftliche Komponenten stärker als Barrieren wahrgenommen werden.

Teilnehmende ohne Kontakt zu Menschen mit Behinderungen im näheren Umfeld haben eher ein medizinisches Verständnis von Behinderung, denn sie sehen die körperliche Einschränkung als Ursache für Barrieren. Diese Personen sehen dann aber auch Vorurteile als eine grössere Ursache, was eher im soziologischen Modell zu verorten ist. Insgesamt scheinen sich die Aussenwahrnehmung und die Wahrnehmung von Betroffenen selbst oder Personen, die Menschen mit Behinderungen im Umfeld haben, zu unterscheiden. Der Kontakt zu Menschen mit Behinderungen scheint das körperliche als Ursache für Barrieren zu relativieren. Dies zeigt, wie wichtig der Austausch und der Miteinbezug von Menschen mit Behinderungen in die Politik ist.

Über alle Antworten hinweg ist eine Tendenz zur Mitte hin zu beobachten. Die Befragten haben meist die Antwort gewählt, welche weder das eine noch das andere Extrem der Antwortskala abdeckt. Dies kann dahin gehend interpretiert werden, dass doch nicht so viel Wissen zum Thema vorhanden oder vieles unklar ist. Wenn es allerdings um die Frage geht, wie hoch die Chancen für eine Person mit Behinderungen ist, zur Wahl aufgestellt zu werden, so bewegen sich die Antworten in einem etwas breiteren Mittelfeld und reichen hauptsächlich von «eher gering» über «mittelmässig» zu «hoch». Die Tatsache, dass ein Grossteil der Teilnehmenden, die genantwortet haben, der Meinung ist, dass die Wahlchancen parteiabhängig sind, zeigt den Spielraum und die Einflussmöglichkeiten der Parteien auf. Grundsätzlich stellt sich die Frage, wie viele Menschen mit Behinderungen, sich überhaupt für ein politisches Amt zur Verfügung stellen wollen würden. Jedoch zeigt dieses Resultat auch, dass Parteien durchaus in die Pflicht zu nehmen wären, um Menschen mit Behinderungen in der Politik aktiv zu fördern und ihren Gestaltungsspielraum auch entsprechend zu nutzen.

Des Weiteren ist auch die Tatsache interessant, dass viele Teilnehmende die Chancen, zur Wahl aufgestellt zu werden, davon abhängig machen, wie das Profil der Person ist, die sich zur Wahl aufstellen lässt. In diesem Fall scheint die Behinderung nicht so stark im Vordergrund zu stehen. Wichtig scheinen eher Faktoren wie Bildung und Berufserfahrung. Diese Erkenntnis ist wichtig für die Ausformulierung zukünftiger Policies beispielsweise in den Bereichen der Bildung und der Arbeit. Policies, die erlassen werden, sollten daraufhin überprüft werden, wie sie sich auf Menschen mit Behinderungen auswirken. Möglich wären auch Policies, die bewusst darauf abzielen, Menschen mit Behinderungen in Hinblick auf die Politik bildungsbezogen zu fördern und dadurch Hindernisse abzubauen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass sich ein sehr diverses Bild abgezeichnet hat. Wie Politiker*innen Menschen mit Behinderungen in der Politik und die Hindernisse, die sich ihnen stellen, wahrnehmen, ist unterschiedlich. Grundsätzlich zeigt sich eine Tendenz zur Mitte und zu ausgewogenen und bedingten Antworten hin. Das deutet auf Unsicherheit und womöglich auch Unwissenheit hin. Grundsätzlich ist es daher wichtig, einen offenen Diskurs zum Thema Menschen mit Behinderungen in der Politik zu führen, um ein gegenseitiges Verständnis zu schaffen und dem Ziel einer von Inklusion geprägten Gesellschaft näher zu kommen. Wichtig scheinen aber auch die Förderung von Betroffenen in verschiedenen Bereichen. Bildungspolicies sind ein Bereich, der diesbezüglich genauer untersucht werden sollte, um die Betroffenen in Hinblick auf ein politisches Amt zu fördern. Andererseits liegen viele Handlungsmöglichkeiten auch bei den Parteien, die ihrerseits ein Bewusstsein für die aktive Förderung von Menschen mit Behinderungen ermöglichen können.

7 Exkurs

Am 17. November 2021 hatten wir die Möglichkeit an der vom Verein Tatkraft (behindertenpolitik.ch) organisierten Behindertenpolitiktagung im Volkshaus Zürich teilzunehmen. Wir hatten den Verein Tatkraft zuvor bei einem Teil ihres Projektes unterstützt. Dabei ging es um die Auswertung von Umfrage- sowie Interviewdaten zum Zweck der Erstellung von Portraits von vier Teilnehmenden und einem Tandem-Paar, welche über Behinderungen verfügen. Im Rahmen dessen haben wir die Daten so aufbereitet, dass sie anschliessend auf der Webseite von behindertenpolitik.ch präsentiert werden können. In ähnlicher Weise konnten wir diese Portraits ebenfalls an der Tagung im Volkshaus den Besuchern vorführen.

Zu dieser Zeit waren wir mit unserer eigenen Arbeit erst am Anfang der Auswertung der Umfrageergebnisse. An der Tagung wurde uns ermöglicht, unsere Arbeit kurz vorzustellen und unser Vorgehen zu erläutern. Zudem haben wir die Möglichkeit genutzt, um den Anwesenden, bei denen es sich grösstenteils um Menschen mit Behinderungen handelte, einige unserer Fragen aus der Umfrage zu stellen. Nach der jeweiligen Abstimmung der Anwesenden haben wir ihnen die Antworten der Schweizer Politiker*innen gezeigt.

Bei allen Fragen, die wir gestellt haben, waren die Anwesenden anderer Meinung als die Schweizer Politiker*innen.

Insgesamt haben sich etwa 30 Personen aktiv an der Abstimmung beteiligt. Die erste Frage war «*Wie gut werden Ihrer Meinung nach die Interessen von Menschen mit Behinderungen heute in der Schweizer Politik vertreten?*». Die Antwortmöglichkeiten reichen von 1 (Sehr schlecht – Menschen mit Behinderungen werden ausgeschlossen) bis 5 (Sehr gut – volle politische Teilnahmemöglichkeit).

Zwei Drittel der Anwesenden hat sich für die Zahl 2 entschieden, einige wenige für 1 und 3, eine Person für 4 und niemand für eine sehr gute Interessenvertretung. Bei der Auswertung der Politiker*innen hat sich die Mehrheit der Befragten für die Zahl 4 entschieden. Betroffene sind nicht der Meinung, dass ihre Interessen gut vertreten werden. Anders sehen dies die Schweizer Politiker*innen.

Bei der zweiten Frage haben wir nach dem geschätzten Anteil von Menschen mit Behinderungen in der Schweiz gefragt. Die folgenden Antwortkategorien standen zur Auswahl: weniger als 5%, 6-11%, 18-23%, 30-35%, mehr als 42%.

Zwei Drittel der Anwesenden hat ihre Stimme für die Antwortkategorie 18-23% abgegeben. Fünf Personen haben für 6-11% gestimmt. Eine Person für 30-35% und niemand für weniger als 5% sowie niemand für mehr als 42%. Die Schweizer Politiker*innen schätzen den Anteil von Menschen mit Behinderungen in der Schweiz im Bereich zwischen 6-11%. Gemäss dem Bundesamt für Statistik liegt der tatsächliche Wert bei 20.4% (BFS 2020a), was eine deutliche Unterschätzung von Seiten der Politiker*innen aufzeigt.

Bei der dritten Frage fragten wir nach den Chancen, dass ein/eine Politiker*in mit Behinderungen zur Wahl aufgestellt wird. Zur Verfügung standen: sehr hoch, hoch, mittelmässig, eher gering, sehr gering.

Fast alle Anwesenden haben sich für die Antwort *eher gering* ausgesprochen. Eine Person empfand die Chancen als *hoch*, drei als *mittelmässig* und zwei als *sehr gering*. Bei der Auswertung der Umfrage zeigte sich, dass die meisten der Politiker*innen die Chancen zur Wahl aufgestellt zu werden als *mittelmässig* sehen. 22% empfinden sie als *hoch* und 32% als *eher gering*. Auch hier zeigt sich ein Auseinanderklaffen der Antworten.

Weiter haben wir die Anwesenden nach den häufigsten Begründungen für die gewählte Antwort bei der Frage nach den Chancen befragt. Zur Auswahl standen von uns zusammengeführte Kategorien: Aufgrund der Barrieren, Parteiabhängigkeit, Abhängigkeit vom Profil der Person und mangelndes Zutrauen.

Etwa elf Personen stimmten für *mangelndes Zutrauen*, jeweils sechs Personen für *Barrieren* sowie *Abhängigkeit vom Profil*, und zwei Personen für die Parteiabhängigkeit. Bei den Politiker*innen wird die *Parteiabhängigkeit* als häufigste Begründung genannt und an zweiter Stelle die *Abhängigkeit vom Profil der Person*. Auch an dieser Stelle zeigen sich Abweichungen der jeweiligen Wahrnehmung des Status Quo.

Bei der allerletzten Frage haben wir die Anwesenden nach den Hindernissen, die sich Menschen mit Behinderungen generell im politischen Prozess stellen, befragt. Hierbei haben wir keine Antwortmöglichkeiten vorgegeben und die Frage offen gestellt. Es wurde betont, dass Menschen mit Behinderungen weniger zugetraut wird als Menschen ohne Behinderungen, sei dies im beruflichen sowie im politischen Leben. Des Weiteren wurde bemängelt, dass politische Bildung nicht barrierefrei ist und somit ein Hindernis für die politische Partizipation darstellt. Darüber hinaus wurde klar, dass Hindernisse sehr unterschiedlich ausfallen können und sehr stark von der jeweiligen Beeinträchtigung abhängig sind. Allerdings wurde darauf hingewiesen, dass nicht nur ein einzelner Faktor festgemacht werden kann, vielmehr ein Zusammenspiel von

mehreren Elementen Hindernisse darstellt. Bei den Politiker*innen wurden *bauliche Barrieren* am häufigsten genannt, an zweiter Stelle die *Kommunikation* sowie die *Sprache*.

Abschliessend können wir sagen, dass die Abstimmung gezeigt hat, dass unter den Schweizer Politiker*innen ein Bewusstsein für Barrieren für Menschen mit Behinderungen besteht, dieses jedoch noch weit weg ist von der Realität. Politiker*innen schätzen den Status Quo positiver ein als betroffene Menschen. Somit wird deutlich, dass die Meinungen zu den Hindernissen von Menschen mit Behinderungen in der Politik auseinanderklaffen.

8 Schlussfolgerung

Menschen, welche aufgrund ihrer Andersartigkeit häufig nur am Rande dem gesellschaftlichen Leben beiwohnen können, erleben ebenfalls einen erschwerten Zugang zur Politik, welche diesen Umstand eigentlich verändern könnte. Menschen mit Behinderungen bilden hierbei keine Ausnahme. Dieser Umstand beinhaltet ein demokratisches Defizit, welches es zu verstehen gilt, jedoch bislang weitestgehend ignoriert wurde. Da Politiker*innen an der Quelle zur Veränderung sitzen, ist ihr Verständnis sowie ihre Einschätzung von Menschen mit Behinderungen in der Politik ein wichtiger Schlüssel, um besagtes Defizit zu minimieren. Die Ermittlung dieses Problembewusstseins in der Schweiz bildete deshalb zugleich den Gegenstand unserer Arbeit und ist unser Beitrag zur gegenwärtigen Forschung.

Wir haben hierbei zwei Forschungsfragen gestellt: *Welches Bild von Behinderungen haben Schweizer Politiker*innen?* sowie *Wo sehen Schweizer Politiker*innen Barrieren für Politiker*innen mit Behinderungen (und was wären Lösungsmöglichkeiten)?*

Die erste Frage resultierte aus der Tatsache, dass Hindernisse in der Politik mit dem Verständnis von Behinderungen zusammenhängen. Da dieses Verständnis wiederum einen Einfluss darauf hat, welche Massnahmen zur Besserung beitragen würden, haben wir die zweite Forschungsfrage konzipiert. Aufgrund der besonders dünnen Datenlage in der Schweiz, haben wir eine Umfrage zwecks Datensammlung erstellt. Die elf Fragen hierzu wurden aus der bestehenden Literatur abgeleitet. Hierbei haben wir zunächst drei verschiedene Definitionen, nämlich das medizinische, soziologische sowie das kulturelle Modell, und ihren Einfluss auf den Umgang von Behinderung beispielhaft in EU-Ländern vorgestellt. Wir haben gezeigt, dass mögliche Gründe in der Theorie für die mangelnde politische Teilhabe physischer, finanzieller und sozialer Natur sind. Darüber hinaus und angehängt an unsere zweite Forschungsfrage haben wir die Diskussion und Implikation von substantieller und deskriptiver Repräsentation beleuchtet.

Die Umfrage wurde an über 300 Politiker*innen verschickt, wovon 77 die Umfrage vollständig und 24 nur teilweise ausgefüllt haben. Die Resultate zeigen eine kritische Einschätzung von Menschen mit Behinderungen in der Schweizer Politik. Die Mehrheit unserer Teilnehmenden ist der Meinung, dass Menschen mit Behinderungen nur teilweise am politischen Prozess teilnehmen können und es eher unzureichende Massnahmen gibt, um die Situation zu verbessern. Es scheint ein Bewusstsein für die erschwerte Teilnahme, die geringeren Wahlchancen und die unterschiedlichen Interessen von Menschen mit und ohne Behinderungen vorhanden zu sein. Insgesamt lässt sich aus den Antworten schliessen, dass Politiker*innen eher

ein medizinisches Verständnis von Behinderungen zu haben scheinen, da sie der Ansicht sind, dass Barrieren durch die körperliche Einschränkung an sich entstehen. Der Kontakt zu Menschen mit Behinderungen scheint das medizinische Verständnis abzuschwächen und eher soziologische und kulturelle Blickwinkel zu fördern. Ansätze von einem soziologischen Verständnis sind auch besonders bei jüngeren Generationen in den weiteren Antwortmöglichkeiten zu erkennen, wie etwa das Fehlen von Vorbildern als Ursache für die erschwerte Teilnahmebedingungen. Als Lösungsmöglichkeiten finden der Miteinbezug von Menschen mit Behinderungen in den politischen Prozess, finanzielle Unterstützung zur Deckung von Assistenzkosten und mehr Barrierefreiheit von Gebäuden als Massnahmen, am meisten Unterstützung. Quotenplätze oder finanzielle Beiträge für den Lebensunterhalt oder den politischen Wahlkampf werden als weniger zielführend betrachtet.

Diese Erkenntnisse sind jedoch mit Vorsicht zu geniessen. Aufgrund der kleinen Anzahl an Teilnehmer*innen, welche die Umfrage vollständig ausgefüllt haben, konnten wir beispielsweise keine statistische Signifikanzanalyse durchführen, um die Ergebnisse zu unterstreichen. Ein möglicher Grund hierfür kann beim zeitlichen Aufwand auf Seiten der Teilnehmer*innen liegen. Obwohl die gesamte Umfrage für eine Dauer von fünf Minuten konzipiert war, haben einige Fragen mehr Bearbeitungszeit in Anspruch genommen. Letzteres kann weiter damit zusammenhängen, wie viel Vorwissen oder die Beschäftigung mit der Thematik unsere Teilnehmer*innen zum Zeitpunkt der Beantwortung hatten respektive nicht hatten. Wir raten deshalb künftigen Forschungen zu diesem Thema unter anderem an, die Umfrage weiter auszuweiten. Darüber hinaus regen wir Forscher*innen dazu an ausgehend von den Resultaten unserer Umfrage und unserer Theorie, mögliche Lösungsansätze auszuarbeiten, welche dem Verständnis und Problembewusstsein hiesiger Politiker*innen Rechnung tragen.

Literaturverzeichnis

- AGILE.CH (2021). Politik. (<https://www.agile.ch/politik> [Stand 30.08.2021]).
- Alionescu, C. C. (2004). Parliamentary representation of minorities in Romania. *Southeast European Politics*, 5(1), 60-75.
- Barnes, C., Mercer, T. and Shakespeare, T. (2005). *Exploring disability: A sociological introduction*, Cambridge: Polity Press.
- Behindertenpolitik.ch 2021. Das Projekt Behindertenpolitik.ch. (<https://behindertenpolitik.ch/projekt/> [Stand 04.07.2021]).
- Booth, R. (2018). Disabled Candidates Grant Scheme to Return for 2019 Elections. *The Guardian*, 3 December.
- Brothers, R. (2017). Open House? Reflections on the Possibility and Practice of MPs Job-Sharing.
- Brunsbach, S. (2011). Machen Frauen den Unterschied? Parlamentarierinnen als Repräsentantinnen frauenspezifischer Interessen im Deutschen Bundestag. *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 3-24.
- Bundesamt für Statistik (BFS) (2020a). Gleichstellung von Menschen mit Behinderung. (<https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/gesundheitszustand/gesundheitszustand/behinderungen.assetdetail.15003394.html> [Stand 30.06.2021]).
- Bundesamt für Statistik (BFS) (2020b). Erwerbsbeteiligung: Arbeitsmarktstatus. (<https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/wirtschaftliche-soziale-situation-bevoelkerung/gleichstellung-menschen-behinderungen/erwerbstaetigkeit/erwerbsbeteiligung.html> [Stand 27.06.2021]).
- Bundesamt für Statistik (BFS) (2019). Menschen mit Behinderungen: Definitionen. (https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/wirtschaftliche-soziale-situation-bevoelkerung/gleichstellung-menschen-behinderungen/behinderungen.html#_content_bfs_de_home_statistiken_wirtschaftliche-soziale-situation-bevoelkerung_gleichstellung-menschen-behinderungen_menschen-mit-behinderungen_jcr_content_par_accordion_items_menschen_mit_behinde_accordionpar_ws_composed_1_ist_276668578_collapse_5935538) [Stand 03.12.2021].
- Bundesamt für Statistik (BFS) (2013). Politische Partizipation. (<https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/wirtschaftliche-soziale-situation-bevoelkerung/gleichstellung-menschen-behinderungen/gesellschaftliche-teilhabe/politik.html> [Stand 12.08.2021]).
- Celis, K. (2007). Substantive representation of women: the representation of women's interests and the impact of descriptive representation in the Belgian parliament (1900–1979). *Journal of Women, Politics and Policy*, 28(2), 85-114.
- Celis, K. (2012). On substantive representation, diversity, and responsiveness. *Politics and Gender*, 8(4), 524-529.
- Cole, E., und Cawthon, S. (2015). Self-disclosure decisions of university students with learning disabilities. *Journal of Postsecondary Education and Disability*, 28(2), 163–179

- Commission of the European Communities (2003). Equal opportunities for people with disabilities: A European Action Plan. Brussels: 650 final.
- Council of the European Communities (1974). Council Resolution, of 27th June 1974, establishing the initial Community action programme for the vocational rehabilitation of handicapped persons.
- Couser, G. T. (2013). Disability, life narrative, and representation. *The disability studies reader*, 456-459.
- Crasnow, S. (2014). Feminist standpoint theory. *Philosophy of social science: A new introduction*, 1, 145-161.
- D'Aubin, A., und Stienstra, D. (2004). Access to Electoral Success: Challenges and Opportunities for Candidates with Disabilities in Canada. *Elections Canada - Electoral Insight* 6 (1): 8-14.
- Das Schweizer Parlament (2021). Politische Rechte für Menschen mit einer psychischen oder geistigen Behinderung. (<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20213295> [Stand 30.08.2021]).
- Deal, M. (2003). Disabled people's attitudes toward other impairment groups: a hierarchy of impairments. *Disability und society*, 18(7), 897-910.
- Despouy, L. (1993). *Human Rights and Disabled Persons*. Geneva: United Nations
- Dirth, T. P. und Branscombe, N. R. (2017). Disability models affect disability policy support through awareness of structural discrimination. *Journal of Social Issues*, 73(2), 413-442.
- Dolowitz, D., und Marsh, D. (1996). Who learns what from whom: a review of the policy transfer literature. *Political studies*, 44(2), 343-357.
- Duncanson, M., Lindsay, S., Niles-Campbell, N., McDougall, C., Diederichs, S., und Menna-Dack, D. (2017). Applying an ecological framework to understand transition pathways to post-secondary education for youth with disabilities. *Disability und Rehabilitation*, 40, 277-286.
- Eidgenössisches Departement des Inneren (EDI) (2021a). Behindertengleichstellungsgesetz BehiG. (<https://www.edi.admin.ch/edi/de/home/fachstellen/ebgb/recht/schweiz/behindertengleichstellungsgesetz-behig.html> [Stand 30.08.2021]).
- Eidgenössisches Departement des Inneren (EDI) (2021b). Übereinkommen der UNO über die Rechte von Menschen mit Behinderungen. (<https://www.edi.admin.ch/edi/de/home/fachstellen/ebgb/recht/international0/uebereinkommen-der-uno-ueber-die-rechte-von-menschen-mit-behinde.html> [Stand 30.07.2021]).
- Eidgenössisches Departement des Inneren (EDI) (2021c). Behindertenorganisationen Schweiz. (<https://www.edi.admin.ch/edi/de/home/fachstellen/ebgb/recht/international0/uebereinkommen-der-uno-ueber-die-rechte-von-menschen-mit-behinde.html> [Stand 30.08.2021]).
- Essl, M. (2021). *Warum Menschen mit Behinderung für Unternehmen eine echte Bereicherung sind*. In: A., Sihn-Weber (Hrsg.). *CSR und Inklusion. Management-Reihe Corporate Social Responsibility*. Berlin, Heidelberg: Springer Gabler.
- Evans, E., und Reher, S. (2020). Disability and political representation: Analysing the obstacles to elected office in the UK. *International Political Science Review*.

- Fedlex (2021). Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft (BV). (<https://www.fedlex.admin.ch/eli/cc/1999/404/de> [Stand 30.07.2021]).
- Fleischer, D. Z., und Zames, F. (2001). *The disability rights movement: from charity to confrontation*. Philadelphia, PA: Temple University Press.
- Franceschet, S., und Piscopo, J. M. (2008). Gender quotas and women's substantive representation: Lessons from Argentina. *Politics and Gender*, 4(3), 393-425.
- French, S., und Swain, J. (2004). *Whose tragedy?: Towards a personal non-tragedy view of disability*. London, UK: Sage.
- Gay, C. (2009). *Moving Out, Moving Up: Housing Mobility and the Political Participation of the Poor* (pp. 1982-2007). Working paper. Cambridge, MA: Harvard University Press, 2007.
- Gerny, D. (2021). Menschen mit einer geistigen Behinderung sollen bald abstimmen und wählen dürfen. *Neue Zürcher Zeitung, Schweiz, S. 9.* (https://nzz.genios.de/document/NZZ_729297eea5768272d3c7326ea00ea32ec62a3535 [Stand 14.08.2021]).
- Girlevičienė, L., und Kvietkauskienė, A. (2021). Evaluation of State aid and its created value for disabled people in Lithuania. *Journal of Business Economics and Management*, 22(4), 905-922.
- Grech, S. (2017). Disability, poverty and education: Perceived barriers and (dis) connections in rural Guatemala.
- Hansen, I. L. S., Andreassen, T. A., und Meager, N. (2011). Employment of disabled people in Norway and the United Kingdom. Comparing two welfare regimes and why this is difficult. *Scandinavian Journal of Disability Research*, 13(2), 119-133.
- Hayes, M., und Hibbing, M. V. (2017). The symbolic benefits of descriptive and substantive representation. *Political Behavior*, 39(1), 31-50.
- Hillygus, D. S. (2005). The missing link: Exploring the relationship between higher education and political engagement. *Political behavior*, 27(1), 25-47.
- Hvinden, B. (2003). The uncertain convergence of disability policies in western Europe. *Social Policy and Administration*, 37(6), 609-624.
- insieme.ch 2019. «#ichwillwählen – die neue Kampagne von insieme». (<https://insieme.ch/news/inklusion/ichwillwaehlen-die-neue-kampagne-von-insieme/> [Stand 04. 07. 21]).
- Kažemikaitienė, E., und Bilevičiene, T. (2008). Problems of involvement of disabled persons in e. government. *Technological and Economic Development of Economy*, 14(2), 184-196.
- Kelemen, R. D., und Vanhala, L. (2010). The shift to the rights model of disability in the EU and Canada. *Regional and Federal Studies*, 20(1), 1-18.
- Köbsell, S., und Waldschmidt, A. (2006). Disability Studies in Austria, Germany and Switzerland: Introduction. *Disability Studies Quarterly*, 26(2), 1-6.
- Langford, B., und Levesque, M. (2017). Symbolic and Substantive Relevance of Politicians with Disabilities: A British Columbia case study. *Canadian Parliamentary Review* 40(2): 8–17.

- Leuenberger, S. (2018). Inklusion: Ein Fremdwort in der Schweizer Parteienlandschaft? In: Behinderung & Politik, 4, S. 21 - 23. AGILE.CH. (https://f2bd7165-d0ed-406a-bac0-4fa0c0d60fa3.filesusr.com/ugd/3b62ac_bc68b147f0174e05b84f20e006b70d62.pdf [Stand 30.07.2021]).
- Levesque, M. (2016). Searching for persons with disabilities in Canadian provincial office. *Canadian Journal of Disability Studies*, 5(1), 73-106.
- Lindsay, S., Cagliostro, E., und Carafa, G. (2018). A systematic review of barriers and facilitators of disability disclosure and accommodations for youth in post-secondary education. *International Journal of Disability, Development and Education*, 65(5), 526-556.
- Lloren, A., Rosset, J., und Wueest, R. (2015). Descriptive and substantive representation of poor citizens in Switzerland. Available at SSRN 2733015.
- Locker, D. (1983). *Disability and disadvantage: The consequences of chronic illness* (Vol. 252). Routledge.
- Logan, J. R., Darrah, J., und Oh, S. (2012). The impact of race and ethnicity, immigration and political context on participation in American electoral politics. *Social forces*, 90(3), 993-1022.
- Loja, E., Costa, E., und Menezes, I. (2011). Views of disability in Portugal: 'fado' or citizenship? *Disability & Society*, 26(5), 567-581.
- Longino, H. (1998). Values and Objectivity. In H. Longino (Hrsg.) *Science as Social Knowledge – Values and Objectivity in Scientific Inquiry* (S. 62-82). Princeton, N.J.: Princeton University Press.
- Lovenduski, J. (2016). The supply and demand model of candidate selection: some reflections. *Government and Opposition*, 51(3), 513.
- Lustig, D. C., & Strauser, D. (2004). Employee benefits for individuals with disabilities: The effect of race and gender. *Journal of Rehabilitation*, 70(2), 38.
- Mabbett, D. (2005). The Development of Rights-Based Social Policy in the European Union. *Journal of Common Market Studies*, 43(1): 97–120.
- Martin, N. S., und Blinder, S. (2020). Biases at the ballot box: How multiple forms of voter discrimination impede the descriptive and substantive representation of ethnic minority groups. *Political Behavior*, 1-24.
- Mayring, P. (2010). Qualitative Inhaltsanalyse. In: G. Mey & M. Mruck (Hrsg.). *Handbuch qualitative Forschung in der Psychologie* (S. 601 – 613). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Mayring, P. (2015). *Qualitative Inhaltsanalyse: Grundlagen und Techniken* (12. überarbeitete Auflage). Weinheim: Beltz.
- Mayring, P., & Fenzl, T. (2019). Qualitative Inhaltsanalyse. In: N. Baur & J. Blasius (Hrsg.). *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung* (S. 633 – 648). Wiesbaden: Springer VS.
- McCarthy, H. (2003). The disability rights movement: experiences and perspectives of selected leaders in the disability community. *Rehabilitation Counseling Bulletin*, 46: 209–223.
- Mejeh, M. (2021). *Inklusive Bildung als Institution am Beispiel Schweiz*. In: A., Köpfer, J.J.W., Powell, und R., Zahnd (Hrsg.). *Handbuch Inklusion international* (S. 221 - 238). Leverkusen-Opladen: Verlag Barbara Budrich GmbH.

- Nedha. (2015). Difference between inclusion and integration. (<https://www.differencebetween.com/difference-between-inclusion-and-vs-integration/> [Stand 30.07.2021]).
- Oliver, M. (1990). *The Politics of Disablement*, Basingstoke: MacMillan and St Martins Press.
- Oliver, M. (1993). *Disability and dependency: A creation of industrial societies?*. In *Disabling barriers – enabling environments*, Edited by: Swain, J., Finkelstein, V., French, S. and Oliver, M. 49–60. London: Sage.
- Patrick, R (2017). *How Poverty makes People less likely to vote*. The Guardian (online). (<https://www.theguardian.com/society/2017/may/16/poverty-election-vote-apathy>, Stand 22.06.21]).
- Parlamentsdienste (2021). Das Schweizer Parlament wird hindernisfreier. (<https://www.parlament.ch/blog/Pages/das-schweizer-parlament-wird-hindernisfreier.aspx> [Stand 30.08.2021]).
- Peters, S., Gabel, S., und Symeonidou, S. (2009). Resistance, transformation and the politics of hope: Imagining a way forward for the disabled people’s movement. *Disability & Society*, 24(5), 543-556.
- Pitkin, H. F. (1967). *The concept of representation*. University of California Press.
- Powell, S., and Johnson, A. (2019). Patterns and mechanisms of political participation among people with disabilities. *J. Health Polit. Pol. Law*, 44 (3), 381–422.
- Priestley, M. (2005). We’re all Europeans now! The social model of disability and European social policy. *The social model of disability: Europe and the majority world*, 17-31.
- Priestley, M. (2007). In search of European disability policy: Between national and global. *Alter*, 1(1), 61-74.
- Priestley, M., Stickings, M., Loja, E., Grammenos, S., Lawson, A., Waddington, L., und Fridriksdottir, B. (2016). The political participation of disabled people in Europe: Rights, accessibility and activism. *Electoral Studies*, 42, 1-9.
- Procap (2021). Politik. (<https://www.procap.ch/de/angebote/beratung-information/politik.html> [Stand 30.08.2021]).
- Puttman, M. 2005. Conceptualizing disability: Developing a framework for political disability identity. *Journal of Disability Policy Studies*, 16(3): 188–198.
- Raemy, S. (2019). Wählen und wählen lassen. In: *Behinderung & Politik*, 3, S. 8 - 14. AGILE.CH. (https://f2bd7165-d0ed-406a-bac0-4fa0c0d60fa3.filesusr.com/ugd/3b62ac_79737bfa852e4fdc82afbe484970c9c1.pdf [Stand 30.08.2021]).
- Reher, Stefanie. (2021a). Do disabled candidates represent disabled citizens? *British Journal of Political Science*, 1-15.
- Reher, Stefanie. (2021b). How Do Voters Perceive Disabled Candidates? *Frontiers in Political Science* (January): 1–12.
- Reher, Stefanie. (2020). Mind This Gap, Too: Political Orientations of People with Disabilities in Europe. *Political Behavior* 42(3): 791–818.

- Reinhardt, J.D., Ruoranen, K., Graf, S., Horsewell, J., Leilufsrud, A., und Post, M.W.M. (2013). 'It takes two to tango ...' revisited: A qualitative study on integration and participation of people living with spinal cord injury in Switzerland. *Disability & Society*, 28(7), 893-907.
- Rouvenaz, C. (2019). «Menschen mit Behinderung wählen. Und sind wählbar». Der Weg einer Petition. *Agile.ch. Behinderung und Politik* 3, 21-23.
- Sackey, E. (2015). Disability and political participation in Ghana: an alternative perspective. *Scandinavian Journal of Disability Research* 17(4), 366-381.
- Sakakibara, K. (2018). The disablement score: An intersubjective severity scale of the social exclusion of disabled people. *Societies*, 8(1), 12.
- Schanda, Susanne und Tabea, Mündlein (2019): Für eine Schweiz, die inklusiv denkt und handelt. *Insieme*, September 2019, 10-14.
- Schweizerisches Kompetenzzentrum für Menschenrechte (SKMR). (2019). Mitsprache von Menschen mit Behinderungen in politischen Prozessen. (https://www.skmr.ch/de/themenbereiche/institutionelle-fragen/publikationen/mitsprache_behinderung_politische_prozesse.html?zur=109 [Stand 14.06.2021]).
- Shakespeare, T. (1996). *Disability, identity and difference*. Vol. 6 of Exploring the Divide, ed. C. Barnes and G. Mercer, 94–113. Leeds: The Disability Press.
- Sobolewska, M., McKee, R., und Campbell, R. (2018). Explaining motivation to represent: how does descriptive representation lead to substantive representation of racial and ethnic minorities?. *West European Politics*, 41(6), 1237-1261.
- Tatkraft (2021). Unsere Visionen und Ziele. (<https://tatkraft.org/ueberuns/>[Stand 14.06.2021]).
- Thomas, C. (1999). *Female forms: Experiencing and understanding disability*. McGraw-Hill Education (UK).
- Thomas, C. (2010). *Medical sociology and disability theory*. In: G. Scambler and S. Scambler (eds.) *New Directions in the Sociology of Chronic and Disabling Conditions: Assaults on the Lifeworld*. Basingstoke, UK: Palgrave Macmillan, pp. 37–56
- Togebly, L. (2008). The political representation of ethnic minorities: Denmark as a deviant case. *Party Politics*, 14(3), 325-343.
- Tuomi, M., Lehtomäki, E., und Matonya, M. (2015). As capable as other students: Tanzanian women with disabilities in higher education. *International Journal of Disability, Development and Education*, 62(2), 202–214.
- Vincenz, C. (2021). Behinderte in der Politik: Nur leere Versprechen? (<https://www.srf.ch/news/schweiz/rechte-fuer-behinderte-behinderte-in-der-politik-nur-leere-versprechen> [Stand 14.06.2021]).
- Waddington, L. (1996). Reassessing the employment of people with disabilities in Europe: From quotas to anti-discrimination laws. *Comp. Lab. LJ*, 18, 62.
- Waldschmidt, A. (2015). Macht–Wissen–Körper. Anschlüsse an Michel Foucault in den Disability Studies. In *Disability Studies, Kulturosoziologie und Soziologie der Behinderung* (55-78). transcript-Verlag.

- Waldschmidt, A. (2005). Disability Studies: Individuelles, soziales und/oder kulturelles Modell von Behinderung?. *Psychologie und Gesellschaftskritik*, 29(1), 9-31.
- Wallace, S. J. (2014). Representing Latinos: Examining descriptive and substantive representation in Congress. *Political Research Quarterly*, 67(4), 917-929.
- Waltz, M., und Schippers, A. (2020). Politically disabled: Barriers and facilitating factors affecting people with disabilities in political life within the European Union. *Disability & Society*, 1-24.
- Whittle, H. J., Palar, K., Ranadive, N. A., Turan, J. M., Kushel, M., und Weiser, S. D. (2017). The land of the sick and the land of the healthy: disability, bureaucracy, and stigma among people living with poverty and chronic illness in the United States. *Social Science & Medicine*, 190, 181-189.
- WHO (2005). Internationale Klassifikation der Funktionsfähigkeit, Behinderung und Gesundheit (International Classification of Functioning, Disability and Health) Hrsg: Deutsches Institut für Medizinische Dokumentation und Information (DIMDI), WHO-Kooperationszentrum für das System Internationaler Klassifikationen. (https://www.soziale-initiative.net/wp-content/uploads/2013/09/icf_endfassung-2005-10-01.pdf [Stand: 2.3.21])
- WHO (1980). International Classification of Impairments, Disabilities, and Handicaps A manual of classification relating to the consequences of disease. WHO, Geneva.
- WHO 2002). Towards a Common Language for Functioning, Disability and Health ICF.
- Williams: Williams, G., und Busby, H. (2000). The politics of ‘disabled’bodies. Health, medicine and society: Key theories, future agendas, 169-85.
- Young, D., und Quibell, R. (2000). Why rights are never enough. *Disability & Society*, 15(5), 747–764.

Appendix A.

Tabelle 4: Mapping der Parameter- und Matchfragen

Nr.	Parameter	Match
1	Geschlecht	Teilnahme Politischer Prozess
2	Geschlecht	Interessensvertretung
3	Geschlecht	Einschätzung polit. Interessen von MmB und MoBmtische Schwerpunkte
4	Geschlecht	bessere Repräsentation
5	Geschlecht	Einschätzung genügende Massnahmen
6	Geschlecht	Barrieren entstehen
7	Geschlecht	Massnahmenunterstützung
8	Geschlecht	Chanceneinschätzung
9	Geschlecht	Anteilschätzung MmB
12	Alter	Teilnahme Politischer Prozess
13	Alter	Interessensvertretung
14	Alter	Einschätzung polit. Interessen von MmB und MoBmtische Schwerpunkte
15	Alter	bessere Repräsentation
16	Alter	Einschätzung genügende Massnahmen
17	Alter	Barrieren entstehen
18	Alter	Massnahmenunterstützung
19	Alter	Chanceneinschätzung
20	Alter	Anteilschätzung MmB
21	Bildungsstand	Teilnahme Politischer Prozess
22	Bildungsstand	Interessensvertretung
23	Bildungsstand	Einschätzung polit. Interessen von MmB und MoBmtische Schwerpunkte
24	Bildungsstand	bessere Repräsentation
25	Bildungsstand	Einschätzung genügende Massnahmen
26	Bildungsstand	Barrieren entstehen
27	Bildungsstand	Massnahmenunterstützung
28	Bildungsstand	Chanceneinschätzung
29	Bildungsstand	Anteilschätzung MmB
30	Hauptberuf	Teilnahme Politischer Prozess
31	Hauptberuf	Interessensvertretung
32	Hauptberuf	Einschätzung polit. Interessen von MmB und MoBmtische Schwerpunkte
33	Hauptberuf	bessere Repräsentation
34	Hauptberuf	Einschätzung genügende Massnahmen
35	Hauptberuf	Barrieren entstehen
36	Hauptberuf	Massnahmenunterstützung
37	Hauptberuf	Chanceneinschätzung
38	Hauptberuf	Anteilschätzung MmB
39	Partei (welche)	Teilnahme Politischer Prozess
40	Partei (welche)	Interessensvertretung

41	Partei (welche)	Einschätzung polit. Interessen von MmB und MoBmtische Schwerpunkte
42	Partei (welche)	bessere Repräsentation
43	Partei (welche)	Einschätzung genügende Massnahmen
44	Partei (welche)	Barrieren entstehen
45	Partei (welche)	Massnahmenunterstützung
46	Partei (welche)	Chanceneinschätzung
47	Partei (welche)	Anteilschätzung MmB
48	Partei (welche)	Behinderung innerhalb Partei
49	Partei (welche)	Behinderung im Umfeld
50	Partei (welche)	Behinderung eigene
51	Ebene	Teilnahme Politischer Prozess
52	Ebene	Interessensvertretung
53	Ebene	Einschätzung polit. Interessen von MmB und MoBmtische Schwerpunkte
54	Ebene	bessere Repräsentation
55	Ebene	Einschätzung genügende Massnahmen
56	Ebene	Barrieren entstehen
57	Ebene	Massnahmenunterstützung
58	Ebene	Chanceneinschätzung
59	Ebene	Anteilschätzung MmB
60	Teilnahme Politischer Prozess	Interessensvertretung
61	Teilnahme Politischer Prozess	Einschätzung polit. Interessen von MmB und MoBmtische Schwerpunkte
62	Teilnahme Politischer Prozess	bessere Repräsentation
63	Teilnahme Politischer Prozess	Einschätzung genügende Massnahmen
64	Teilnahme Politischer Prozess	Barrieren entstehen
65	Teilnahme Politischer Prozess	Massnahmenunterstützung
66	Teilnahme Politischer Prozess	Chanceneinschätzung
67	Teilnahme Politischer Prozess	Anteilschätzung MmB
68	Teilnahme Politischer Prozess	Behinderung innerhalb Partei
69	Teilnahme Politischer Prozess	Behinderung im Umfeld
70	Teilnahme Politischer Prozess	Behinderung eigene
71	Interessensvertretung	Einschätzung polit. Interessen von MmB und MoBmtische Schwerpunkte
72	Interessensvertretung	bessere Repräsentation
73	Interessensvertretung	Einschätzung genügende Massnahmen
74	Interessensvertretung	Barrieren entstehen
75	Interessensvertretung	Massnahmenunterstützung
76	Interessensvertretung	Chanceneinschätzung
77	Interessensvertretung	Anteilschätzung MmB
78	Interessensvertretung	Behinderung innerhalb Partei
79	Interessensvertretung	Behinderung im Umfeld
80	Interessensvertretung	Behinderung eigene
81	Einschätzung polit. Interessen MmB und MoBmtische Schwerpunkte	bessere Repräsentation
82	Einschätzung polit. Interessen MmB und MoBmtische Schwerpunkte	Einschätzung genügende Massnahmen

83	Einschätzung polit. Interessen MmB und MoBmtische Schwerpunkte	Barrieren entstehen
84	Einschätzung polit. Interessen MmB und MoBmtische Schwerpunkte	Massnahmenunterstützung
85	Einschätzung polit. Interessen MmB und MoBmtische Schwerpunkte	Chanceneinschätzung
86	Einschätzung polit. Interessen MmB und MoBmtische Schwerpunkte	Anteilschätzung MmB
87	Einschätzung polit. Interessen MmB und MoBmtische Schwerpunkte	Behinderung innerhalb Partei
88	Einschätzung polit. Interessen MmB und MoBmtische Schwerpunkte	Behinderung im Umfeld
89	Einschätzung polit. Interessen MmB und MoBmtische Schwerpunkte	Behinderung eigene
90	bessere Repräsentation	Einschätzung genügende Massnahmen
91	bessere Repräsentation	Barrieren entstehen
92	bessere Repräsentation	Massnahmenunterstützung
93	bessere Repräsentation	Chanceneinschätzung
94	bessere Repräsentation	Anteilschätzung MmB
95	bessere Repräsentation	Behinderung innerhalb Partei
96	bessere Repräsentation	Behinderung im Umfeld
97	bessere Repräsentation	Behinderung eigene
98	Einschätzung genügende Massnahmen	Barrieren entstehen
99	Einschätzung genügende Massnahmen	Massnahmenunterstützung
100	Einschätzung genügende Massnahmen	Chanceneinschätzung
101	Einschätzung genügende Massnahmen	Anteilschätzung MmB
102	Einschätzung genügende Massnahmen	Behinderung innerhalb Partei
103	Einschätzung genügende Massnahmen	Behinderung im Umfeld
104	Einschätzung genügende Massnahmen	Behinderung eigene
105	Barrieren entstehen	Massnahmenunterstützung
106	Barrieren entstehen	Chanceneinschätzung
107	Barrieren entstehen	Anteilschätzung MmB
108	Barrieren entstehen	Behinderung innerhalb Partei
109	Barrieren entstehen	Behinderung im Umfeld
110	Barrieren entstehen	Behinderung eigene
111	Massnahmenunterstützung	Chanceneinschätzung
112	Massnahmenunterstützung	Anteilschätzung MmB
113	Massnahmenunterstützung	Behinderung innerhalb Partei
114	Massnahmenunterstützung	Behinderung im Umfeld
115	Massnahmenunterstützung	Behinderung eigene
116	Chanceneinschätzung	Anteilschätzung MmB
117	Chanceneinschätzung	Behinderung innerhalb Partei
118	Chanceneinschätzung	Behinderung im Umfeld
119	Chanceneinschätzung	Behinderung eigene
120	Anteilschätzung MmB	Behinderung innerhalb Partei
121	Anteilschätzung MmB	Behinderung im Umfeld
122	Anteilschätzung MmB	Behinderung eigene

Tabelle 5: Deduktive Kodierung der Fragen hinsichtlich Hindernisse

Oberkategorie	Unterkategorie	Theoretischer Hintergrund
A: Physische Barrieren: Die Bewegungsfreiheit ist eingeschränkt und daher sind Menschen mit Behinderungen oft weniger politisch aktiv.	A1: Zugang zu Wahlurnen	Häufig ist der Zugang zu den Wahlurnen nicht barrierefrei (NOU 2001).
	A2: Wahlkampf	Stimmen zu sammeln, indem man beispielsweise von Tür zu Tür geht und sich vorstellt, stellt eine Herausforderung dar (Evans & Reher 2020).
	A3: Reisen zu Parteiversammlungen	Das Reisen zu Parteiversammlungen ist für einige Personen eine grosse Hürde (Evans & Reher 2020).
	A4: Zugang zu Lokalitäten	Der Zugang zu Lokalitäten ist nicht barrierefrei (Evans & Reher 2020).
	A5: Interaktion mit Wählern	Für gehörlose, stumme oder blinde Menschen ist es schwierig, mit den Wählern zu interagieren (Sackey 2015).
	A6: Assistenz nötig für aktive Teilnahme	Für gehörlose, stumme oder blinde Menschen ist es schwierig, aktiv an teilzunehmen ohne Assistenz (Sackey 2015).
	A7: Zugang zu Informationen	Der Zugang zu Informationen ist ein grosses Hindernis (Sackey 2015).
	A8: Teilnahme an Parteitreffen	Die Teilnahme an Parteitreffen ist ein Hindernis (Sackey 2015).
	A9: Ungeeignetes Format des Materials	Material ist häufig nicht in für Menschen mit Seh- oder Lernbehinderung geeigneter Form zugänglich (Evans und Reher 2020).
B: Ressourcen, finanzielle Mittel und Unterstützung	B1: Mehrkosten Transport	Es entstehen Mehrkosten aufgrund des benötigten Transportes (Booth 2018).
	B2: Mehrkosten Assistenz	Es entstehen Mehrkosten aufgrund von Assistenz (Booth 2018).
	B3: Schlechtere Bildung	Mehrkosten sind für Menschen mit Behinderungen schwer aufzubringen, da sie aufgrund schlechterer Bildung weniger verdienen (Sackey 2015).
	B4: Zeitaufwand	Personen mit Behinderungen benötigen manchmal länger für eine Aufgabe (Brothers 2017).
	B5: Energieaufwand	Es kostet Personen mit Behinderungen mehr Energie, diese zu erledigen (Brothers 2017).
	B6: Finanzielle Abhängigkeit	Menschen mit Behinderungen haben in der Regel ein eher geringes Einkommen und sind finanziell abhängig (Evans & Reher 2020).
	B7: Mangel soziale Netzwerke	Die sozialen Netzwerke einer Person mit Behinderung sind weniger gut ausgeprägt (Sackey 2015).
C: Vorurteile: Stigmatisierung und Unterschätzung	C1: Vorurteile bzgl. Fähigkeiten	Vorurteile stellen Hürden dar, welche es den Personen erschwert, in der Politik aktiv zu sein (Evans & Reher 2020).
	C2: Gehemmtes Selbstbewusstsein	Vorurteile hemmen das Selbstbewusstsein der Betroffenen (Lovenduski 2016).
	C3: Keine Teilhabe	Die Betroffenen werden zu wenig in die Diskussion und Planung von

		Massnahmen miteinbezogen (Guldvik et al. 2008).
	C4: Mangel an Vorbildern	Es fehlen Vorbilder, die Personen mit Behinderungen motivieren könnten, sich in der Politik zu engagieren (Levesque 2016).
	C5: Mangel an (Selbst)Organisation	Es braucht mehr gut organisierte Organisationen für Menschen mit Behinderungen (Loja et al. 2011).
	C6: Mangelnde Förderung durch Parteien	Die Parteien fördern ihrerseits die Kandidaten nicht, sondern Kandidierende müssen sich den Erwartungen der Partei anpassen (Evans & Reher 2020).
D: Sonstige	D: Sonstige	Diese Kategorie sollte die Antworten erfassen, die keiner Kategorie eindeutig zugeordnet werden können.

Tabelle 6: Induktive Kodierung der Frage bezüglich der Begründung der Chanceneinschätzung, zur Wahl aufgestellt zu werden

Kategorie	Definition der Kategorie
Status Quo	Die Chancen, zur Wahl aufgestellt zu werden, werden so eingeschätzt aufgrund des Status Quo, des derzeitigen Systems in der Politik.
Profilabhängigkeit	Die Begründung für die Einschätzung der Chancen, zur Wahl aufgestellt zu werden, steht in Zusammenhang mit dem Profil einer Person.
Parteiabhängigkeit	Die Begründung für die Einschätzung der Chancen, zur Wahl aufgestellt zu werden, steht in Zusammenhang mit den Parteien und ihrem Verhalten.
Mangelndes Zutrauen	Die Begründung für die Einschätzung der Chancen, zur Wahl aufgestellt zu werden, spricht vom mangelnden Zutrauen der Bevölkerung in Personen mit Behinderungen.
Mangelnde Sensibilisierung für Situation	Bei der Begründung für die Einschätzung der Chancen, zur Wahl aufgestellt zu werden, wird die mangelnde Sensibilisierung der Gesellschaft für die Situation von Menschen mit Behinderungen als Grund aufgeführt.
Barrieren	Die zuvor identifizierten Barrieren, werden als Begründung für die Einschätzung der Chancen von Menschen mit Behinderung, zur Wahl aufgestellt zu werden, herangezogen.
Mangelndes Selbstvertrauen	Die Antwort bezieht sich auf ein mögliches mangelndes Selbstvertrauen von Menschen mit Behinderung, was als Begründung für die Einschätzung der Chancen, zur Wahl aufgestellt zu werden, genutzt wird.
Energieaufwand	Die Begründung für die Einschätzung der Chancen, zur Wahl aufgestellt zu werden, spricht von der Energie, die Personen mit Behinderungen aufbringen müssen, um am politischen Prozess teilzunehmen.
Fehlende Vorbilder	Die Begründung für die Einschätzung der Chancen, zur Wahl aufgestellt zu werden, erwähnt die Tatsache, dass Vorbilder in der Politik fehlen.